Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. Juli 1977
Jg. 5 Nr. 27

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1   Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Erste internationale Eskimo-Organisation gegründet

Die Eskimos Alaskas, Kanadas und Grönlands setzen sich gegen die Ausplünderung und Vernichtung ihres Landes durch die imperialistischen Konzerne zur Wehr. Im Juli soll die 1 280 Kilomter lange Trans-Alaska-Pipeline von Prudhoe Bay nördlich des Polarkreises nach Valdez eröffnet werden, ein „Energiekorridor" aus der Pipeline, Straßen, Eisenbahn und Stromleitungen, der das Land durchschneidet. Am Nordhang Alaskas lagern nach Schätzungen der US-Konzerne 11 % der US-Erdgas- und 29 % der US-Erdölreserven. Für die amerikanische Arbeiterklasse, die die Pipeline baut, bedeutet dies nicht mehr und billigeres Benzin, sondern steigende Benzinpreise. Die Konzerne fordern Preise, die einen „jährlichen Kapitalrückfluß von 68,4 % und Profite von 700 bis 800 Millionen Dollar bedeuten" (Neue Zürcher Zeitung, 19.6.77).

Für die einheimische Bevölkerung bedeutet es die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen, der Wälder und des Wildbestandes. Auf einem Kongreß in Barrow im Ölgebiet in Alaska bildeten die 100 000 Eskimos, vertreten durch 200 Delegierte, die erste internationale Eskimo-Organisation. Sie fordern Rückgabe ihres Landes in Kanada bis zu ein Fünftel des Territoriums, die vollständige Entmilitarisierung des Poralgebietes, die Räumung aller Militärstützpunkte und Beseitigung militärischer Abfälle.

Auch ein „Rekord" des Kapitalismus: Infektionskrankheiten

Das Statistische Bundesamt hat die Zahl der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten im Jahre 1976 veröffentlicht. Sie liegt um mehr als ein Drittel über jener von 1969/70. Mit 36 300 Erkrankungen steht Scharlach an erster Stelle.

Mit 33 150 folgt die infektiöse Darmentzündung (Salmonellose), 21 350 erkrankten an infektiöser Gelbsucht, 6 530 an übertragbarer Hirnhautentzündung. An Scharlach und Hirnhautentzündung waren vor allem Jugendliche unter 15 Jahren erkrankt, die an Darminfektion Erkrankten waren zur Hälfte unter 15 Jahren.

All dies sind Krankheiten, deren Erreger sich durch schlechte Nahrungsmittel, mangelnde Hygiene, stickige stillstehende Luft über den Wohnvierteln, in denen die Arbeiter zusammengepfercht sind, ausbreiten. Oder in Nahrungsmitteln, die kapitalistische Großküchen des Profits wegen kurz vor dem Verfalldatum kaufen.

So sind die Salmonellen-Erkrankungen seit 1962 kontinuierlich auf etwa das Zehnfache gestiegen. Sie werden durch Nahrungsmittel übertragen, weshalb sie früher schlicht Nahrungsmittel- und Fleischvergiftung genannt wurden.



OAU-Gipfelkonferenz

Am 23. Juni begann die 29. Sitzung des Ministerrats der Organisation für Afrikanische Einheit, die die Gipfelkonferenz der Staaten der OAU vorbereitet, die dieses Wochenende beginnt. Der neue OAU-Präsident Hadj Omar Bongo, Präsident von Gabun, hat in seiner Eröffnungsrede hervorgehoben: „Wenn wir nicht wachsam sind, riskiert das unabhängige Afrika, daß es Angriffe imperialistischer und neokolonialistischer Kräfte aller Schattierungen erleidet." Diese verstärken ihre Anstrengungen, ihre Streitigkeiten und ihre Spaltung in antagonistische Blöcke nach Afrika zu importieren. „Afrika muß seine Wachsamkeit schärfen angesichts der wirklichen Absichten der Großmächte. Es muß um jeden Preis die bedrohte Einheit sichern." Die politische Kommission der OAU hat den Ausschluß der Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur AFP beantragt, weil sie wie schon auf früheren Konferenzen versuchen, durch falsche Gerüchte und Einteilung der Mitgliedstaaten in „fortschrittliche" und „andere" die Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspielen.

„Federführend der Bundesminister für Arbeit und Soziales"

Nach dem „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz" jetzt das „Arbeitsvermittlungsverbesserungsunderleichterungsgesetz"

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den „*Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes*" zugeleitet. Es ist von Ehrenberg erstellt und von der Bundesregierung aus beschlossene Sache. Damit dies Gesetz Wirklichkeit werde, muß es noch durch den Bundestag. Wahrscheinlich ist es „*zustimmungspflichtig*" und muß auch noch durch den Bundesrat. Wenn es vor den Bundestag kommt, wird es noch verschärft, „*weil sonst der Bestand der Koalition gefährdet*" ist. Wenn es vor den Bundesrat kommt, dann wird es nochmals verschärft, „*weil das die CDU/CSU-Fraktion schwächt*". Wenn das Gesetz dann nervtötend wieder vor den Bundestag kommt, so stimmen einige SPD-Abgeordnete dagegen, oder sie äußern auch „*schwere Bedenken*", aber die Koalition wird halten, „*weil sonst die Reaktion dran kommt*".

Wenn die Sozialdemokratischen Parteispitzen glauben, daß ihre Parteibasis diesen Zirkus aushält, unser Kummer ist das nicht. Die Zerrüttung der sozialdemokratischen Parteibasis ist für den Fortschritt der Arbeiterbewegung unvermeidlich.

Der mit freiheitlich demokratischer Grundordentlichkeit abgefaßte Gesetzentwurf des Schreibtischgangsters Ehrenberg sieht das folgende vor:

„Eine kurzfristige, geringer entlohnte Beschäftigung soll nicht zu einem niedrigeren Arbeitslosengeld führen."

Damit ist die Möglichkeit geschaffen, *jedem* Arbeiter *jede* Entlohnung aufzuzwingen. Der Kapitalist braucht bloß behaupten, die Beschäftigung sei „*kurzfristig*". Der Arbeiter kann nicht ablehnen, weil sein Anspruch auf ein Arbeitslosengeld ja nicht gemindert wird. Der Kapitalist kann sich sodann aussuchen, ob er die „*kurzfristige*" Beschäftigung zu Hungerlohn in eine „*mittel-*" oder auch „*lang*"fristige umwandelt, oder ob er den Niedriglohnarbeiter kurzerhand rausschmeißt und neue, noch niedriger gelöhnte Arbeiter anheuert.

„Das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe für Berufsanfänger sollen der zuvor bezogenen Ausbildungsvergütung angenähert werden."

Die Kapitalisten nutzen gegenwärtig die Jugendarbeitslosigkeit dahingehend aus, daß sie die Jugendlichen während der Lehre für ein Lehrlingsgeld in der Produktion „*kräftig rannehmen*". Wenn sie dann Facharbeiterlohn zahlen müßten, weil der Lehrvertrag ausgelaufen ist, schmeißen sie die Lehrlinge raus und holen sich neue. Die Lumperei hat bloß noch den Schönheitsfehler, daß die Versicherung Arbeitslosengeld zahlen muß, das auf den Facharbeiterlohn berechnet ist. Da die Kapitalisten aber nie und nimmer beabsichtigen, diesen jungen Facharbeiter zu Facharbeiterlohn zu beschäftigen, sondern weil sie ihn als Facharbeiter auf jeden Fall für einen Hilfsarbeiterlohn und noch darunter haben wollen, kommt es vor, daß das Arbeitslosengeld höher ist, obwohl es doch für junge Facharbeiter berechnet wird, als der Lohn, den die Kapitalisten zahlen wollen. Das wird jetzt geändert. Das Arbeitslosengeld wird der Ausbildungsvergütung „*angenähert*". Man (Fortsetzung Seite 2)



Am 1. Juni 1977 fand die Rekruteneinziehung zum 3. Quartal statt. Wie hier in Hannover wurden in allen größeren Städten Kundgebungen und Aktionen durchgeführt, um die neueingezogenen Soldaten vorzubereiten auf den Kampf in der Bundeswehr für Lohnfortzahlung, gegen Unterdrückung und Schikane, für Befehlsverweigerung durch einfache Willenserklärung und für das Kündigungsrecht für Zeitsoldaten. In den Zügen reisten Mitglieder der SRKs mit, um mit den Soldaten die Aufgaben zu beraten.

Der Widerstand gegen diese Unterdrückung ist groß. Viele Soldaten ließen sich deshalb von den Mitgliedern der SRKs die Anschriften der SRKs in den Stationierungsorten mitgeben.

Di-vi-den-de

Die Dividende fließt – ein Krach braut sich zusammen

Profite und Dividende der westdeutschen Aktiengesellschaften sprudeln wieder besser. Das entnimmt man den Ankündigungen zu den Hauptversammlungen, die die Finanzbourgeois für die Aktionäre gegenwärtig abhalten. Allein in dieser Woche wollen die Kapitalisten bei Volkswagen, Daimler-Benz, Karstadt, Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), Hamburgische Electricitätswerke (HEW), Mannesmann, DEMAG, Krauss-Maffei, Audi-NSU, BMW – um nur die wichtigsten zu nennen – verteilen, was ihre Vorstände für sie im vergangenen Jahr von den Arbeitern abgepreßt haben.

Für die Kapitalisten sind Hauptversammlungen Feiern der Bescherung. Für die Arbeiter hingegen stellt sich die Frage, wie sich das Luxusleben dieser schmarotzenden, faulenzenden Kuponschneider möglichst rasch beenden läßt. Elf Prozent weniger Schuhe und Textilwaren, ein Prozent weniger Nahrungs- und Genußmittel hat der Einzelhandel im April verkauft. Den fehlenden Schuhen und Hemden der Volksmassen entspricht der Profit der Kapitalisten auf der anderen Seite. Der Reichtum der Kapitalistenklasse erzeugt die Armut auf dem anderen Pol der Gesellschaft.

Friedrich Engels nannte die Börse als „*die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst*" bezeichnet, weil sie die Tendenz hat, die gesamte Produktion, Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion zu konzentrieren. Zwar ist ein guter Teil dieser Funktionen im Imperialismus in die Bankmonopole, die die Börse beherrschen, hineinverlagert, aber sie gibt nach wie vor Aufschluß über die Lage des Feindes.

Mitte des letzten Jahres war die durchschnittliche Dividende der börsennotierten Aktien auf 12,60 DM je Aktie von 100 DM Nennwert gesunken, jetzt errechnete das statistische Bundesamt für Ende Mai einen Durchschnitt von 13,60 DM. Der Fall der Profitrate scheint aufgehalten, von Überwindung der Krise kann jedoch keine Rede sein. 1974 lag die durchschnittliche Dividende noch bei 13,70 DM, 1970 knapp unter 16 DM.

Die Aussicht auf gestiegene Dividende hat brachliegendes Geldkapital auf den Aktienmarkt gezogen, und die Aktienkurse sind etwas gestiegen. Doch dies ist nicht das Bemerkenswerte an der derzeitigen Situation auf den Wertpapiermärkten. Neben den Aktien werden dort vor allem festverzinsliche Wertpapiere, Rentenwerte gehandelt. Der Kurswert aller umlaufenden Rentenwerte beträgt etwa das Dreifache des Kurswertes der börsennotierten Aktien. Über 30% dieser 378,8 Milliarden DM festverzinsliche Wertpapiere, die sich Ende März im Umlauf befanden, sind erst seit Anfang 1975 gekauft worden.

Der Zins und Kurs für die Wertpapiere richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Wird viel Kredit gebraucht, so ist die Nachfrage nach Geld groß, der Kreditnehmer muß hohen Zins zahlen und erzielt einen geringen Preis für seine Wertpapiere, die er ausgibt. Umgekehrt verhält es sich, wenn das Angebot an Geld groß ist. Die Kurse steigen und die Zinsen sinken. Im April sind die Zinsen für Rentenwerte auf ein Niveau gesunken, wie es zuletzt 1965 existierte. Die Bourgeoispresse ist voll von der „Ergiebigkeit" des Rentenmarktes. Mitte Juni hat die Bundesregierung eine Ausschreibung für die Aufnahme eines Kredits gemacht, nach der sie spielend 2 Milliarden DM aufnehmen konnte. Gewaltige Mengen an Geldkapital haben sich am Wertpapiermarkt angesammelt oder strömen dorthin.

Wenn sich solche Mengen an Geldkapital zusammenballen, bedeutet dies dann nicht florierende Akkumulation des Kapitals? Das Gegenteil ist richtig. Man muß bloß sehen, weshalb sich dieses Geld hier sammelt.

Sobald die Kapitalisten in der ersten Phase der Krise ihre Geldknappheit überwunden haben, sammelt sich fortan Geld in großem Ausmaß bei ihnen an. Denn mit der Realisierung ihres Warenkapitals beim Verkauf erlösen sie bares Geld. Mag der Profit auch klein sein, verwenden sie ihn nicht zur Akkumulation, so haben sie dieses Geld in der Hand. Mehr noch. Die Krise zwingt sie zur Schrumpfung ihres Kapitals. Sie haben zuviel davon aufgehäuft, es verwertet sich nicht mehr. Es herrscht Überproduktion von Kapital, und das zurückfließende Geld wird nicht erneut in den Produktions- und Ausbeutungsprozeß gesteckt, sondern sammelt sich.

„Ebenso wie auf internationaler Ebene kam es auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer weiteren beachtlichen Akkumulation von Geldvermögen",

schreibt der Jahresbericht des BDI. Die anderen Kapitalisten wollen das brachliegende Geld auch nicht haben, sie haben ja selbst zuviel Kapital, als daß sie sich Geldkapital ausleihen würden, um neue Maschinen, Arbeitskraft usw. zu kaufen. Bis in den Herbst haben die Kapitalisten in der Industrie sogar alte Kredite zurückgezahlt. Der einzige Ort, wo das Geld Anlage findet und sich verzinst, ist die Börse. Der Kapitalist kauft Aktien oder andere Wertpapiere, damit er wenigstens einen Zins erhalte. Es ist also so, daß der Wertpapiermarkt sich aufbläht, *weil das produktive Kapital schrumpft.*

In seiner neuesten Umfrage unter den Kapitalisten hat das Ifo-Institut in München festgestellt, es gebe eine „*verhaltene aber keine zügige Investitionsbelebung*". 25% der Investitionen seien für die Ausdehnung der Produktion, 32% dienten der Ersatzbeschaffung, 43% der kapitalistischen Rationalisierung. Die Stockung der Akkumulation bei gleichzeitiger gewaltiger Steigerung der Ausbeutung ist die Ursache für die gewaltige Aufblähung des Aktien- und Wertpapiermarktes.

Die Kapitalisten fliehen an die Börse, weil ihr Geld sonst brach liegt, aber diese Flucht bringt keine Lösung. Der Zins, den die Kapitalisten im Auge haben, wird bezahlt aus dem Mehrwert, den die gesamte Kapitalistenklasse aus den Arbeitern preßt. Das Geld, das an die Börse fließt, dient nicht unmittelbar der Ausbeutung und ist daher kein wirkliches Kapital, sondern fiktives. Fließt zum Beispiel Geld an den Aktienmarkt und steigt daher der Kurswert aller Aktien, so ist damit kein bißchen wirkliches Kapital geschaffen. Der Aktienkurs mag noch so sehr steigen, so steigt deshalb noch lange nicht der Profit, den der Konzern erzielt. Was sich einzig ändert ist, daß sich dieselbe Masse Profit auf ein größeres fiktives Kapital verteilen muß. Die Rendite bzw. der Zins sinkt.

Es ist im vergangenen Jahr schon so viel Geld an die Börse gestromt, daß der Zins metertief gefallen wäre, hätte nicht der Staatsapparat einen Teil dieses Geldes aufgenommen und den Käufern der Staatsanleihen Zins aus den Einnahmen der Lohn- und Verbrauchssteuer versprochen. Dies ist ein Grund, weshalb jetzt die Mehrwertsteuer erhöht werden mußte: um den Kapitalisten den Zins zu zahlen für ihr Geld, das sich sonst nicht verwertet. Immerhin 90 Milliarden DM der umlaufenden Rentenwerte sind Staatspapiere. Die erste Folge wird also sein, daß die *Steuern weiter steigen.*

Zweitens folgt, daß sich die Lage mehr und mehr auf einen *Börsenkrach* hinbewegt, je länger das Mißverhältnis zwischen Zunahme des fiktiven Kapitals und Reduktion des produktiven Kapitals andauert. Woher soll der Zins gezahlt werden, wenn in der Produktion, wo allein der Mehrwert durch die Ausbeutung erzielt wird, das Kapital sich nicht entsprechend ausdehnt?

Drittens kann man sehen, daß – wenn die Akkumulation doch in Gang käme – solch gewaltige Massen an fiktivem Kapital angesammelt sind, daß es gewaltiger Massen an Profit bedarf, um dieses Kapital zu verwerten. Auch die aufs höchste gesteigerte Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse wird dazu nicht ausreichen. Es ist *aggressive Expansion* auf den Weltmarkt notwendig, und die Monopolbourgeoisie, deren Produktionsweise ihr diesen Zwang gebiert, leitet diesen Schlachtzug auch schon ein. – (Z-Red)

OAU verurteilt Kollaboration des BRD-Imperialismus mit Südafrika

Erklärung Z. Sonkosis ANC (AN) zum Befreiungskampf des Volkes von Azania

Die OAU-Konferenz in Libreville hat erneut die atomare Zusammenarbeit des BRD-Imperialismus mit dem südafrikanischen Kolonialregime schärfstens verurteilt. Zola Sonkosi, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (Afrikanische Nationalisten) nimmt in einer hier auszugsweise abgedruckten Erklärung Stellung zur militärischen Zusammenarbeit des BRD-Imperialismus mit Südafrika und zum Kampf des Volkes von Azania.

„Zwischen den westdeutschen Imperialisten und Südafrika existiert keine Trennung, sie sind schon seit der Gründung des südafrikanischen Staates eng miteinander verbunden. Die militärische Zusammenarbeit reicht zurück auf die Republik Transvaal (Ende des 19. Jahrhunderts). Sie hat sich weiterentwickelt, und vor dem Zweiten Weltkrieg haben z.B. die Gutehoffnunghütte Salzgitter und andere Konzerne geholfen, den staatlichen Stahlkonzern ISCOR in Südafrika zu errichten. Daß Südafrika jetzt in der Lage ist, eigene Waffen zu produzieren, eigene Kampfflugzeuge, U-Boote und Atomwaffen, ist auf die Kollaboration von USA, Frankreich, Bundesrepublik, England, alle diese imperialistischen Staaten, zurückzuführen. Die Deutsche Bank hat große Kredite gegeben und die Bundesregierung einen 3-Millionen-Hermeskredit für Lieferungen an das Regime. Wir begrüßen die Verurteilung der Bundesrepublik durch die OAU. Aber daß die BRD-Imperialisten sich zurückziehen, kann dadurch nicht erreicht werden, sie werden ihre Investitionen und ihren Handel weitertreiben. Sie wollen jetzt eine neokolonialistische Lösung erreichen. Die Volksmassen sehen keine andere Möglichkeit, als durch den bewaffneten Kampf die Unabhängigkeit zu erreichen.

In der westdeutschen Presse ist fast nur von Aktionen in Soweto die Rede. Seit Beginn des Aufstandes im August vorigen Jahres haben die Kämpfe nicht aufgehört. Sie haben sich aber in die ländlichen Gebiete ausgedehnt. Die Transkei ist so gut wie ein Gefängnis für alle Gegner des Regimes, die es nicht haben will. Aber dadurch bringt es die Marionetten dort in Schwierigkeiten. Die wollen sie auch nicht, und so müssen viele Jugendliche jetzt in sogenannten „Flüchtlingslagern" zwischen der Transkei und Südafrika leben, die vom Internationalen Roten Kreuz betreut werden. So sind seit Soweto auch in der Transkei und einem anderen Getto, das im Dezember für ‚unabhängig' erklärt werden sollte, Baputhatswana, die Polizeistationen, Regierungs- und Verwaltungsgebäude angegriffen und zerstört worden. Die kleinen Bauern in der Transkei werden dadurch auch politisiert und für den bewaffneten Kampf gewonnen. Er findet in den Randbezirken statt und wird hauptsächlich durch Jugendliche geführt. Die Älteren unterstützen sie.

Die Transkei hat zum Jahrestag des Beginns des Aufstandes ausländischen Journalisten, aber selbst afrikaanssprechenden südafrikanischen Journalisten die Einreise verboten, damit nicht nach draußen dringt, was dort geschieht. Auch in Zululand finden Demonstrationen und Kundgebungen der Solidarität statt, durch Berichte über Erschossene in Kabah, Mamelodi usw. wissen wir, daß auch dort gekämpft wird. In den ländlichen Gebieten ist jetzt unter den Plantagenbesitzern eine Panik ausgebrochen.

Die Methoden, die jetzt in Zimbabwe durch die ZANLA angewandt werden und wovon die Massen in Südafrika über die Sendungen in Radio Maputo hören, geben neue Impulse für die Kämpfe. Jeder Erfolg in Zimbabwe wird in Südafrika in großem Umfang gefeiert. Jeder Schlag der Rassisten bewirkt eine Welle der Solidarität. Der Krieg in Zimbabwe treibt die Bewußtseinsbildung in Südafrika voran. Die Angst der Rassisten steigt. Sie haben sogar vor denjenigen Angst, die in die Kirche gehen, und setzen gegen sie Tränengas ein. Jede Gruppe von 3 oder 4 Leuten jagt ihnen schon Angst ein.

In Johannesburg wurden zum Jahrestag die Arbeiter gezwungen, entweder in den Betrieben zu bleiben, oder sie wurden mit Lastwagen von der Polizei Haus für Haus abgeholt und zur Arbeit transportiert, um eine große Auseinandersetzung zu verhindern. Die Kämpfe auf dem Land haben sie überrascht. Von großer Bedeutung ist auch der Kampf gegen Volkswagen. Volkswagen hat zum Beispiel in Witenhage eine Fabrik, sie nennen es ‚Border-Industrie', das Werk liegt bei dem Bantustan Ciskei.

Dort können sie die Arbeiter noch billiger als in den Städten ausbeuten. Sie verdienen nur die Hälfte, etwa 300 DM ohne Abzüge wie Steuern usw. Sie müssen oft 40 Kilometer weit anreisen und sind 2 Stunden unterwegs. Es gibt sehr viele jugendliche Arbeitslose in diesem Gebiet. Vorige Woche gab es einen großen Streik, der Lohn wurde nicht ausgezahlt. Die Bewohner von zwei Dörfern haben versucht, gegen das Volkswagenwerk zu marschieren. Sie haben auf dem Weg die Polizeistation und Verwaltungsgebäude zerstört, alles was die Unterdrückung symbolisiert, die Archive, wo die Dokumente zur Kontrolle der Schwarzen aufgehoben wurden. Das VW-Werk konnten sie aber nicht erreichen. Daran wurden sie durch Truppenverstärkung aus Kapstadt gehindert. Gekämpft wurde auch in Victoria, Mamelodi und anderen Orten. Polizeistationen wurden zerstört.

Die Entwicklung ist nicht mehr vergleichbar mit Sharpville, ein Aufstand, ein brutales Massaker der Polizei und Schluß. Jetzt geht es kontinuierlich weiter. Wird ein Organisationskomitee festgenommen, so wird das nächste gebildet. Es gibt jetzt weniger Erschossene, nicht weil die Massen nicht mehr wie in Soweto vorgehen, sondern weil sie die Aktionen nicht mehr in den Ghettos machen, sondern in die Zentren der Rassisten tragen, in der Hauptstraße von Johannes, mitten unter den Weißen können die Rassisten ihre Panzer, ihre Mirage-Kampfflugzeuge und Maschinengewehre nicht einsetzen, ohne die eigenen Leute zu treffen.

Jetzt werden auch Waffen von den Schwarzen eingesetzt. Die Rassisten haben zahlreiche Waffen uas der Sowjetunion und der CSSR vor dem Jahrestag entdeckt bei Hausdurchsuchungen. Sie sollten am Jahrestag eingesetzt werden. Diese Waffen gingen an die Rassisten und wurden nicht für den Befreiungskampf bereitgestellt. Die Sozialimperialisten verkauften sie durch die Schweiz, Liechtenstein oder auch Hamburg an die Rassisten, die sich damit im letzten Jahr bewaffneten, da die Soldaten nicht mehr in der Lage waren, alle Fabriken, Häuser und Plantagen zu verteigen. Die Jugendlichen haben sich die Waffen beschafft. Dabei stützen sie sich auf die Diener in den Häusern der Rassisten. Auch die Frauen spielen eine sehr wichtige Rolle im Kampf, weil meistens Frauen in den Haushalten arbeiten, die die Waffen besorgen können.

Die Massen in Südafrika sehen nur noch die Perspektive, gestützt auf die eigene Kraft den bewaffneten Kampf zu führen. Die andere Kraft in diesem Kampf ist die Solidarität unter den Schwarzen innerhalb Südafrika. Die Gefallenen von Soweto haben ein weiteres Mal gezeigt, daß wir nicht auf Unterstützung von außen vertrauen dürfen, sondern nur auf unsere eigene Kraft im Land selbst."

Am 20. Juni traf in Peking eine Freundschaftsdelegation des Volkes von Zimbabwe unter Leitung von Robert Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) und gemeinsamer Führer der Patriotischen Front, ein. Stellvertretender Leiter ist Josia Tongogara, Sekretär der ZANU für die Verteidigung. Die Delegation wurde vom Vorsitzenden der Gesellschaft des chinesischen Volkes mit dem Ausland, Wang Ping-nan, herzlich begrüßt. Er würdigte beim Begrüßungskabinett, daß die ZANU gemeinsam mit anderen patriotischen Kräften das Banner des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes hochhaltend dem Feind Schlag auf Schlag versetzte. In seiner Antwort überbrachte der Generalsekretär R. Mugabe dem chinesischen Volk die Solidaritäts- und Freundschaftsgrüße des Volkes von Zimbabwe und bedankte sich für die Unterstützung, die es vom chinesischen Volk erhalten hat, „die aufrichtig und in der Absicht, dem Volk von Zimbabwe zu helfen, seine revolutionären Ziele zu erreichen, geleistet wird. Während die sogenannte ‚Hilfe' des Sozialimperialismus schlechte Absichten verfolgt. Sie zielt darauf ab, Einflußsphären abzustecken und ihre Vorherrschaft zu errichten und Marionetten einzusetzen." Am 24.6. gab der Vice-Premier Li Hsiän-niän der Delegation zu Ehren ein Bankett. Mit Außenminister Huang Hua und den Leitern wichtiger Abteilungen fanden Verhandlungen über Unterstützung statt. Am 28. Juni wurde die Delegation vom Vorsitzenden Hua Guo-feng empfangen.

„Flüchtlingslagern" zwischen der Transkei Umfang gefeiert. Jeder Schlag der Rassi- Volkswagenwerk zu marschieren. Sie ha- im Land selbst."

„Federführend der Bundesminister für Arbeit und Soziales"

(Fortsetzung von Seite 1)
muß also *jede Arbeit* für *jeden Lohn* annehmen oder man wird an die Ausbildungsvergütung *„angenähert"*.

Weil diese Neuerungen unvermeidlich zuerst einmal dazu führen werden, daß viele Arbeiter diese Zumutungen ablehnen, muß auch hier vorgesorgt werden:

„Sperrzeiten wegen unbegründeter Arbeitsaufgabe oder Ablehnung einer zumutbaren Arbeit sollen die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld verringern."

Wer nicht hören will, muß fühlen. Der Hunger wird euch schon kirre machen. Die Drohung kommt offen genug heraus. Damit aber die Sache lückenlos wird und dem federführenden Ehrenberg einen guten Namen bei allen Geldhaien macht, muß noch berücksichtigt werden, daß sich unter solchen Bedingungen viele nach einem Nebenerwerb umsehen. Beim Hausbau helfen, Autos richten usw. Deswegen ist vorgesehen:

„Die Arbeitsämter sollen die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in angemessenen Abständen auf ihre Pflicht, Nebenverdienst mitzuteilen, hinweisen."

Hier wird die Einführung eines Arbeitslosenüberwachungsdienstes vorbereitet, der die Unglücklichen auf Schritt und Tritt bespitzelt, denn was nun der *„angemessene Abstand"* für den *„Hinweis"* ist, bestimmt man nicht. Jedenfalls soll es überfallartig geschehen, sonst hieße es *„regelmäßig"*. *„Regelmäßig"* wird dagegen nachgeprüft, ob jene beständig wachsende Masse, die wegen Verlust der Anspruchsberechtigung auf ein Arbeitslosengeld *„Arbeitslosenhilfe"* kriegt, nicht wenigstens partiell zum Verhungern verurteilt werden kann:

„Die Arbeitslosenhilfe soll jährlich neu bewilligt werden, um eine regelmäßige Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen zu gewährleisten."

Neben diesen allgemeinen Regeln, die sich sozusagen gegen alle richten, enthält das Gesetz auch noch Besonderheiten für bestimmte eingrenzbare Fälle.

„Die Bereitschaft von Bauarbeitern, vorübergehend auf einer Baustelle außerhalb des Geltungsbereichs des Arbeitsförderungsgesetzes zu arbeiten, soll dadurch gestärkt werden, daß sie auch für die auf diesen Baustellen geleisteten Arbeitsstunden Wintergeld erhalten."

Die Mobilität der Bauarbeiter soll also bis hin zur Verschickung ins Ausland *„gefördert"* werden. Da die Baumonopole ins Ausland drängen, müssen die Bauarbeiter eben mit. Zumutbar, klar, wo man doch sogar Wintergeld bekommt! Allerdings nur, wenn

„die Bauarbeiten während der Förderungszeit in gleicher Weise witterungsbedingten Erschwernissen ausgesetzt sind wie im Geltungsbereich dieses Gesetzes".

Es wird also die Gleichheit des Wetters auf der Welt Voraussetzung der Gewährung sein.

Als Abschluß enthält das Gesetz ein Stück Gerechtigkeit. Es legt fest, daß in Zukunft Abfindungen, die Kapitalisten an Arbeiter zahlen, die sie anders nicht entlassen können, nicht mehr vollständig auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden können. Dies *„Zugeständnis"* werden die Kapitalisten schnell rückgängig gemacht haben. Indem sie einfach keine Abfindungen mehr zahlen. Prompt heißt es amtlich:

„Die Neuregelung der Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld wird nur geringe Mehrkosten verursachen."

Ehrenbergsche Methoden. Seit letzter Woche ist seitens der Bourgeois ausgemacht, daß die Rentner durch Entzug ihres Anspruchs auf gesundheitliche Versorgung dezimiert werden. Die Banker reiben sich bereits die Hände. Denn nicht spurlos verschwinden die Rentner aus den Büchern der Versicherung. Die *„Wegfallverfügung"*, wie der behördliche Nachruf auf den Arbeiter oder Angestellten heißt, die *„Wegfallverfügung"* bedeutet bares Geld. Geld, das von dem Arbeiter eingezahlt wurde. Geld, das er nicht mehr verbrauchen kann. Geld, das als sein Erbe ein interessantes und billiges Leihkapital für die Kapitalisten bildet.

Vor Jahresfrist hat die SPD/FDP-Koalition mit dem *„Jugendarbeitsschutzgesetz"* jenen Teil der Arbeiterklasse, der *noch nicht* in Arbeit steht, durch Verurteilung zu Überstunden, Akkord und Schichtarbeit zum frühen Verschleiß verurteilt. Letzte Woche jenen Teil der Arbeiterklasse, der *nicht mehr* in Arbeit steht, zum vorzeitigen Tod. Jetzt wird der Teil der Arbeiterklasse, der augenblicks nicht in Arbeit steht, zur Zwangsarbeit zu jeder Bedingung und zu jedem Lohn verurteilt.

Währenddessen schwappt die Republik vor Geld über. Den Mehrwert, den die Kapitalisten aus den Arbeitern herausgeholt haben, er sammelt sich jetzt in ihren Händen als Geld. Geld, das angelegt werden muß. Geld, das *profitlich* angelegt werden muß. Geld, das als totes Kapital auf den Profit drückt, wenn es nicht angelegt werden kann. Geld, das hinaus muß in die Welt.

Dafür allerdings ist dies Geld noch nicht genug. Obzwar ausreichend, um als schwere Last auf die Profitrate zu drücken, langt es noch nicht für die ehrgeizigen Investitionspläne der BRD-Imperialisten im Ausland. Und selbst, wenn es reichte, die imperialistischen Konkurrenten, bei denen man sich einkaufen will, die man schlucken will, um an deren neokoloniale Märkte heranzukommen, sind noch nicht reif. Sie müssen auf dem Warenmarkt erst noch reif gemacht, niederkonkurriert werden.

Die überschwappende Geldmasse führt überhaupt nicht etwa zur Nachgiebigkeit der Kapitalisten gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Die kommenden Lohnbewegungen werden sehr schwierig.

Rund fünf Millionen mal haben Kapitalisten im vergangenen Jahr Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt. Da die Zahl der Arbeitslosen ungefähr gleich geblieben ist, kann man davon ausgehen, daß etwa die gleiche Zahl neuer Arbeitsverträge geschlossen wurde. In diesem Jahr ist die Umwälzung nicht geringer, sondern eher größer. Das neue Gesetz wird sich auf die Lohnlage und die Arbeitsbedingungen auswirken, wie zwei strahllos verlorene Lohnbewegungen auf einmal. Dies zu einem Zeitpunkt, wo es nun wirklich nichts mehr zu verlieren gibt als die Existenzgrundlage. Die Sozialdemokratie hatte schon angekündigt, daß sie Maßnahmen allemals ergreifen will, die die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhalten. Dies sind sie. Man muß es den Sozialdemokraten lassen, was sie versprechen, das halten sie auch. Viele werden sich fragen: Wäre es nicht richtig, Ehrenberg zu bubacken? Wir sagen, es wäre ein Irrtum, wenngleich ein verständlicher. Der Grausamkeit der imperialistischen Schreibtischtäter kann die Arbeiterklasse nur ihren einheitlichen Kampfwillen entgegensetzen. Man löst diese Probleme nicht durch eine Kugel. Man löst sie durch politischen Massenstreik. Ohne revolutionäre Massenstreiks wird die Arbeiterklasse dieses Landes in ein unsagbares Elend stürzen. Werden revolutionäre Massenstreiks unterdrückt? Die Bourgeoisie wird es versuchen. Läuft da nicht jeder politische Kampf der Arbeiter letzten Endes auf bewaffneten Aufstand hinaus? Genau so ist es.

„Moderne" Behandlungsmethoden der Medizin

Lungenklinik des Städtischen Krankenhauses Köln-Merheim. Der Klinikchef hat eine Anordnung herausgegeben, nach der eine Lungenoperation für den, der sie überlebt , immer mehr zur Tortur wird und immer mehr Patienten in eine Lungenentzündung getrieben werd en: Der Verbrauch von Valoron, einem starken Schmerzmittel, soll Schritt für Schritt eingeschränkt werden, das Mittel im Giftschrank verschlossen und der Verbrauch in einem besond eren Giftbuch eingetragen werden. Die frisch an der Lunge operierten Schwerkranken br auchen das Mittel, um ohne Schmerz durchatmen zu können. Sonst besteht die Gefahr einer Inf ektion der schlecht durchlüfteten Lunge mit anschließender unter Umständen tödlicher Lungen entzündung.

Gleichzeitig soll eine hochwertige Aminosäure, die bisher als Venentropf gegeb en wurde, um die Frischoperierten kalorienreich zu ernähren und die Abwehrkräfte zu stärken, durc h ein billiges und schlechteres Produkt ersetzt werden.

Universität Köln. „Da ein Drittel der Patienten innerhalb der ersten 10 M inuten und 50 % innerhalb der ersten Stunde sterben, hängt die Überlebenschance vom Zeitinterval 1 bis zur klinischen Behandlung ab. (Übrigens auch die Infarktstatistiken: bei langen Tran sportzeiten: sog. „gute" Statistik durch frühes Ausscheiden potentieller Patienten.)" (aus: Skr iptum der Inneren Medizin nach der Vorlesung von Prof. Gross – Universität Köln). So frech wie die ser bezahlte Gangster der Bourgeoisie hier die Methoden der bürgerlichen Medizin seinen Stude nten einzutrichtern versucht, so planmäßig geht die Bourgeoisie dieses Problem in der Praxis an: Wo immer mehr Werktätige durch die verschärfte Ausbeutung an einem Herzinfarkt erkranken, fris iert die Bourgeoisie diese „Fälle" systematisch aus der Statistik heraus und bringt sie in den rote n „Rettungswagen" mit Blaulicht um die Ecke. Ein Patient aus dem rechtsrheinischen Arbeiterstadtte il Köln Mülheim, der fürher in 5 bis 15 Minuten im Krankenhaus sein konnte, muß seit der Schließu ng des einzigen Krankenhauses im Stadtteil vor einem Jahr jetzt 5 bis 20 Kilometer weiter fahren . Das macht 10 bis 40 Minuten länger zum Sterben. Unter dem Schlachtruf: „Kostendämpf ung" schafft sie sich die schweren Fälle schon vom Halse, bevor sie irgendein Krankenhaus von innen gesehen haben. – (h, Bezirk Köln)

„Steuerrebellen"

Das fette Steuerplünderungspaket ist durch. Die „Steuerrebellen" kippten zur rechten Zeit um, die Bourgeoisie hatte vorgerechnet: Das Gesetz kommt auch durch, wenn 2 SPDler dagegen stimmen und fünf sich enthalten. So ist es gelaufen.

Gansel war der Macher. Seinen Vorschlag, die Verabschiedung des Steuerpakets zu verschieben, hat er „nach den leidenschaftlichen Reden Brandts und Wehners" auf der Fraktionssitzung vor der Abstimmung im Bundestag zurückgezogen (Kieler Nachrichten, 15.6.).

Viel Wirbel hat es um die „Steuerrebellen" gegeben. Ernsthaft gefährdet war das Steuerpaket durch sie nie.

Die Massen sind gegen die Steuerausplünderung und erst recht, wenn sie weiter verschärft werden soll. Also kann das Steuerpaket nicht glatt passieren. Dazu braucht es einiges linkes Brimorium, um die Volksmassen zu täuschen. Zur Durchsetzung der verschärften Steuerausplünderung der Volksmassen, zur Finanzierung der Kriegsvorbereitung braucht die Finanzbourgeoisie solche „Steuerrebellen".

Gansel ist der Macher, Jurist von Beruf. Er hat eine steile Karriere hinter sich, ist erfolgsgewohnt: 1960 Abitur, 1960 bis 1962 zwei Jahre Wehrdienst bei der Bundesmarine, erreichter Dienstgrad: Leutnant zur See d. R., 1965 Eintritt in die SPD, 1967 bis 1969 stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Schleswig-Holsteins, 1969 bis 1970 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos, 1971 bis 1973 Mitglied im SPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein, seit 1972 Mitglied des Bundestages.

Gansel gibt sich links. Anläßlich der Kandidatur zum Bundestag ist er zwölf „Verpflichtungen" eingegangen gegenüber den Wählern, schriftlich, wie hervorgehoben wird, wie solche Phrasen: Keine Ämterhäufung, Bereitschaft zur Vertretung von Parteitagsbeschlüssen, Bericht über Abgeordnetentätigkeit in Parteiortsvereinen und Betriebsrätekonferenzen, Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse usw. Er sagt das nicht nur, er tut das auch. Und noch viel mehr. Es gilt den Kontakt zur Basis zu halten. „Ich habe mir da was einfallen lassen. Ich gehe jedes Jahr in der sitzungsfreien Zeit 14 Tage in einem Betrieb arbeiten. Ich habe jetzt gerade in einer Gießerei gearbeitet als Helfer. In den beiden anderen Jahren war ich auf der Werft im Dock bei einem Großtanker als Schiffsbauhelfer und im Jahr davor in einem metallverarbeitenden Betrieb in der Härterei auch als Helfer beschäftigt. Ich mach da meine Arbeit wie jeder andere Arbeitnehmer auch und bekomme den gleichen Lohn." 'Showeffekt'? – das sagen nur Akkademiker, die ihre Hände nie dreckig gemacht haben. Schließlich hat er erst nach zwei Jahren die Wähler über die Presse davon in Kenntnis gesetzt. (Der Kandidat)

Aber Gansel ist nicht der einzige Aufrechte in der SPD. Er gehört neben Jansen, Kuhlwein, Mathiesen usw. zur Gang um J. Steffens.

Jansen ist auf dem letzten schleswig-holsteinischen SPD-Parteitag wieder Vorsitzender geworden. Diesen Posten angetreten hat er mit dem Versprechen, die „linke" Politik Steffens fortzusetzen. Der macht während des Parteitages Urlaub in Jugoslawien. Steffens hat für kein Parteiamt kandidiert. Braucht er nicht. Er macht Politik über seine „linke" Gang.

„Es gelte den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern die ärgsten gesellschaftspolitischen Angriffe vom Hals zu halten, . . ." zitieren die „Kieler Nachrichten" die SPD-Fortschrittler nach ihrem Parteitag, auf dem sie die Kommunalwahlen 1978 vorbereitet haben.

Ein schwieriges Unterfangen, ihner glaubt keiner mehr so recht.

Auf die Frage eines Reporters des „Nordschau-Magazins am 15.6., warum die schleswig-holsteinischen Abgeordeten sich in der Frage des Steuerpakets so engagiert hätten, wird Gansel auch ganz offen:

„Das hat folgende Gründe. 1. Hat sich die schleswig-holsteinische SPD seit längerem für Steuererhöhung zur Stärkung der finanziellen Leistungskraft des Staates ausgesprochen gehabt . . .".

Also mehr Staatstätigkeit gegen das Volk, finanziert vom Volk, das ist das Programm der „Steuerrebellen".

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 15. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 27 / 1977; 32 000

Aufrüstung des zionistischen Regimes durch den US-Imperialismus

Erklärungen der USA und der EG / Schütz neuer Botschafter in Israel

Am Dienstag letzter Woche hat die Regierung Carter eine Nahost-Erklärung veröffentlicht, die bei der Regierung Begin auf heftigen Protest gestoßen ist. Von „*schweren Verstimmungen*“ und Verschiebung der in drei Wochen geplanten Reise Begins in die USA war die Rede. Zwei Tage später verabschiedeten die in London tagenden Regierungschefs der EG eine Erklärung, die praktisch den gleichen Inhalt hat: Gegenwärtig herrsche eine kritische Phase im Nahen Osten, Israel müsse den Besetzungszustand der 1967 eroberten Gebiete beenden, gleichzeitig aber selber sichere Grenzen garantiert kriegen und bei den Friedensverhandlungen müsse der „*Notwendigkeit eines Heimatlandes für das palästinensische Volk*“ Rechnung getragen werden. Diese Vorschläge sind freilich nicht neu, warum dann die Aufregung?

Streitpunkt ist die Formulierung in der Erklärung der Regierung der USA, daß bei den Genfer Friedensverhandlungen über den „*Rückzug von allen drei Fronten im Mittelostkonflikt ..., nämlich im Sinai, auf den Golanhöhen, im Westjordanland und in Gaza*“ verhandelt werden solle. Begin hatte vorher erklärt, ein Rückzug aus Westjordanien käme überhaupt nicht in Frage, darüber werde überhaupt nicht verhandelt. Für diese vorlaute Äußerung hat er vom amerikanischen Präsidenten Schelte bezogen. Will man Manöver durchführen, so darf man nicht plump auftreten. „*Der Präsident scheint entschlossen, diese Spannungen zugunsten einer unangefochtenen Vermittlerrolle Washingtons in Kauf zu nehmen, zumal er daran festhält, daß die arabischen Staaten Israels Existenz und gesicherte Grenzen in einer Friedensregelung anerkennen müssen und er erst kürzlich neuer Waffenhilfe für Israel zugestimmt hat.*“ Die „*unangefochtene Vermittlerrolle*“ soll im Entsenden amerikanischer Truppen in den Nahen Osten bestehen, wie Mondale es kürzlich in einer Rede ausgeführt hat: „*Die politischen und die Verteidigungslinien brauchen nicht identisch zu sein.*“ Die Spanne zwischen den „*politischen*“ und den „*Verteidigunfälinien*‘ soll durch UN-Truppen und durch amerikanische Truppen gefüllt werden. Das Manöver der US-Imperialisten besteht darin, durch die Anerkennung eines Rechts auf „*Homelands*“, was KZs für die Palästinenser bei gleichzeitiger Garantie der Existenz des Staates Israel meint, ihre Expansion vermittels der israelischen Kolonialisten und eigener Truppen fortzusetzen.

Dieses direkte Eingreifen der US-Imperialisten wird nötig, weil der israelische Kolonialstaat zunehmend Risse bekommt.

Mit 40 % ist Israel das Land mit einer der höchsten Inflationsraten, seit Juni 1975 wurde das israelische Pfund 20mal abgewertet. Aus einer Schilderung in der Wochenzeitung „Die Zeit“ kann man erahnen, wie die selbständigen Kämpfe der Arbeiter in Israel zugenommen haben:

„Dazu kommt vor allem das Streikunwesen (123 zum Teil ‚wilde‘ Arbeitsniederlegungen allein im letzten Jahr), die Ohnmacht der angeblich allmächtigen Histadrut-Gewerkschaftsorganisation, die gegen die eigenmächtigen Arbeitervertretungen nichts auszurichten vermag.“

Die Siedlergemeinschaft beginnt von innen her marode zu werden, weil die Arbeiter erkennen, daß sie andere Interessen haben als die Siedler und Kolonialisten. Die Zahl der Auswanderungen aus Israel geht steil nach oben. Allein in den USA leben heute 300 000 Israelis, „auf Zeit“, wie es heißt. Erstmals hat die Zahl der Auswanderungen die Zahl der Einwanderungen erreicht: fast 12 000.

Das neue Kabinett Begin soll die Risse durch verschärften Terror nach innen und neue Aggressionen gegen die arabischen Staaten überdecken. Die Fähigkeit dazu hat Begin als Chef seiner Terrorbanden bewiesen. Den Arbeitern soll der Lohn gesenkt und die Mittel des selbständigen Kampfes geraubt werden.

„Der Likudblock, der eine Politik der freien Marktwirtschaft betreiben will, spricht von Sanierung der ‚maroden‘ israelischen Wirtschaft durch ein gewisses wohldosiertes Maß an Arbeitslosigkeit ... Auf dem Gebiet der Gehalts- und Lohnpolitik strebt der Likudblock an, daß Lohnerhöhungen in Zukunft ausschließlich an Produktionssteigerungen gebunden sein und somit das Wachstum des Bruttosozialprodukts keineswegs übersteigen sollen. Bei Arbeitskonflikten beabsichtigt die neue Regierung, die Pflichtschlichtung einzuführen.“ (Nachrichten für den Außenhandel)

Helfen wird das alles nicht viel. Der zunehmende innere Zerfall ist das sichere Zeichen dafür, daß Israel zunehmend den Weg geht, den alle Kolonialregime bisher gegangen sind, den der Niederlage und Zerschlagung. Um so verzweifelter sind die Versuche der US-Imperialisten und der anderen Imperialisten, Israel militärisch aufzurüsten und die direkte Intervention vorzubereiten. Gleichzeitig mit der Erklärung zur Nahost-Politik hat Carter jetzt Kriegsmaterial für 115 Millionen Dollar für Israel freigegeben. Zugleich hat Israel einen neuen Kampfpanzer, Merkawa, vorgestellt, der neben der Besatzung von vier Mann noch sechs Grenadiere mitführen kann, also direkt auf stoßtruppmäßige Aggressionen zugeschnitten ist.

Die Regierungschefs der EG haben in ihrer Erklärung die Möglichkeit der direkten Intervention ebenfalls festgelegt: „*Sie sind auch bereit, eine Beteiligung an Garantien im Rahmen der Vereinten Nationen in Betracht zu ziehen*“, lautet der Schlußabsatz der Londoner Erklärung. Die Bundesregierung hat jetzt den ehemaligen Frontstadt-Bürgermeister Schütz als Botschafter für Israel erkoren. In Israel werden seine Schiebereien weniger auffallen. Schon in Berlin hatte Schütz die Aufgabe, auf vorgeschobenem Posten die aggressiven Ziele des BRD-Imperialismus zu vertreten, daher auch seine besondere Vorliebe für die Zionisten.

„Schon in seiner Amtszeit als regierender Bürgermeister hat Schütz wiederholt seine deutlichen Sympathien für Israel zu erkennen gegeben.“ (Neue Zürcher Zeitung, 25.6.)

Doch die arabischen Völker lassen sich durch die Manöver der Imperialisten weder täuschen noch einschüchtern, im Gegenteil, das palästinensische Volk verstärkt den bewaffneten Kampf. Am Freitag sind in Beirut Vertreter aller Palästinensergruppen zusammengekommen auf Einladung Arafats:

„Dabei sollen wichtige militärische und politische Entscheidungen zur Befreiung der von Israel besetzten Territorien beschlossen worden sein.“ (ZDF)

Die Supermächte haben ihr Äußerstes getan, um den Nahen Osten im Zustand von „*Weder-Krieg-noch-Frieden*“ zu halten. Sie benutzten diesen Zustand zur verstärkten Einmischung und Expansion. Jetzt bereiten sie sich zunehmend auf die direkte Aggression vor, zumal die Sowjetunion auch mit ihrem jüngsten Versuch der Einmischung in Ägypten auf die Nase gefallen ist. Präsident Sadat hat eindeutig erklärt:

„Zur Hölle mit sowjetischen Waffen, ich weise alle in diesem Zusammenhang gestellten Bedingungen zurück, niemand kann uns seinen Willen aufzwingen.“ (Neue Zürcher Zeitung, 30.6.77)

Seit dem Ende des Krieges 1973 haben die Sozialimperialisten den Ägyptern keine Waffen mehr geliefert. Die Ersatzteile für die russischen Panzer werden inzwischen von der Volksrepublik China geliefert.

Folgerichtig sprechen sich die arabischen Staaten gegen alle Einmischungsversuche der Imperialisten aus. Die PLO hat die neue Erklärung der amerikanischen Regierung zurückgewiesen. Abdel Mohsen, ein Sprecher des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation, erklärte, „*die amerikanische Politik basiere auf einer Unterstützung der ‚zionistischen Aggression‘, ermutige die Besetzung arabischer Gebiete und ignoriere das nationale Recht des palästinensischen Volkes*“. – *(Z-Red.)*

Kampf um die Aufteilung der Nordsee

EG-Agrarministerkonferenz über Fischereirechte

Die Konferenz der EG-Agrarminister Anfang letzte Woche ist zum großen Bedauern der westdeutschen Imperialisten ohne Festlegungen, insbesondere ohne Festlegungen von Fangquoten zu Ende gegangen. Sie soll Mitte Juli fortgesetzt werden.

Seitdem die Seerechtskonferenz der UNO auf den Druck der Länder der Dritten Welt die 200-Meilen-Fischereizone beschlossen hat, ist die Konkurrenz unter den EG-Staaten um den ihnen verbliebenen Rest, den sie „EG-Meer“ nennen, was den gemeinsamen Besitz kennzeichnen soll, heftig entbrannt.

In Westeuropa hatte Island vor allem gegen die räuberischen Fischzüge der EG-Imperialisten, insbesondere Englands, gekämpft und durchgesetzt, daß sie sich nicht mehr nach Belieben vor der Küste Islands herumtreiben können. Seit Bestehen der 200-Meilen-Zone steigt der isländische Fischfang wieder.

Mit der 200-Meilen-Fischereizone finden sich die Imperialisten nicht ab. Die Festlegung von Fangquoten auf der Konferenz sollte einmal dazu dienen, den Konkurrenten innerhalb des „EG-Meeres“ einzuschränken, denn unter den EG-Mitgliedsstaaten besteht die 12-Meilen-Zone. Andererseits sollten feste Fangquoten Ausgangspunkt sein, die bestehende 200-Meilen-Zone zu durchbrechen und zudem den Übergriffen der Sozialimperialisten entgegentreten zu können.

Wie sich die westdeutschen Imperialisten das gedacht haben, wurde in der Bundestagsdebatte am 13.5.77 deutlich. Abgeordneter Geldner (CDU):

„Ist die Bundesregierung in den angekündigten Bemühungen erfolgreich gewesen, im Tauschweg mit anderen Ostseeanliegerstaaten die deutsche Dorschfangquote in der Ostsee zu erhöhen?“

Gallus, Parlamentarischer Sekretär:

„Die Bundesregierung setzt ihre Bemühungen fort, im Tauschweg mit anderen Ostsee-Anliegerstaaten die deutsche Dorschquote für das Jahr 1977 gegen Quotenanteile an Hering bzw. Sprotten zu erhöhen.“

Schlau haben sie sich das gedacht, die westdeutschen Imperialistenknechte vom Amt. Mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit ist das Ostseeanliegerland, mit dem sie verhandeln, Norwegen, genau lassen sie das nicht heraus. Norwegen seinerseits erhofft sich von solch einem Tausch mit den westdeutschen Imperialisten vor allem Hilfe gegen die Räubereien der Sozialimperialisten in der norwegischen Fischereizone, die die Sozialimperialisten von Zeit zu Zeit mit Manöverschießübungen begleiten. Für die westdeutschen Imperialisten wäre das ein gutes Geschäft im Hinblick auf die Durchlöcherung der 200-Meilen-Zone und denkt man an die zusammengeschrumpften Heringsbestände.

Für solche Geschäfte wäre es für die westdeutschen Imperialisten besser gewesen, wären auf der Konferenz der EG-Agrarminister Fangquoten vereinbart worden. So jedoch, schreibt die „Frankfurter Rundschau“, herrschten „Verwirrung und Mutlosigkeit“. Insbesondere bei den westdeutschen Imperialisten:

„Nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl sind jetzt auch die Verhandlungen über gegenseitige Fischereirechte zwischen der EG einerseits sowie Island, den Faröern, Norwegen und der Sowjetunion gefährdet, an denen die deutsche Hochseefischerei besonders interessiert ist.“ (Frankfurter Rundschau, 29.6.77)

Gescheitert ist die Festlegung von Fangquoten vor allem an dem Widerstand der englischen Imperialisten. 80 Prozent des „EG-Meeres“ umgibt die englische und irische Küste, über die die englischen Imperialisten frei verfügen. Daß die Festlegung von Fangquoten lächerlich ist, ist klar, denn wo hat man schon mal gehört, daß die Imperialisten sich Selbstbeschränkung auferlegen? Aus jahrzehntelanger Erfahrung in imperialistischer Räuberei bemerkte dann auch der britische Staatssekretär für Landwirtschaft Sir Frederick:

„Ein Fangquotensystem für die Fischer der Gemeinschaft und für dritte Länder kann niemals durchgesetzt werden. Das wäre genauso, als würde man jemandem erlauben, fünfzehn Minuten lang Gold aus einem Banktresor herauszunehmen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.77)

Die englischen Imperialisten und Irland sind deshalb auf der Konferenz aufgetreten mit der Ankündigung, daß sie jetzt eine 50-Meilen-Zone errichten werden. Ausnahmen werden sie gesondert verhandeln. Sie hoffen so, ihre Stellung als führende Fischereimacht innerhalb der EG ausbauen zu können und ihre Konkurrenten in der Beschneidung des Fanggebietes zu schwächen oder mit Ausnahmeregelungen anderweitige Vorteile zu erpressen.

Ihre Bestrebungen sind, den Fischfang zu expandieren und zu diesem Zweck alles aus den Meeren um Europa herauszuholen, was rauszuholen ist. Je größer die Vernichtung ist, die sie unter den Fischbeständen anrichten, um so stärker wird für sie der Zwang, ihre Fischerei vor andere Länder zu verlegen, weil sie die Schiffe nicht mehr richtig auslasten können.

Noch während der Konferenz hat Landwirtschaftsminister Ertl bekanntgegeben, daß die Bundesregierung Verhandlungen mit Argentinien über Fischereirechte aufgenommen hat. – (Z-Red.)

Die Imperialisten haben den Hering mit ihrer Raubfischerei ausgerottet





Hering-Hauptfanggebiete

Hering war lange Zeit ein Hauptnahrungsmittel, bis vor kurzem noch in einigen Küstenstädten Englands. Als Fastenspeise galt der Hering nicht nur als Symbol für die Fastenzeit, auch die Kapitalisten waren ständig bestrebt, die Arbeiterklasse von Fleisch auf Hering zu halten bzw. zu setzen. Die westeuropäischen Imperialisten und die Sozialimperialisten haben es fertiggebracht, innerhalb kürzester Zeit den Hering auszurotten. Der Laichbestand in der Nordsee beträgt gegenwärtig höchstens noch ein Zehntel von dem Bestand der Nachkriegszeit und allein im letzten Jahr wurden die 200 000 bis 300 000 Tonnen herausgefischt, die an fortpflanzungsfähigen Tieren zur Erhaltung der Art notwendig gewesen wäre. Gleichzeitig machen die Imperialisten sich in ähnlicher Weise über alle anderen Fischsorten her.

Die EG-Mitgliedsstaaten haben ein Nordseeheringfangverbot beschlossen, in dem es heißt: „Die genehmigten Fangquoten für den direkten Fang von Nordseeheringen wird ... auf Null gesetzt.“ Der direkte Fang mit Heringsfangnetzen ist verboten, der indirekte mit anderen Netzen geht um so heftiger um den verbliebenen Rest weiter.

Die Imperialisten kümmert die Ausrottung des Herings wenig, denn sie gehen niemals von der Nützlichkeit einer Sache aus, sondern nur, ob sie damit Profit machen können. So betrachten sie auch die Zerstörung, die sie anrichten: „Wegen der Ausdünnung der Bestände können schon die jetzigen reduzierten Erträge nur mit einem erhöhten Fischereiaufwand betrieben werden. Die Wirtschaftlichkeit des Fischfangs wird dadurch beeinträchtigt ...“ (Ertl, Husum, 3.-6. Nov. 1976)

Die Produktivität im Fischfang ist durch die industriell angewandten Methoden ungeheuer gestiegen. Die Fabrik- und Kühlschiffe haben die kleinen Fischer ruiniert. Ein ganzer Zweig der westdeutschen Seefischerei, die Loggerfischerei mit über 100 Booten, ist ruiniert worden.

Die gestiegene Produktivität hat aber nur zu noch rascherer Vernichtung der Fischbestände geführt. Besonders ausgezeichnet haben sich darin die Sozialimperialisten, die ihre Fischräubereien innerhalb der letzten 10 Jahre fast verdoppelt haben.

Nachdem sich der Fischfang in den Meeren um Europa nicht mehr so „lohnt“ für die Imperialisten, drängen sie immer heftiger in andere Gebiete ein: „Bedenklich finde ich im übrigen die Tendenz der Kommission, sich in Zukunft allein auf das EG-Meer zu konzentrieren und Drittländer möglichst schnell aus dem EG-Meer zu verdrängen. Aus deutscher Sicht erscheint es uns schon im Hinblick auf die Bedürfnisse des Marktes besser, Fischereirechte auf Gegenseitigkeit zu vereinbaren ...“ (Ertl, s.o.)

Mit dieser Position haben die westdeutschen Imperialisten an der Fischereikonferenz der EG-Agrarminister teilgenommen.

Auszug aus dem Buch

Das Ende der imperialistischen Seeherrschaft naht

Das Weltmeer, seine Erforschung, seine Nutzung und der mißlungene Versuch seiner endgültigen Plünderung

von Matthias Tomczak

Das Buch enthält 53 Abbildungen auf 212 Seiten.
Preis: 7,80 DM Bestell-Nr.: 0572 Sendler Verlag GmbH
Auslieferung Ende Juli - Bestellungen ab sofort bei jeder Buchhandlung oder Buchvertrieb Hager, Postfach 190 240, 6000 Frankfurt (Main)

Warum die 200-Meilen-Zone für den Fischfang von großer Bedeutung ist

„Insgesamt gesehen, sind die Bedingungen für pflanzliches und damit tierisches Leben im Ozean also schlecht; Licht gibt es nur an der Oberfläche und Nährstoffe nur in der Tiefe. Es gibt aber einige Umstände, unter denen beide Voraussetzungen gleichzeitig vorhanden sind, und diese Umstände treten zum weitaus größten Teil in Gebieten auf, die weniger als 200 Meilen von einer Küste entfernt sind. In diesen Gebieten entwickelt sich eine mächtige Primärproduktion, in ihnen nähren sich die Fischlarven und die Jungfische, und in ihnen halten sich schließlich die riesigen Fischschwärme auf, die vom Menschen befischt werden. Neun Zehntel des Weltfischfangertrags werden in Seegebieten eingebracht, die flacher sind als 200 Meter. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Küstenmeere, die nach dem neuen Seerecht der Aufsicht der Anliegerstaaten unterstellt werden.

200 NAUTICAL MILES ZONE

Was uns zunächst verwunderlich erschien, wird jetzt verständlich: Die Erdöl- und Metallkapitalisten können sich nach dem Verlust des freien Zugangs zu den Reichtümern der 200-Meilen-Zone nach neuen Gebieten umsehen, die sie plündern wollen. Zwar kostet es sie einige Anstrengungen, vor den Schlägen der vereint um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder in die Tiefsee auszuweichen; doch können sie sich noch in der Hoffnung wiegen, auf diese Weise davonzukommen. Für die Fischereikapitalisten bedeutet das Ende des freien Zugangs zur 200-Meilen-Zone den nahezu vollständigen Entzug einer wesentlichen Voraussetzung, Profit zu machen: Ihnen wird der Rohstoff abgesperrt. Das ist der Grund dafür, weshalb sie sich schon bei der Einführung der 200-Meilen-Zone so heftig wehren wie die Metall- und Erdölkapitalisten erst bei der Frage der Errichtung einer international kontrollierten Behörde für die Nutzung der Tiefsee und daß ihre Gegenwehr bei der Errichtung der 200-Meilen-Zone Islands schon zum Einsatz von Kriegsschiffen geführt hat.“

Zunehmende Berufskrankheiten

Unter dem Schlachtruf der „Kostendämpfung" ist die Bourgeoisie angetreten, die Versicherungskassen der Arbeiterklasse zu vernichten und die Arbeiter, nachdem sie in der Fabrik ausgepreßt und ausgesogen wurde, als für die Bourgeoisie wertlos unter die Erde zu bringen.

Ursache der gestiegenen Krankheitskosten ist die Zerstörung der Gesundheit der Arbeiter durch die immer schärfere Ausbeutung in der Fabrik und die absolute Verelendung. Das zeigt das folgende Beispiel von der Bremer Vulkan-Werft:

„In der Zeit, in der ich auf dem Vulkan als Kranführer arbeitete, fiel mir auf, daß der größte Teil der Kollegen aus anderen Branchen kommt. Sie wurden Kranführer, als sie ihren alten Beruf nicht mehr ausüben konnten. Am häufigsten sind es ehemalige Schweißer, Brenner und Schiffsbauer. Allein die Versetzung hat ihnen meist schon einen handfesten Lohnraub eingebracht. Neuerdings wird die Runtergruppierung noch verschärft, weil einige Arbeiter die 50 % Fahrtzeit auf dem Kran ihrer Lohngruppe nicht einhalten können. Sie wurden deshalb auf einen niedriger eingestuften Kran versetzt. Und das alles, weil sie, verursacht durch ihre Krankheit, die sie z.B. als Schweißer bekommen haben, gezwungen sind, sich häufig krankschreiben zu lassen oder einige von ihnen zur Kur müssen. Berufsunfähigkeitsrente bekommen diese Arbeiter selten. Viele leiden an Krankheiten, die häufig in ihrer Berufsgruppe auftauchen, aber als Berufskrankheiten offiziell nicht anerkannt sind.

So z.B. die Schweißersilikose bzw. die Schweißerstaublunge. Gutachten werden erstellt.

Nachdem auf dem Vulkan jahrzehntelang Asbestplatten verarbeitet wurden, traten Fälle von Asbestose auf. Dies ist kurz gesagt eine Krankheit, die man als Krebs auf Raten bezeichnen kann. Hat jemand zehn bis zwanzig Jahre diese Asbestplatten gesägt oder geschliffen, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß er an Lungenkrebs stirbt. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache wurde die Verarbeitung von Asbestplatten auf dem Vulkan verboten. Einige Kollegen hatten sich schon etwas weggeholt und wurden versetzt. Wieviele ihr Leben lassen mußten, ist nicht bekannt. Das Asbestmaterial wurde ersetzt durch Material der Bezeichnung TAC „Turnall" RFR-Platten. Die gutachterliche Beurteilung des Professors Einbrodt lautete:

„Aufgrund chemischer, mikroskopischer und tierexperimenteller Untersuchungen ist der aus den oben genannten Platten bei der Bearbeitung (Schleifprozeß) freiwerdende Staub nach dem Stand der Wissenschaft als nicht gesundheitsgefährlicher mineralischer Staub anzusehen, da er praktisch keinerlei Kieselsäure oder Asbest enthält und an der Tierlunge keine spezifischen Veränderungen – etwa Silikose oder Asbestose – hervorruft".

Es mag sein, daß Herr Professor recht hat, daß es noch keine Silikose oder Asbestose ist. In seiner Beurteilung des Materials schreibt er jedoch am 6.3.74 auf Seite fünf: „...Im Tierversuch über einen Zeitraum von 8 Wochen verursacht dieser Staub an der Rattenlunge eine Entzündung, die einer unterschiedlich stark ausgeprägten, herdförmigen Bronchopneumonie (Entzündung der Bronchen. d. Verfasser) unspezifischer Art entspricht...Der von den genannten Platten durch Bearbeitung freigesetzte Staub ist aufgrund der vorliegenden Prüfung im Sinne der Unfallsverhütungsvorschrift (UVV) „1,1 Schutz gegen gesundheitsgefährlichen mineralischen Staub" der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft nicht als gesundheitsgefährlich anzusehen".

Nun, der Professor sagt's, seine Kasse stimmt. Die Arbeiter, die mit dem Zeug arbeiten, haben, wenn sie das Zeug nicht mehr abkönnen, keinen Anspruch auf Berufsunfähigkeitsrente. Sie werden z.B. Kranführer, verlieren ihren Lohn, müssen häufig zum Arzt, der sie krankschreibt, bis sie nach 14 Tagen von der Krankenkasse zum Vertrauensarzt gejagt werden, der sie wieder zur Arbeit schickt.

Ein Kranführer, der an einem schweren Bandscheibenschaden durch die ewige Schüttelei des Kranes leidet, erzählte mir: „Eigentlich darf ich nicht mehr Kran fahren. Mein Arzt will mir eine Bescheinigung geben, daß ich eine Kur und einen anderen Arbeitsplatz bekomme. Ich kann beides nicht: Nehme ich die Kur, so muß ich danach wieder von Kran zu Kran springen und verliere vielleicht meine Lohngruppe. Fordere ich einen anderen Arbeitsplatz, so bohre ich mich vom Kran, und dann? Man kann ja sehen, wie das war bei den Entlassungen, wo angeblich kein leichterer Arbeitsplatz vorhanden war".

Nun, Herr Prof. Einbrodt! Nach den UVV der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft ist Kranfahren völlig ungefährlich! Wahrscheinlich liegt die hohe Zahl der Bandscheiben- und Hüftgelenkgeschädigten Kranführer an ihrer schwachen Konstitution!

Beantragt einer dieser Arbeiter, die mehrheitlich in den Lohngruppen eingestuft sind, die um ihr Existenzminimum liegen, eine Kur, so darf er sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Kur nicht die „Segnung der Überstundenschinderei" genießen. Klingt fortschrittlich, ist aber grausam. Gerade die im Zeitlohn schuftenden Kranführer unterliegen dem Zwang, Überstunden ableisten zu müssen. Sie bekommen keinen Lohnausgleich vor und nach der Kur und in der Lohnfortzahlung während der Kur sind die überstunden-„freien" Wochen enthalten."

Von 1968 bis 1974 sind die Fälle der angezeigten Berufskrankheiten von 25 793 auf 36 124 gestiegen.

Entschädigung für die durch die Ausbeutung ruinierte Arbeitskraft wurde von den Berufsgenossenschaften, die aus den Krankenversicherungen ausgelagert sind und in denen nur die Kapitalisten sitzen, 1968 in 5 310 Fällen und 1974 in 6 072 Fällen bezahlt.

Bis die Krankheit eines Arbeiters als Berufskrankheit anerkannt wird, werden alle Kosten für die Krankenversicherung abgerechnet. Diese Kosten sollen jetzt gedämpft werden:

Salben und Verbände, die vor allem dazu gebraucht werden, um z.B. Sehnenscheidenentzündungen und ähnliche chronische Berufskrankheiten zu behandeln, gehören ab jetzt zum „täglichen Gebrauch" und müssen von den Versicherten selbst bezahlt werden.

Dies kann nicht hingenommen werden. Die Arbeiterklasse muß sich den vollständigen Schutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit, und die Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten sowie eine einheitliche Sozialversicherung in der Selbstverwaltung der Versicherten erkämpfen.

„Teilhabe am medizinischen Fortschritt"

Letzte Woche ist bei VW-Wolfsburg ein Arbeiter aus dem Preßwerk Halle 2 im Alter von 44 Jahren gestorben. Die Todesursache ist nicht genau bekannt. Der Arbeiter war aber vorher schon einmal mehrere Monate wegen eines schweren Magenleidens erkrankt. Eine typische Akkord- und Schichtarbeiterkrankheit. Am Tag vorher war der Arbeiter vormittags zum Vertrauensarzt zitiert und von diesem gesundgeschrieben worden. In der gleichen Woche hat ein Kollege aus Halle 8 einen Herzinfarkt erlitten.

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen und die Betriebskrankenkassen Volkswagenwerk AG und Salzgitter AG haben 1974 beschlossen, 1974 begonnene „Früherkennungsuntersuchungen" ab 1.7.77 mit einem veränderten Programm fortzuführen.

Ausgearbeitet hat es Prof. Dr. M. Pflanz, Direktor des Instituts für Sozialmedizin an der Medizinischen Hochschule Hannover:

„Ziel des Programms der Herz-Kreislauf-Früherkennung ist die Verhütung von Erkrankungen und vorzeitiger Tod an Herzinfarkt, Herzinsuffizienz (Leistungsschwäche des Herzens, die Red.), Schlaganfall, peripheren arteriellen Verschlußkrankheiten." Daß es darum gerade nicht geht, sondern darum, den Arbeitern selber die Schuld zuzuschieben und sie – falls krank – schnell zu Tode zu bringen, führt Pflanz gleich selber aus: EKG- und Röntgenuntersuchungen seien „nicht in das weitere Programm aufzunehmen", wie sie es bisher waren, obwohl „diese allerdings von größerer Bedeutung für die Feststellung einer koronaren Durchblutungsstörung sein können, als die Antworten im Fragebogen, den die Arbeiter jetzt ausfüllen sollen".

„Die Untersuchung kann nur zwei Risikofaktoren mit Bestimmtheit feststellen: Zigarettenrauchen und Übergewicht", denn das ist „das Entscheidende": „Daß zu dem Zigarettenrauchen gehört, daß Übergewicht beseitigt, eine cholesterinsinkende (fettsenkende, die Red.) Diät eingehalten und eine davor Behandlung der Hypertonie (Bluthochdruck, die Red.) durchgeführt wird."

Für die Arbeiter am Band sind die Herz-Kreislaufkrankheiten Berufskrankheiten. Den ganzen Tag Akkord für Schmücker, wem geht das nicht an die Pumpe? Dagegen hat Prof. M. Pflanz nichts. Das Akkordsystem macht die Arbeiter nicht krank, sie selber sind es mit ihrem „Ernährungsgewohnheiten". Also ist das „Entscheidende": „Fiskalische Maßnahmen zur Eindämmung des Zigarettenverbrauchs", „Eindämmung des Kochsalzkonsums", Förderung des Verbrauchs von Trinkwasser". Bei Brot und Wasser möchten der Professor und die VW-Kapitalisten die Arbeiter sehen. Die „cholesterinsenkende Diät" bedeutet: „Senkung des Gesamtfettverbrauchs, z.B. in Fleisch- und Backwaren". (Regel 2) „Ersatz von Butter durch Margarine, von Vollfettkäse durch Magerkäse, Vollmilch durch Magermilch ... usw." (Regel 5)

„Weniger als 300 mg Cholesterin zuführen" (Regel 3), wo ein Hühnerei bereits 280 mg enthält! Bei VW Hannover ist ein Arbeiter während solcher Diät bei der Arbeit zusammengebrochen – mit Kreislaufkollaps. Wer soll damit auch im Akkord schaffen? Bedauernd stellt Pflanz fest, daß „es nur schwer gelingt, die Bevölkerung zu Verhaltensweisen zu bringen, welche die Risikofaktoren vermindern." Insbesondere gelte es, „die Bereitschaft zu erhöhen, Antihypertensiva (Mittel gegen Bluthochdruck, die Red.) einzunehmen." Warum wohl?

Alle Mittel haben folgende Nebenwirkungen: Depressionen bis zu Selbstmordversuchen, Schläfrigkeit, Muskelzittern. Durchfälle usw. Klar ist, daß dieses „Früherkennungsprogramm" müssen sich die Arbeiter zusammenschließen. Es atmet von Anfang bis Ende aus dem Kostendämpfungsprogramm der Bourgeoisie.

„Sterben leicht gemacht":

Die „Humanität" des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes

In seinen letzten Ausgaben widmet Augsteins „Spiegel" den „*Bemühungen, Sterben und Tod den schlimmsten Stachel zu nehmen*", große Aufmerksamkeit.

„Selten haben alte Menschen soviel Sterbensglück wie Konrad Adenauer, der ohne Reanimation (d.h. Wiederbelebung) im eigenen Bett sterben durfte... Doch geraten die bedrückenden Umstände gewöhnlichen Sterbens in der Einsamkeit und Isolierung der Kliniken und Altenheime gerade wegen ihrer Unmenschlichkeit in letzter Zeit zunehmend in die Diskussion." (Der Spiegel am 27.6.77)

Das Bourgeoisblatt ist gezwungen, die empörenden Zustände zuzugeben in den Kliniken, in denen die Lohnabhängigen abgefertigt werden, als gelte ihr Leben nichts, und in den Altenheimen, in die sie abgeschoben werden in der Hoffnung, daß sie es da sowieso nicht mehr lange machen werden.

Diese Unterdrückung der verrenteten Lohnabhängigen durch die Gesundheits- und Sozialministerien der Bourgeoisie in den Altenheimen und Kliniken ist Ausdruck der Fesselung der Produktivkräfte durch den Imperialismus, dem die erste Produktivkraft, der Mensch, nichts gilt bis auf den Mehrwert, der sich aus ihm herauspressen läßt.

Die westdeutschen Imperialisten betrachten die Arbeiter, die die Ausbeutung während eines ganzen Arbeiterlebens noch überstanden haben und in Rente gehen, als „*Kostenfaktoren*", die ihrer Absicht im Wege stehen, die Gelder der Sozialversicherungen vollständig sich einverleiben zu können und sie zur Quelle der Profitmacherei und des Kapitalexports zu machen.

Deshalb ist die westdeutsche Finanzbourgeoisie fest entschlossen, sie *umzubringen*. Der Plan für diesen Vernichtungsfeldzug gegen rund 11 Millionen Rentner heißt „*Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz in Verbindung mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz*". Der Generalstab, der diesen Angriff auf die physische Existenz der in Rente gegangenen Teils der Arbeiterklasse zu führen hat, sitzt im Arbeits- und Sozialministerium und wird geleitet von Ehrenberg.

Richten sich Augsteins „*Bemühungen, Sterben und Tod den schlimmsten Stachel zu nehmen*", gegen diesen Liquidierungsplan? Im Gegenteil. Augstein bedauert, daß diese Bemühungen in den USA und Großbritannien „*schon weiter fortgeschritten*" seien:

„Wem die Stunde schlägt, der kann sich in Los Angeles für 10 Dollar von der Firma ‚Schwelle' einen ‚Tröster' mieten, der bis zum letzten Atemzug neben dem Sterbenden ausharrt."

Und in London soll es schon fünf „*Sterbekliniken*" geben, in die man sich noch dazu „*gratis*" begeben könne.

Das sind mehr als Winke mit dem Zaunpfahl des Sozialliberalen Augstein für den „*Kollegen*" Ehrenberg: Es ist ein Appell, zügig den Weg zur „*Liquidierung der Rentnerfrage*" zu beschreiten. Vielleicht zuerst als „*Gratisaktion*" im großen Saale und später „*Sterbehilfe als Arbeitsbeschaffungsprogramm*". Ob Augstein und Ehrenberg schon ausgerechnet haben, was das einbringen wird an Profit und an Ersparnis von Arbeitslosengeldern?

Springers „Welt" hebt bei diesen forschen Plänen, die Rentner umzubringen, schon mal den Zeigefinger:

„In Deutschland wird die Lage noch dadurch kompliziert, daß Hitler die Euthanasie, den Gnadentod, zugelassen und für nach seiner Version ‚erheblich Minderwertige' sogar angeordnet hatte." (Die Welt am 23.6.77)

Augsteins Liebe zum „schönen Sterben"

Die Durchsetzung des *Vernichtungsprogramms für Sozialrentner* erfordert die Bewältigung dieser „*komplizierten Lage*" durch die Bourgeoisideologen. Mit Blut bezahlte Erfahrungen der Arbeiterbewegung müssen untergraben werden, verschüttet und unterdrückt werden. Der Sozialliberale Augstein und der Christdemokrat Springer machen sich gemeinsam an diese Aufgabe:

„Das schöne Sterben. Erlebnisse im Grenzbereich des Todes". (Der Spiegel am 20.6.77)

Und Springers „Bild" kommentiert:

„Was eine Münchnerin erlebte, die zwei Minuten tot war": „Fürchtet euch nicht! Eine Frau war 2 Minuten tot und sagt: ‚Es war schön.' Sie war da, wo wir alle einmal hin müssen, und hat jetzt keine Angst mehr, ‚weil der Tod friedlich und hell ist'. Gibt es eine tröstlichere Botschaft?" (Bild-Zeitung am 24.6.77)

Die Bourgeoisklasse, eben im Begriff, der Arbeiterklasse das Lebensnotwendigste zu rauben und ihr kein Recht auf Leben zuzugestehen außer im Dienste ihrer Profitmacherei, läßt ihre Organe den ewigen Frieden im Himmel ausrufen. Der „Spiegel" hat „*recherchiert*" von Curd Jürgens bis Charles Aznavour. Über allerhand „Sterbeforscher" und Bücher, „die demnächst erscheinen sollen", hat er die Bestätigung gefunden:

„Wer Erfahrungen im Grenzbereich des Todes macht, der hat keine Angst mehr vor dem Sterben...",

jubiliert Augsteins „Spiegel" wissen. Die Faschisten in Auschwitz haben den ankommenden Juden erklärt, sie müßten sich zum Duschen anstellen. Dann wurde das Gift in die gekachelten Gaskammern geworfen. Was ist das Gerede von den „*Erlebnissen im Grenzbereich des Todes*" anderes als Bestandteil eines solchen Betruges gegenüber den Rentnern?

Der Tod, der damit angekündigt und nahegelegt werden soll, tritt auf als „*Sterbeerlebnis*" mit „*Ich-Austritt*". Mit der Aufspaltung in eine vergängliche körperliche Hülle und einen sich davon lösenden Geist ist schließlich der Weg geebnet für die neuerliche Propaganda des Griffs zur Bibel gegenüber dem Elend der arbeitenden Klassen. Augstein tritt als Pfaffe auf:

„Der Weg des vom eigenen Körper frei gewordenen Ich führt in den meisten Sterbeberichten aber noch weiter – in eine ganz andere Wirklichkeit... und davor tut sich jener ‚Tunnel' auf als der Umschlag von der Angst zur Freiheit im Sterben."

Je verbrecherischer die Pläne der Finanzbourgeoisie, desto größer die Ideen, auf die sie sich zu ihrer Verwirklichung beruft. Von der Propaganda der „*Freiheit im Sterben*" ist es kein weiter Weg mehr zur Forderung an die arbeitenden Klassen „*für die Freiheit zu sterben*": für die Freiheit der westdeutschen Finanzbourgeoisie, auf allen Märkten ungehemmt vorzudringen, von den Rohstoffquellen Besitz zu ergreifen und ihre Kapitalanlagen auf allen fünf Kontinenten zu sichern.

Rekrutierung einer Metzgergarde im Gewande der „christlichen Nächstenliebe"

„... muß aus diesen Berichten doch gefolgert werden, daß es das Sterben nicht leichter, sondern schwerer macht, wenn sich die moderne Medizin ... dieser menschlichen Leistung, die im Sterben vollbracht wird, mit allen Mitteln entgegenstellt."

So die Konsequenz von Augsteins „Spiegel" aus den „*Recherchen über das schöne Sterben*". Und Springer in der „Welt":

„Die neuen Möglichkeiten der Intensivmedizin fordern, daß Grenzen gezogen werden. Der ‚Club of Mainz' unter Leitung von Professor Rudolf Frey und einige andere kompetente Gremien suchen ein Niemandsland zwischen Leben und Tod nach festen Grenzen. ... es darf auch nicht Hilfe um jeden Preis geben."

Die jüngsten Gesetze der Finanzbourgeoisie haben die „*festen Grenzen*" und „*Preise*" eingeführt: z.B. durch Festsetzung eines Arzneimittelhöchstbetrages, dessen Überschreitung um mehr als 5 Prozent bewirkt, daß die Kassen per Gesetz verpflichtet sind zur Kontrolle der Verordnungen, der verordnenden Ärzte und der Lohnabhängigen, die diese Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen. Oder die Festsetzung von „Bewertungsmaßstäben" für die ärztlichen Behandlungsmaßnahmen geradeso wie die Kürzung der Einnahmen der Krankenversicherung für die Rentner von gegenwärtig rund 17% auf 11,7% des Rentenbetrages. Rund 1 900 Krankenhäuser mit Bettenzahlen bis zu 200 ganz zu schließen, darüber beraten die Finanzbourgeois. Augsteins „Spiegel" rührt – wie bereits als Konsequenz des „schönen Sterbens" verlangt – in der darauffolgenden Nummer die Trommel:

„Vier von sieben Sterbenden sind in den letzten Stunden allein, umgeben nur noch von inhumaner Technik... Nun haben Mediziner begonnen, auch die letzten Phasen des Lebens zu erkunden, und plädieren für einen menschenwürdigeren Tod." (Der Spiegel am 27.6.77)

Kein Rentner soll nach dem neuen Gesetz mehr in diese Lage kommen: „*allein*", „*umgeben von Technik*...".

Geprüft werden soll nach dem Gesetz:

„Die Möglichkeiten anderweitiger Unterbringung und Pflege außerhalb der Krankenhäuser".

Damit ist die Lizenz für die Eröffnung von „*Sterbekliniken*" schon gegeben.

Es ist klar: Die Finanzbourgeoisie braucht Leute für ihr Programm. Leute, die es verstehen, in der Linken das Kreuz zu schwenken und in der Rechten das Metzgerbeil zu schwingen. Und Augstein hat allerhand „*Förderungswürdiges*" vorzustellen:

„Soziologen, Psychologen, Experten für Sozialarbeit und Altersforscher wollen an der katholischen Akademie Schwerte ihre Erfahrungen auf dem Gebiet von Sterbeforschung und Sterbebeistand austauschen."

„*Innerhalb der Ärzteschaft*" erblickt Augstein „erste Anzeichen":

„Stimmen, die der Brutalität des organisierten Sterbens in Pflegeheimen und Intensivstationen Opposition ansagen".

In den Zeugenstand gerufen hat Augstein den „*hessischen Landarzt Paul Lüth*":

„Dabei sei menschenwürdiges Sterben kein unlösbares Problem. Lüth: ‚Die moderne Medizin verfügt über alle Möglichkeiten, dem Sterben den Schrecken zu nehmen.'"

Wer glaubt, daß der Christdemokrat Springer und der Sozialliberale Augstein vielleicht weit „*vorgeprescht*" wären, der täuscht sich. Die Finanzbourgeoisie hat ihre Regierungsmaschinerie das Programm für alle diese Maßnahmen bereits beschließen lassen. Es ist der Ruf nach der Sammlung der deutschnationalen und christlichen Reaktion, der aus diesen Presseorganen der Finanzbourgeoisie ertönt und die die Finanzbourgeoisie braucht, um ihre Politik durchzusetzen.

„Mit dem ‚deutschen Wesen' läßt sich der Krieg bestreiten, und mit der christlichen Nächstenliebe läßt sich das die Elend behandeln, das mit der imperialistischen Expansion und der Kriegsvorbereitung Hand in Hand geht." (Resolution des ZK des KBW zur Lage und zu den Aufgaben vom 23. April 1977, in: Kommunismus und Klassenkampf, Heft Nr. 5/1977) – (Z-Red.)

Bremer Vulkan: Betriebsrat und Jugendvertretung gegen Soldatendisziplinierung, für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht

Bremen. Der folgende Brief gegen die Bestrafung des Soldaten Fröhlich wegen Teilnahme in Uniform an der Maidemonstration in Bremen-Nord ist von den kommunistischen Betriebsräten eingebracht und mit 16 gegen 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen vom Vulkan-Betriebsrat verabschiedet worden. Gegen die Verabschiedung dieses Briefes wandte das SPD-Ortsamtsmitglied Hallweit – gedienter Obermaat – vieles ein: Von wegen, Betriebsrat und Gewerkschaft könnten nicht Gesetze ändern, und immerhin, Gesetz sei Gesetz und in Uniform zu demonstrieren sei halt verboten, bis er sich zu guter Letzt hinreißen ließ zu verkünden, die 165 DM Sold wären ja doch eine Stange Geld. Das war zuviel. Die einfachen Gefreiten im Betriebsrat bekamen einen roten Kopf vor Wut und griffen den sozialdemokratischen Betriebsrat an. „Ja, Du mit Deinem Dienstgrad hast gut reden, ich wußte nicht, wovon ich meine Diszis damals bezahlen sollte!" „Keine Rechte hat man, parieren und sterben für das Kapital heißt die Devise, und der Kompaniechef kann sogar noch bestimmen, ob du heiraten darfst oder nicht." Ein anderer: „Für drei Monate hatte man mich damals verdonnert, nur in Uniform mich außerhalb der Kaserne zu bewegen. Was denkst du denn, was ich gemacht hätte, wenn dann der 1. Mai wäre?" „Und sowieso", ergänzte ein anderer, „was heißt hier Verbot, in Uniform zu demonstrieren? Das ist genau richtig: in Uniform an unserer Seite, wo sie sonst in Uniform gegen uns marschieren sollen! Da müssen wir Arbeiter unbedingt dafür sein!" Und dann ist der Brief verabschiedet worden. – (Zelle Bremer Vulkan)

Herrn
Oberstleutnant Brand
Panzer-Bataillion 324
Bataillionskommandeur
Lützow-Kaserne
2820 Schwanewede

Werter Herr Oberstleutnant Brand!

Der Betriebsrat und die Jugendvertretung des Bremer Vulkan hat durch ein Schreiben des Kollegen Gerd Fröhlich Kenntnis erhalten, daß er wegen Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration 1977 in Bremen-Nord mit einer Disziplinarstrafe belegt werden soll.

Diese Maßnahme stößt auf schärfste Mißbilligung seitens des Betriebsrats und der Jugendvertretung als gewählte Vertreter der Vulkan Kollegen. Der 1. Mai ist von der Arbeiterbewegung in langen und opfervollen Kämpfen gesetzlich verankert worden. An diesem Tag tragen in allen Ländern die Arbeiter die Forderungen, die es gilt durchzusetzen, um ihnen und ihren Familien die Existenz zu sichern und um für eine Zukunft zu kämpfen, die es nicht immer notwendig macht, sich gegen Maßnahmen zur Wehr zu setzen, die die Sicherheit und Existenz unserer Familien vernichten.

Der Kollege Fröhlich ist Wehrpflichtiger und hat am 1. Mai in Uniform das Transparent „Für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich" getragen. Wir begrüßen besonders als Gewerkschafter das bewußte und solidarische Verhalten dieses Kollegen. Wir stellen fest, daß unsere Kollegen, die in der Bundeswehr sind, Arbeiter sind und auch während dieser Zeit ihre Interessen wahrnehmen. Der Kollege Fröhlich ist ebenfalls für die Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige eingetreten. Auch dies begrüßen wir, weil wir aus eigener Erfahrung oder als Familienangehörige eines Soldaten wissen, wie schwierig es ist, mit 165 bis 210 DM auszukommen. (...) Wenn Sie einen Soldaten wegen der Teilnahme an diesem für die Arbeiter so wichtigen Tag disziplinarisch belangen, so zeigt uns das, daß Sie die Forderungen und Ziele aller am 1. Mai demonstrierenden Menschen nicht für richtig halten. (...)

Ihre Maßnahme ruft uns wieder in Erinnerung, daß die Mehrzahl der Soldaten für 1 1/2 Jahre ohne gewerkschaftliche und politische Freiheiten dienen müssen, daß sie dafür 165 bis 210 DM erhalten statt ihren Lohn, den sie in ihrem Beruf bekommen würden.

sie in ihrem Beruf bekommen würden.

Weshalb werden unseren Kollegen in der Bundeswehr diese Rechte genommen? Weshalb werden sie diszipliniert, wenn sie gegen die Rechtlosigkeit angehen, wobei eine Disziplinierung bis zur Höhe des monatlichen Wehrsold eine empfindliche Angelegenheit ist und schnell zur ruhigen Hinnahme aller Maßnahmen führen kann? Hätten die Arbeiter keinen Willen gehabt, so wären sie nie in der Lage gewesen, sich das Recht zu erkämpfen, die Bezahlung ihrer Arbeitskraft durch Verweigerung der Arbeit zu erzwingen, und sie wären heute noch Leibeigene, wenn sie es nicht geschafft hätten, das Kündigungsrecht gesetzlich zu verankern.

All dies haben die Soldaten nicht, wir halten das für gefährlich. Denn wem dient es, wenn Menschen rechtlos gehalten werden, allemal nicht den Arbeitern! Dies wird erhärtet durch Gesetze, die auch beinhalten, daß Soldaten gegen z.B. streikende Arbeiter eingesetzt werden können. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Teilnahme von Soldaten in Uniform an der 1. Mai-Demonstration und fordern Sie auf, das Disziplinarverfahren einzustellen. (...) Wir erwarten von Ihnen eine Stellungnahme, aufgrund welcher Überlegungen Sie den Kollegen Gerd Fröhlich wegen Teilnahme an der Mai-Demonstration nicht auszeichnen, um anderen Soldaten ein positives Beispiel zu zeigen, sondern umgekehrt ihn mit einer Disziplinarstrafe belegen wollen. Wir erwarten diese Antwort auch im Interesse aller Kollegen des Bremer Vulkan!

Mit vorzüglicher Hochachtung
Betriebsrat
Bremer Vulkan
Schiffbau und Maschinenfabrik

Jugendvertretung
Bremer Vulkan
Schiffbau und Maschinenfabrik

Bremer Vulkan: Arbeiterjugendliche gegen befristete Arbeitsverträge

Bremen. Nach dreimaligen Anläufen war es den Vulkan-Kapitalisten gelungen, die Zustimmung der Mehrheit des Betriebsrates zu befristeten Arbeitsverträgen auf Probe für Auszubildende nach der Facharbeiterprüfung zu bekommen. Damit wurden gefaßte Beschlüsse des Betriebsrates revidiert. Jetzt haben diejenigen, die die Interessen der Arbeiter denen der Kapitalisten unterwerfen, die richtige Antwort bekommen: Obgleich etliche Jugendliche auf dem Vulkan zur Zeit Urlaub haben, haben innerhalb einer Woche per Unterschrift 70 von ihnen sich mit folgender Resolution gegen diesen Betriebsratsbeschluß gewandt:

„Wie wir erfahren haben, hat der Betriebsrat seinen Beschluß aufgehoben, der besagt, es dürfen keine befristeten Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Wir Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge auf dem Bremer Vulkan sind dagegen, daß dieser Beschluß aufgehoben wurde und daß dafür jetzt befristete Arbeitsverträge, und das auch noch zur Probe, was heißt, jederzeit kann man fliegen, abgeschlossen werden können.

Wir sind aus folgenden Gründen dagegen: 1. So werden die Kollegen, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben, ranklotzen wie die Idioten. Tun sie es nicht, fliegt man eben raus! Es wird dann eben verfahren nach dem Motto ‚Hast du mal ein Widerwort – wechselst du den Arbeitsort'. 2. So wird erreicht, daß die Kollegen mit einem befristeten Arbeitsvertrag den Akkord drücken, und wir werden gespalten. (...) Man überlege sich nur einmal, was passiert, wenn Kollegen mit befristeten Arbeitsverträgen ordentliche Arbeitsbedingungen fordern!

Wir erklären, daß wir für solche Arbeitsverträge sind, bei denen man nicht den Rücken krumm machen braucht und bei denen die Belegschaft nicht gespalten wird. Darum ist es wichtig, daß man an dem Beschluß des Vertrauensleutekörpers festhält, der besagt: „Übernahme aller Lehrlinge ins unbefristete Arbeitsverhältnis." Dies sollte der Vertrauensleutekörper noch einmal bestätigen.

Sollte der Betriebsrat seinen Beschluß nicht zurücknehmen, so wird es richtig sein, auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung diesen Streit auszutragen und die Belegschaft zu fragen. Dies fordern wir im Fall der Ablehnung."

Akkordarbeit und gerade 800 DM netto

Lage der Arbeiterinnen bei Siemens

Unter dem Titel „Das doppelte Lottchen mit den zwei Vorgesetzten – 1977 noch ohne Happy End" werden in der Gewerkschaftszeitung „Metall" die Arbeiterinnen aufgerufen zum Kampf gegen die Arbeiter. Die Männer haben „bequeme Ansichten", haben „Vorurteile" und wollen von ihren „Privilegien" nicht runter.

Die Sozialdemokraten setzen an der elenden Lage der Arbeiterinnen an: die Arbeit in den Leichtlohngruppen, die Eingruppierungspraxis der Kapitalisten, die niedrigen übertariflichen Zulagen, die Hausarbeit. Für sie ist das alles eine Frage der „Diskriminierung der Frauen". Gegen diese „Diskriminierung" soll das „Lottchen" angehen. Die „Diskriminierung muß weg, indem die „Privilegien" der Männer abgebaut werden sollen, und dafür soll die Frau dann auch den Mann gewinnen. Das heißt dann z.B., daß das „Privileg" der höheren Löhne für Männer beseitigt wird. Die Lage der Arbeiterinnen soll zur allgemeinen Lage der Arbeiterklasse gemacht werden.

Braunschweig. Bei Siemens in Braunschweig arbeiten derzeit 1 300 Frauen als Arbeiterinnen. Davon sind ca. 1 100 im Akkord. Mit Hilfe der „Siemens-Arbeits-Bewertung (SAB)", die „körperlich leichte Arbeit" und „Belastung der Nerven und Sinne" am niedrigsten einstuft, sind 95 % der Frauen in die Tariflohngruppen I bis IV eingestuft. Lohngruppe I bis IV, das heißt: Tarifgrundlohn zwischen 6,26 DM und 7,04 DM die Stunde, im Akkord bei „Maximalleistung 135 %" auf 8,58 DM bis 9,50 DM zu schrauben. Auf der Hand haben dann die meisten Frauen zwischen 836 DM und 882 DM netto (die meisten sind in Steuerklasse V). Das Schwergewicht liegt dabei mehr auf den Lohngruppen I und II (ca. 75 %).

Also für 4,80 DM netto die Stunde „Arbeiten, die nach kurzfristiger Einarbeitungszeit und Unterweisung ausgeführt werden", wie es im Tarifvertrag zu Lohngruppe I heißt.

Das ist dann zum Beispiel Abisolieren von Formkabeln für Eisenbahnsignalgeräte, so etwa 20 000Drahtenden am Tag mit der Thermozange, belasteter Körperteil ist hauptsächlich die rechte Hand. Da die Arbeit sehr monoton ist, liegt eben auch keine „Belastung der Nerven und Sinne vor". Für den Lohn von Lohngruppe I haben die Arbeiterinnen dann aber auch ständig Sehnenscheidenentzündungen.

Genauso in der Relaisfertigung: Da gibt es für das Justieren der Relais zwar eine Lohngruppe höher, aber für welche Arbeit: Ständig die acht grünen Kontrollampen vor Augen, die schlecht vorjustierten Kontakte auf Hundertstelmillimeter genau mit Justierhaken und Gewichten einjustieren.

Die wenigsten Frauen machen diese Arbeit länger als drei bis vier Jahre, die Siemenskapitalisten setzen dort deshalb auch überwiegend junge Frauen ein. Viele haben nach einem Jahr Augenbeschwerden, Kopfschmerzen wegen der flimmernden Lampen und der notwendigen hohen Konzentration. Außerdem Nacken- und Rückenwirbelschäden und Ischiasbeschwerden, die durch die Zugluft in der Werkstatt noch befördert werden und Sehnenscheidenentzündung.

Dieser Arbeitsplatz wird schwangeren Frauen dann auch noch als „Schonarbeitsplatz" angeboten, „weil sie dort nicht so schwer heben brauchen", so die Meister. Schwer heben müssen sie dafür in der Relaisgruppenfertigung, wo sie bis zu 20 kg schwere Relaisgruppen in die Halterungen wuchten müssen.

Mehrere Jahre haben die Frauen an diesen Arbeitsplätzen darum gekämpft, daß die Gruppen von den Einrichtern eingebaut werden.

Die Frauen, die für die Arbeiten mit hoher Konzentration wegen ihres Alters nicht mehr schnell genug sind, kommen zum Beispiel in die Stanzerei oder Bohrerei. Alle paar Sekunden ein Teil ins Werkzeug legen, das Knallen der 30 Tonnen-Presse im Ohr (nur leicht gedämpft durch ein bißchen Gehörschutzwatte), Teil rausnehmen, neues einlegen, wieder Kontakte drükken, wieder das Knallen im Ohr. Nach spätestens zwei Jahren stellen sich die ersten Gehörschäden ein. Aber bei Messungen ist eben alles unter der gesetzlichen Höchstgrenze von 90 Dezibel, denn es ist den Kapitalisten egal, ob die Ohren der Frauen kaputtgehen.

Die Siemenskapitalisten in ihrer Gier nach Höchstprofit verschärfen die Arbeitshetze ständig und versuchen so vor allem den Lohn der Frauen zu drücken.

So haben sie bei einigen Kabeln in der Kabelformerei die Zeiten so weit gesenkt, daß selbst erfahrene Arbeiterinnen berichten, sie kämen nur dann gerade auf 100 % (d.h. auf den Grundlohn), wenn sie bis in die Pausen reinarbeiten.

Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß heißt im Kapitalismus für die Frauen vor allem, den übelsten Ausbeutungsbedingungen unterworfen zu sein. Und deshalb ist es nicht die „Freude am eigenen Geld verdienen, um finanziell nicht mehr so abhängig zu sein" (Metall), sondern es ist die elende Lage der Arbeiterfamilien, die zur Arbeit der Frau zwingt.

1 260 DM netto im Monat bringt ein Facharbeiter in Lohngruppe VIII am Ende des Monats von Siemens mit nach Hause. Knapp 400 DM gehen davon schon für eine Dreizimmerwohnung mit Heizung weg, wenn man wie viele Siemensarbeiter im Neubaugebiet Heidberg wohnt. Wenn das Kind neue Kleider braucht, neue Möbel angeschafft werden müssen, was bleibt da anderes übrig, als daß die Frau mit arbeiten geht. Und von den 800 DM, die sie mit nach Hause bringt, bleibt dann praktisch fast nichts zusätzlich übrig. 120 DM kostet allein der Ganztagskindergarten in Heidberg, einen Betriebskindergarten gibt es bei Siemens nicht. Und wenn Mann und Frau, von der Arbeit zerschlagen, abends nach Hause kommen, da ist nicht mehr viel drin fürs Einkaufen und so weiter. Da muß eine Kühltruhe her, die kostet auch so an die 2 000 DM, und das Kochen aus Dosen (weil's schneller geht) kostet auch wesentlich mehr. Ein Arbeiter berichtet, daß der Arzt seiner Frau, die im Akkord arbeitet, vitaminreiches, fettarmes Essen empfohlen hat – so an die 50 DM bis 60 DM geben sie seitdem dafür zusätzlich aus. Und weil beide das Wochenende brauchen, um sich von der Arbeitshetze zu erholen und sich um das Kind zu kümmern, gehen sie sonntags jetzt häufiger in die Gaststätte zum Essen, damit die Frau nicht noch den halben Tag am Herd verbringen muß.



Seit 1976 besitzt Siemens die Dickson Electronics Corporation in Arizona/USA. 1 500 Arbeiterinnen und Arbeiter werden dort ausgebeutet. Die Herstellung konzentriert sich auf die Fertigung von Bauelementen der Elektronik.

Viele Arbeiter berichten, wie die Hausarbeit kollektiv zwischen Mann und Frau aufgeteilt wird: Es geht gar nicht anders, soll sich die Frau wenigstens ein wenig vom Verschleiß ihrer Arbeitskraft in der Fabrik erholen können. – (Zelle Siemens/N-REd.)

Betriebsversammlungen in den VW-Werken

In den letzten Wochen fanden in den VW-Werken die Betriebsversammlungen statt. Die Kapitalisten mußten zum Aufmarsch gegen die Konkurrenten blasen und versuchen, die Arbeiter für ihr Expansionsprogramm zu gewinnen. Für die Arbeiter dagegen mußte es auf diesen Betriebsversammlungen darum gehen, ihren Zusammenschluß gegen die gesteigerte Ausbeutung zu festigen.

In **Braunschweig** fand am 16.6. die Betriebsversammlung statt. Der Vorstandsredner und die Sozialdemokraten aus dem Betriebsrat erklärten einhellig, die Lage in der Automobilindustrie sei für VW gut, es müßten aber weiter große Anstrengungen gemacht werden, damit auch in Zukunft die Arbeitsplätze gesichert seien.

Der Betriebsrat erwog die Zustimmung zu weiteren Sonderschichten und billigte Maßnahmen der Kapitalisten wie außerordentliche Nachtschichten für Zwei-Schicht-Arbeiter und eine Spätschicht am Samstag. Die Arbeiter griffen die Maßnahmen an, worauf der Betriebsrat gezwungen war, einen Rückzieher zu organisieren: Er müsse sich alles noch einmal überlegen.

In **Hannover** war zur Betriebsversammlung am 22.6. eigens Toni Schmücker angereist, um die expansionistischen Ziele des VW-Konzerns im Streben nach Höchstprofit vor den Arbeitern zu vertreten. Tenor seiner Rede war: Es wird nicht leicht sein, man muß jetzt auch Opfer bringen. Die Produktionspalette wird erweitert um ein weiteres LKW-Modell, gleichzeitig werden die Bänder umgerüstet, was verbunden ist mit Runterstufungen um 1 bis 2 Lohngruppen und mit einer Erhöhung der Stückzahl an den Bändern. Ab Herbst wird eine Dauernachtschicht eingeführt, um die Umrüstungsarbeiten ohne Produktionsausfall durchzuziehen.

In **Wolfsburg** erklärte auf der Betriebsversammlung am 30.6. Vorstandsmitglied Frerk, daß VW den Marktanteil in der BRD von 27,7 auf 31,5 % gesteigert hat. Jedoch sei die Konkurrenz von Opel und Ford und auf dem Weltmarkt insbesondere von den Japanern stark und müsse zurückgeschlagen werden.

Das Programm des Betriebsrates besteht vor allem „in sinnvollen Bandeinrichtungen", die jedoch zu keinem Produktivitätsverlust führen dürften, womit die Absichten der Kapitalisten unterstützt werden.

Ein Antrag von 19 Bandarbeitern, in dem der Gewerkschaftstag der IGM aufgefordert wird, die Forderungen nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Verbot der Überstunden zu erheben, wurde vom Betriebsrat trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zur Abstimmung gestellt.

Am gleichen Tag fand die Betriebsversammlung im Werk **Salzgitter** statt. Auch hier wurde ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich von einem Akkordarbeiter eingebracht. Er wurde auf Betreiben des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Wilmsman, SPD-Betriebsgruppenmitglied und Delegierter zum Gewerkschaftstag, nicht abgestimmt. Nach der Versammlung distanzierten sich andere SPD-Betriebsgruppenmitglieder, unter anderem die Vertrauenskörperleitung, von ihm.

Arbeiter schaffen Nachtarbeit ab

Osnabrück. In der Revolverdreherei bei Kromschröder wird seit längerem über die Folgen der Schichtarbeit und ihre Abschaffung diskutiert.

Vorletzte Woche wollte die Geschäftsleitung Zehnstundenschichten einführen. Darauf antworteten die Arbeiter mit Ablehnung und beschlossen ihrerseits, die Nachtarbeit abzuschaffen und nur zwei Schichten, Früh- und Spätschicht, zu machen. Gleich wurde ein neuer Schichtplan aufgestellt, in den sich alle Arbeiter einteilten. Die Kapitalisten beugten sich dem Beschluß. Der Schichtplan für die nächste Woche enthält keine Nachtschicht mehr.

Erfolgreicher Zusammenschluß gegen Akkordverschärfung

Bockenem. Nach dem 6 %-Lohnraubabschluß in der niedersächsischen Kautschukindustrie wollen die Meteor-Moosgummi-Kapitalisten die Niederlage, die sie den Arbeitern mit Hilfe der Sozialdemokraten beigebracht haben, nutzen zu weiteren Vorstößen: Gleich nach dem Abschluß wurden in mehrere Abteilungen Abstopper geschickt. In der Konfektion II/Kofferabteilung wollten sie an den Vulkanisiermaschinen für einen veränderten Arbeitsgang beim Vulkanisieren von Heckdeckelrahmen für Daimler-Benz eine Akkordvorgabezeit von 128,6 min/100 Rahmen einführen.

Da die Arbeiter wissen, was zu schaffen ist, sind sie beim Meister schon am ersten Tag Sturm gelaufen. Ob man sich überschlagen soll. Für den Grundlohn arbeiten.

Den Arbeitern mußte noch am gleichen Tag eine Akkordvorgabezeit von 173,0 min/100 Rahmen zugesichert werden. Das sind 25 % mehr!

Die gleiche kapitalistische Ausbeutung

Ein Metallfacharbeiter aus der DDR, der seit eineinhalb Jahren in der BRD ist, berichtet über seine Erfahrung mit der Ausbeuterherrschaft der neuen Bourgeoisie in der DDR:

„Mit der Einführung der Dreischichtarbeit wurde die Ausbeutung weiter verschärft, z.B. durch Normerhöhung bei der Akkordschinderei. Gleichzeitig wird versucht, den Lohn zu drücken, z.B. durch folgende Methode: Allgemein beträgt der Lohn bei Nachtschicht 7 DM die Stunde. Das Geld wird aber nur gezahlt, wenn das Plansoll erfüllt wurde. Liegen die Arbeiter darunter, gibt es keinen Pfennig mehr.

Diese perfide Regelung treibt die Arbeiter zu größter Hetze, denn sie brauchen diese Nachtschichtzulage. Der durchschnittliche Facharbeiterlohn liegt bei 600 DM netto, ‚Spitzenverdiener', die ihre Arbeits- und Lebenskraft länger als 10 Jahre in einem Betrieb verschlissen haben, bekommen bestenfalls 700 DM. Um sich entsprechend diesem Verschleiß einigermaßen reproduzieren zu können, reicht es nicht. Dennoch passiert es nicht selten, daß die Arbeiter das Soll nicht schaffen und damit um die Nachtzulage betrogen werden, denn zum Teil sind die Maschinen überaltert – die DDR muß neue Anlagen mit höherer Produktivkraft vornehmlich an die neuen Zaren in der Sowjetunion liefern. Oder aber die Rohstoffe sind von schlechter Qualität.

Zum Beispiel gab es in einer Papierfabrik ständig Abrisse, weil minderwertige Zellulose aus der UdSSR verarbeitet werden mußte. Über die Rohstofflieferungen zu überhöhten Preisen hat die UdSSR die kleineren RGW-Länder in der Hand. 1975 erhöhte sie z.B. für die DDR die Erdölpreise um 50%.

Im Austausch dafür muß sich die DDR an ‚gemeinsamen' Projekten wie der Erdgasleitung von Orenburg bis zur Westgrenze der UdSSR beteiligen. Dieses Projekt wird zur Zeit von der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR und Bulgarien mit eigenem Kapital, eigenen Maschinen und Arbeitskräften erstellt. Nach Beendigung der Bauarbeiten, voraussichtlich 1979, ist die Erdgasleitung vollständig im Besitz der UdSSR, ohne daß sie einen Finger hätte krumm machen müssen.

Das Lohnsystem in der DDR unterscheidet sich nicht von dem anderer kapitalistischer Länder. Die ‚Arbeitsklassifizierung' z.B. ist das gleiche wie hierzulande die ‚analytische Arbeitsplatzbewertung', von deren ‚Gerechtigkeit bei der Leitungsbemessung und -bezahlung' die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften so schwärmen, die aber tatsächlich den Kapitalisten den Lohnraub erleichtern und zusätzliche Spaltung in die Belegschaften tragen soll. Die Arbeiter in der DDR haben keine Kontrolle über die Organisation der Produktion und die Verwaltung der Betriebe, sondern Funktionäre der neuen Bourgeoisie als Direktoren vor der Nase, die darauf achten, daß die Produktion nach ihrem ‚Effektivitätsprinzip' läuft. Mit der Propaganda von ‚materiellen Anreizen' wurde das hundsgewöhnliche kapitalistische Akkord- und Prämienlohnsystem eingeführt, um die Arbeiterklasse zu spalten, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren und sie dadurch besser ausbeuten zu können. Die Höhe der Prämien hängt wieder ab von der ‚Effektivität' des ganzen Betriebes. Arbeitslose werden zu Zwangsarbeitern gemacht.

Wer zum Beispiel aus einem Betrieb fliegt, weil er sich nicht jede Schikane gefallen läßt, und nicht innerhalb von vier Wochen wieder Arbeit hat, muß zur ‚Arbeitserziehung' in ‚Schwerpunktbetriebe'. Das sind in der Regel Dreischichtbetriebe mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen. Dort wird man dann bestenfalls zwei Jahre, schlimmstenfalls fünf Jahre ausgebeutet. Bezahlt wird nur eine ‚Abfindung' von durchschnittlich 130 DM. Wer da wieder herauskommt, fällt unter ‚Arbeitsplatzbindung', d.h. ein Jahr Bewährungszeit in einem zwangsweise zugewiesenen Betrieb. Fällt man in dieser Zeit seinen Ausbeutern unangenehm auf, geht's zurück ins Arbeitslager. Diese Lager sind ständig überfüllt, was ein Zeichen ist für den täglichen individuellen Widerstand der Arbeiter gegen die Ausbeuterordnung. Die elementaren Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, sind in der Hand der neuen Bourgeoisie."

„Mehr arbeiten geht normalerweise nicht"

Bericht eines Hafenarbeiters über Arbeitsbedingungen im Hamburger Hafen

Hamburg. Senator Nölling hat am 23. Juni vor dem Unternehmensverband Hafen angekündigt, daß „in diesem Jahr mehr Ladung umgeschlagen (wird) als in jedem Jahr zuvor". Im letzten Jahr wurden im Hafen bereits etwa 50 Mio. Tonnen umgeschlagen, fast das Rekordergebnis aus dem Jahr 1974. Unter welchen Arbeitsbedingungen diese Tonnage umgeschlagen wird berichtet ein Hafenarbeiter:

Am Montag haben wir auf dem Dampfer Broknes Stahl gelöscht, am Burchardt-Kai. Es wurden die mobilen Kräne eingesetzt, die Lasten bis zu 36 Tonnen heben. In einer Schicht haben wir zu drei Mann fast 1 000 Tonnen Stahlbündel gelöscht. Je Hieve* 18 Tonnen. Wir mußten mit schweren Ketten die Stahlbündel am Kran anhängen. Dann mußte man vor allem aufpassen, daß nichts passiert. Ein Kollege, der noch nicht lange im Hafen arbeitet und noch nicht soviel Erfahrung hat, hat seinen Fuß dazwischen gekriegt und ist ins Krankenhaus abtransportiert worden. Wir haben uns die Arbeit noch einigermaßen einteilen können, weil der Viz nicht so scharf aufgepaßt hatte. Ein Mann hat reihum ausgesetzt. Ein Gang hat in einer Schicht sogar schon mal 1 800 Tonnen gemacht.

An den anderen Tagen habe ich nur Stückgut und Sackgut gehabt. Heute haben wir Asbestrohre und 5-Tonnen-Kisten verladen. Die schweren Kisten waren für den Verteidigungsminister in Burma. Absender stand nicht drauf.

Mehr arbeiten geht normalerweise gar nicht. Jetzt sind zwar viele Kollegen schon auf Urlaub. Aber man kann nicht einfach mehr arbeiten lassen. Sie holen sich die Unständigen** vom Arbeitsamt, die froh sind, wenn sie jetzt mehr Schichten kriegen. Wenn die nämlich nur eine Schicht die Woche haben, wird ihnen davon die Sozialversicherung für die ganze Woche abgezogen, und sie gehen mit 20 bis 30 Mark nach Hause. Die brauchen mehr Schichten. Sie stellen auch dauernd neu ein.

Der Viz treibt uns natürlich an. Aber wir können uns auch stur stellen. Deshalb haben sie ja Pensumarbeit***, wo es geht. Da werden wir am meisten übers Ohr gehauen, weil wir reinhauen, damit wir früh fertig sind und nach Hause können oder in die zweite Schicht. Sie schrauben so das Pensum hoch oder schicken z.B. nur noch fünf statt wie bisher sechs Mann in die Luke. Durch die Pensumarbeit sparen sie Liegezeiten. Darauf kommt es ihnen an. Wir sparen scheinbar Arbeitszeit. Aber wenn ich nach Pensumarbeit zuhause bin, brauche ich länger, um mich wieder zu erholen. Pensumarbeit macht einen kaputt.

Beim Bananendampfer haben sie es noch besser organisiert. Dort wird man hingeschickt, wenn man bummelt oder zu spät kommt – als Strafe. Am Fließband werden die Kartons mit Bananen in drei Schichten gelöscht. Du mußt arbeiten, als ob man Pensum hat, aber man darf nicht einmal früher nach Hause. Bei je acht Mann ist ein Lukenviz, der nur antreiben soll, sonst macht der nichts.

Bei Kali-Rethespeicher gibt es auch richtige Akkordarbeit, also je mehr du arbeitest, desto mehr Lohn kriegst du. Für jeden geleerten Kali-Waggon erhält man 0,36 DM. Das machen sie dort nur, weil man anders dieses Kali nicht tagtäglich ertragen kann. Die ganze Zeit brennt die Nase, tränen die Augen und muß man niesen. Manchmal ist das Kali noch so heiß, daß die Hitze durch die Sohlen durch wehtut, dann kriegt man noch Hitze-Geld. Man kann da in einer Schicht fast auf das Doppelte Lohn kommen.

Trotzdem gehe ich da nicht gerne hin. Andere sagen: Lieber sieben Schichten bei Kali als 10 Schichten woanders. Alle sagen ab und zu, wenn die Pensumschicht besonders widerlich war: „mit mir kein Pensum mehr", aber der Zwang zu Doppelschichten, weil sonst das Geld zum Leben nicht reicht, der Zwang früh fertig zu sein auf der zweiten Schicht, damit man am nächsten Morgen wieder hochkommt, treibt einen immer wieder zum Pensum.

Das Schlimmste ist, daß das Pensum immer wieder hochgesetzt wird. Der Lohn ist der Dreh- und Angelpunkt gegen Doppelschichten und gegen Pensum und gegen die häufigen Zusatzschichten am Samstag und Sonntag. Wir müßten mit fünf Schichten so viel verdienen, daß es zum Leben reicht.

Bei ihren Plänen zur Lohnsenkung sind sie vor allem auf die Neuen losgegangen. 9,36 DM kriegen die nur. Laut Tarif während des ganzen ersten Jahres. Beim Gesamthafenbetrieb ist durch einen hartnäckigen Kampf auf verschiedenen Betriebsversammlungen erreicht worden, daß ab dem dritten Beschäftigungsmonat die Lohngruppe 3 bezahlt wird. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

*Hieve: Ladung, die am Haken hochgehoben wird

**Unständige: Tagelöhner, nicht zur Stammbelegschaft gehörend

***Pensumarbeit: die Menge Arbeit wird festgelegt, z.B. eine Ladung, sowie der Lohn dafür; gearbeitet wird, bis das Pensum erledigt ist.

Ideenreichtum der Blohm & Voss-Kapitalisten führte zu Unglück

Hamburg. Die Arbeiter von Blohm & Voss in Hamburg haben ein großes Offshore-Gerät (Gerät, das vor der Küste eingesetzt wird) mit einem 2 500-Tonnen-Kran gebaut. Da das Schiff für den Transport zum Kaspischen Meer, wo es von der Sowjetunion eingesetzt werden soll, zu groß ist, wurde es von vorneherein in drei Teilen gebaut, einem Mittelteil und den Back- und Steuerbordteilen. Für den Transport sollten die Steuer- und Backbordteile mit Gelenken verbunden werden und in einem Stück transportiert werden. Dabei gab es am Freitag im Hamburger Hafen ein Unglück. Die Gelenkverbindungen hielten dem Druck der beiden Schiffsteile nicht stand und brachen. Bei dem Kentern wurden sechs Arbeiter verletzt, zwei liegen noch im Krankenhaus.

Für die Bourgeoisie ist dieser Unglücksfall „bedauerlich", denn der „Ideenreichtum" (Hamburger Abendblatt, 2.7.) der Blohm & Voss-Kapitalisten, die Transport- und Materialkosten, die auf die Profitrate drücken, auf diese Weise zu senken, ist ins Wasser gefallen, und neue Kosten entstehen. Daß bei dem Unglück nicht Arbeiter zu Tode gekommen sind, liegt an einem reinen Zufall: Der eine Schiffsteil wird durch den anderen noch gestützt, so daß die beiden Teile nicht vollständig unter Wasser sind.

Flächendeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, Zwangswerkstätten und ein Oberst a.D.

Die niedersächsische Landesregierung beschreitet „neue" Wege, „die besonders gravierenden Probleme der beruflichen Ausbildung in Ostfriesland intensiver, zügiger und erfolgreicher anzugehen und zu lösen". Die Lösung, die Kultusminister Remmers den „Repräsentanten aller Bereiche des öffentlichen Lebens" vorstellte, ist ein Oberst a.D. Ernst Hinrichs, Ostfriesland-Sonderbeauftragter für Berufsbildung. Die Aufgaben des Obersten a.D.: er soll „ähnlich einem 'Ombudsmann' allen an der Berufsbildung Beteiligten als Koordinator, Vermittler, Gesprächspartner, Initiator, kurz als Zentralstelle in allen übergreifenden Angelegenheiten beruflicher Bildung zur Verfügung stehen". Der Oberst bringt die nötigen Qualifikationen mit. Er wurde im zweiten Weltkrieg Berufsoffizier, war in der Bundeswehr ab 1957 Lehroffizier und zuletzt Kommandeur der Technischen Schule der Luftwaffe in Faßberg.

Das Ausbildungsproblem und die Jugendarbeitslosigkeit sollen gelöst werden. Remmers führt dazu aus: Rein rechnerisch fehlen in Niedersachsen 6,9 % Ausbildungsplätze. Pro Jahrgang träten aber 12 % Verzichtler in Erscheinung, so daß ein Überschuß vorhanden sei. In Ostfriesland betrage das Defizit aber 24,4 %, so daß, selbst bei 12 % Verzichtlern immer noch ein reales Defizit von 12 % an Ausbildungsplätzen zu verzeichnen sei. Zu wenig 'Verzichtler' also.

Remmers nannte den Weg, den die Bourgeoisie dabei beschreiten will. Bis 1982 soll das Berufsgrundbildungsjahr für Ostfriesland „flächendeckend" eingeführt werden. Wes Kapitalistenherz schlägt da nicht schneller. „Berufsgrundbildung soll mehr als nur den ersten Erwerb beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten bewirken", heißt es in einer Beschreibung des „Modellversuchs Salzgitters". „Berufsgrundbildung" soll „über einen möglichst langen Berufszeitraum für möglichst viele Berufstätigkeiten und Einsatzbereiche verfügbar und austauschbar" machen und eine „um 30 % höhere Leistung ermöglichen". Ausbildung zum Hilfsarbeiter, dessen Schulpflicht nach dem Berufsgrundbildungsjahr abgegolten ist und der dem Kapitalisten somit zur Ausbeutung frei zur Verfügung steht. Das ist das Ziel. Da müssen Zwangshäuser gebaut werden und das Offizierskorps vergrößert werden. Remmers schlägt vor, fehlende Turnhallen zu bauen und als Werkstätten benutzen zu lassen. Dem Oberst a.D. wurden zwei Sozialarbeiter an die Seite gestellt zur „Hilfe bei der Berufsfindung".



Remmers würdigte die „gewaltigen Anstrengungen der Betriebe" in Ostfriesland. Dazu ein Beispiel. Bei VW in Emden arbeiten 6 500 Arbeiter und Angestellte. Davon sind ganze 400 Facharbeiter in der Produktion. Die anderen, auch wenn sie einen Facharbeiterbrief haben, gelten als ungelernt. Das Durchschnittsalter ist mit 37,1 Jahren das niedrigste aller VW-Werke. Die hohe Arbeitslosigkeit sorgt für genügend junges, gut ausbeutbares und billiges Arbeitsmaterial. „So flexibel und einfallsreich hätte keine staatliche Instanz reagieren können". So etwas muß belohnt werden. Für 31 Lehrstellen, die die VW-Kapitalisten einrichten, erhalten sie eine Million aus Steuergeldern. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende dankte für „die Verwirklichung des lang gehegten Ziels", „daß noch in diesem Jahr die 31 aus der Schlange der jugendlichen Bewerber den Weg in das Werk vor sich sehen werden".

Ostfriesland entwickelt sich zu einem Arbeitslosenreservoir, das die Kapitalisten nach Bedarf anstechen. Die „Verzichtler" werden in staatliche Zwangswerkstätten gesteckt, wo sie zurechtgestutzt werden sollen zum mobilen Arbeitsvieh für die Kapitalisten. Daraus wird nichts werden. Der Oberst ist heute 61 Jahre alt und hat gute Aussichten, noch zu erleben, daß er und die Schmarotzer, die hinter ihm stehen, werden Verzicht üben müssen. Auf die Profite und das ganze System von Ausbeutung und Unterdrückung. – (N-Red.)

„Sanierung" Werder Bremens als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme: Dreister Raub von Lohngeldern und Einführung von Zwangsarbeit

Bremen. Werder Bremen ist der Lizenzentzug angedroht worden vom DFB. Ein harter Schlag für Bremens Fußballfreunde? Ein harter Schlag gegen die Arbeiterbewegung soll hier geführt werden!

Der Plan ist ausgekocht: Im DFB herrschen die kapitalkräftigsten Vereine. Sie können, um ihre Spitzenstellung im Fußballgeschäft zu verteidigen, nicht hinnehmen, daß andere Vereine über Riesenschulden Spielereinkäufe vornehmen und bei einigem Glück dazu sich bessere Mannschaften zurechtkaufen können. Besser, nicht im Sinne des Spiels, sondern im Sinne des Sieges in der Konkurrenz um die Profite im Fußballgeschäft. Deshalb die Drohung mit dem Lizenzentzug

Den Werder-Vorstand hat das kalt gelassen. Er hat kurz vorher, schon während die Gerüchte umliefen, einen neuen Mittelstürmer gekauft – er soll für Tore sorgen und hat 350 000 DM gekostet. Hinten stehen mit „Eisenfuß" Höttges, Libero Roentved und jetzt auch Nationaltorhüter Burdenski Mannen, die das Schlimmste verhindern. Tore müssen her – so das Kalkül. Schulden waren vorher schon da, jetzt betragen sie genau 2 415 984 DM, eine stolze Summe.

Im Vorstand von Werder sitzen die örtlichen Bourgeois: Haake Beck, Norda Fisch, Rix Brot usw., dazu die Politiker aller Bourgeois-Parteien. Da war klar, daß sie tätig werden, wo ihr Geschäftsunternehmen Werder bedroht ist. Der Plan: Weiter zuzugreifen bei den Versicherungsgeldern, den Lohnsteuern und darüber gar noch etliche Arbeitslose zu einem Hungerlohn zur Zwangsarbeit „Stadionausbau" zu pressen. Genauso ist es geschehen.

Einstimmig faßte die Bremer Bürgerschaft den Beschluß, Werder zu sanieren: Erstens, indem dem Verein aus Steuermitteln bereits gewährte Darlehen von 750 000 DM erst einmal gestundet, ein neues Darlehen von 400 000 DM gewährt und Tilgungsraten von 250 000 DM ebenfalls gestundet werden. Zweitens, indem „im Interesse der Arbeitsmarkt- und wirtschaftlichen Lage sowie des Freizeitwerts" (Bürgermeister Franke) das Weser Stadion ausgebaut und modernisiert wird mit einem Aufwand von weiteren 12,5 Mio DM:

1,5 Mio DM aus Arbeitsbeschaffungsmitteln, 3 Mio DM Darlehen der Bundesanstalt für Arbeit (bei 2 % Zinsen), 2,5 Mio DM nach dem Arbeitsförderungsgesetz, 2,5 Mio DM aus dem Bremer Staatshaushalt und weiteren 3 Mio DM aus dem Bremer Staatshaushalt, den Werder dann einmal „abfinanzieren" soll.

Stadionausbau heißt mehr Überdachung, mehr Sitzplätze, Vergrößerung von heute 39 000 auf 45 000 Zuschauer, heißt bei ausverkauftem Stadion, daß Werder statt 280 000 DM dann 450 000 DM zufließen. Rosige Zeiten für Werder? Man wird sehen. Die Konkurrenz der Mannschaft mit Norda auf der Brust gegen die von Ruhrgas, Remington, Hitachi usw. ist scharf. Devise: „Einer schlägt den anderen tot". – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Abschaffung des Schichtbetriebs, Tagesschicht, das ist auch bei Mannesmann durchzusetzen

Interview mit einem Arbeiter von Mannesmann in Bous

Was haben die Arbeiter bei Mannesmann in Bous in den letzten Jahren in der Hauptsache produziert?

Vor allem Röhren für Übersee. Meistens für Pipelines, Gashochdruckleitungen und auch Raffinerien. Der Produktionsablauf ist so, daß der rohe Blockstahl aufgestoßen und aufgewalzt wird, das Rohr plattgewalzt, gerichtet und abgesägt wird, und dann je nach Verwendung geschliffen, versiegelt, mit Rostschutz, Nitro oder Teer überzogen wird.

Wohin werden diese Waren zur Zeit exportiert?

Ich weiß nur, daß die Verschiffungshäfen vor allem Singapur, Port of Spain, der arabische Golf und Shanghai sind. Außerdem sind die Mannesmann-Kapitalisten offenbar in die Rüstungsproduktion eingestiegen. Oder wozu anders als zu Kanonenrohren kann man Rohre mit 10 cm dicker Verbandierung und genormten, sogar geschliffenen Innendurchmessern von 10 oder 20 cm gebrauchen?

Gibt es in der Produktion in der letzten Zeit Veränderungen?

Auf der einen Seite ist die Produktion z.Z. ziemlich Null. Mannesmann sagt, sie hätten keine Aufträge. Auf der anderen Seite gibt es nennenswerte Veränderungen. Es wird eine neue Blockwalze eingerichtet, die die doppelte Dimension der bisherigen hat und mit 35 Megawatt statt bisher 10 Megawatt betrieben wird. In letzter Zeit werden Motorblöcke nach Bous gebracht, vor allem von Lastwagen, die im Härteofen gehärtet werden. Das hat es meines Wissens bisher nicht gegeben. Von uns werden immer mehr Aufträge aus Reisholz übernommen, also Inlandsprodukte, vor allem Kleinkaliberrohre von 500 bis 1000 Stück, die dann wieder zurück nach Reisholz gehen.

Welche Pläne der Mannesmann-Kapitalisten stecken hinter diesen Veränderungen?

Einmal bereiten sie sich offenbar auf größere Aufträge vor. Dazu die neue Blockwalze, obwohl hier die entsprechenden größeren Öfen noch fehlen. Dann die Übernahme von Produktion aus Reisholz, was stillgelegt werden soll, sodaß hier die Produktion voll ausgelastet wird, bei Kleinkalibern, und dort stillgelegt wird. Die Belegschaften sollen gegeneinander ausgespielt werden.

Wirkt sich dies auf die Ausbeutung der Mannesmann-Arbeiter aus?

Überstunden gibt es nur im EB (Erhaltungsbetriebe-Bereich). Ansonsten wird der 3-Schichtbetrieb aufrechterhalten. Aber viele, rund 20 bis 30 % der 1 300 bis 1 400 Mann Belegschaft machen Samstags- und Sonntagsschicht. Von „stillen" Entlassungen ist mir nichts bekannt. Es hieß: 400 entlassene Stahlarbeiter von Burbach sollten übernommen werden. 130 seien schließlich neu, aber von denen habe ich noch wenig gesehen. Die haben sich wohl die rausgesucht, die am meisten schaffen.

Wie weit rühren diese Arbeitsbedingungen vom Zwang zu Überstunden her. Welche Rolle hat dabei der letzte Lohnabschluß?

Beim letzten Lohnabschluß hat es Betriebsversammlungen gegeben. Es wurde der Streik gegen das 6,5%-Angebot diskutiert. Den 6%-Abschluß haben die Arbeiter verurteilt. Er reicht vorne und hinten nicht. Bei den Drehern, Schlossern und Elektrikern liegt der Lohn jetzt auf 10,94 DM die Stunde. Netto herausgekommen sind dabei 60 bis 70 DM mehr. Das reicht niemals. Viele müssen deshalb samstags und sonntags arbeiten. Es gibt sogar welche, die bauen gerade ein Haus, und müssen oft Doppelschichten fahren.

Es ist offensichtlich, daß der Mannesmann-Konzern die Arbeiter gegeneinander ausspielt, um auf dem Weltmarkt Vorteile zu ergattern. Was ist über die IGM-Führung über die Kämpfe in Reisholz gegen die Entlassungen bekannt gemacht worden?

Die IGM hat sich ausgeschwiegen. Im Betriebsrat ist die Diskussion über Reisholz abgewiegelt worden. Weil dies aus den Fingern gesogen sei, daß es solche Stillegungen geben sollte. Absurd sei dies, haben die SPDler und FDPler im Betriebsrat behauptet. Das ist auch klar, den 6%-Abschluß haben sie als großen Erfolg bezeichnet. Wenn dann auf diesem Abschluß, durch den viele zu Wochenendschichten gezwungen sind, Entlassungen vorgenommen werden, um ins große Geschäft einzusteigen, ist das für die Mehrheit des Betriebsrates logisch.

Wie meinst du muß jetzt der Kampf gegen die Pläne der Mannesmann-Kapitalisten geführt werden? Was ist gegen die Nacht- und Schichtarbeit zu machen?

Schwierig ist die Sache, weil die Pläne der Mannesmann-Kapitalisten nur zu vermuten sind. Auf jeden Fall ist dieser Lohnabschluß untragbar. Die Schichtarbeit kann abgeschafft werden, das ist technisch möglich, es wird nur einiges kosten für die Kapitalisten. Den Arbeitern wird es nur nützen. Bei Ford Saarlouis hat der Betriebsrat jetzt eine Umfrage gemacht, wer in welcher Schicht regelmäßig arbeiten wolle. 30 bis 40 wollten in die Nachtschicht, niemand in die Mittagsschicht, weil die den ganzen Tag kaputtmacht, und 300 bis 400 in die Frühschicht. Abschaffung des Schichtbetriebs, Tagesschicht, das ist auch bei Mannesmann durchzusetzen. – (h, Bezirk Saar)

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Chef der Kapitalistenverbände, vertraulich beim Bier auf



dem „Ball des Sports" 1976. Ende Mai dieses Jahres hat sich Vetter mit Schleyer vor einigen hundert Kapitalisten in St.Gallen disputiert. Laut „Handelsblatt" vom 25. Mai wurden „viele Gemeinsamkeiten entdeckt". Der „Handelsblatt"-Schreiber berichtet: „Ein Fragesteller nahm Vetter mit seiner Forderung nach mehr ‚Solidarität mit den Arbeitslosen' beim Wort und wollte wissen, ob kleinere Lohnabschlüsse dieser Forderung nicht mehr gerecht geworden seien und ob beide Sozialpartner nicht auf Kosten der Arbeitslosen abgeschlossen hätten. Vetter meinte, es gebe durchaus Lohnabschlüsse, die dem Rechnung getragen hätten." So wie hier Vetter nehmen die Sozialdemokraten begierig das demagogische Geschwätz der Kapitalisten auf, um damit gegen den Lohnkampf der Arbeiter zu Felde zu ziehen und Klassenversöhnung zu predigen. Auch der Stahlabschluß hatte auf diese Weise Lohnabbau zur Folge.

Arbeitshetze gesteigert, Lohn gesenkt

Klöckner Hagen-Haspe

Hagen. Die Klöckner-Kapitalisten haben vor einigen Monaten angekündigt, daß sie in Hagen-Haspe weiter rationalisieren werden, um, wie sie es ausdrücken, den zu hohen Lohnkostenanteil pro Tonne Walzdraht zu drücken. Dazu haben sie Entlassungen von 220 Arbeitern angekündigt. 69 Arbeiter der Jahrgänge 17/18 sind bereits entlassen. Die Feineisenstraße fährt seit Mai nur noch 2-schichtig. Eine Schicht wurde aufgelöst, im Werk verteilt. Reparaturschichten werden nur noch samstags und nachts gefahren. Die Klöckner-Kapitalisten haben als Planziel vorgegeben, mit 800 Arbeitern und Angestellten 38 000 t im Monat zu produzieren.

Die Kapizität beider Straßen lag bisher bei 1 100 Arbeitern bei 50-56 000 t im Monat. Im April wurden in 3 Wochen Produktion (1 Woche Großreparatur Ofen) im 3-Schichtbetrieb 28 700 t gewalzt. Im Mai bereits (die Feinstraße 2-schichtig, auf beiden Straßen samstags Reparatur) laut Plan 33 600 t. Im Juni 37 600 t. Abmessungswechsel und größerer Straßenumbau finden nur nachts statt. Für die Arbeiter heißt es jetzt nur noch Tonnen, Tonnen, Tonnen. Arbeiten bis zum Umfallen. Bei Kühlbettwalzung, 18 mm Torstahl, 865 Knüppel gezogen. 1 Knüppel wiegt 700 kg, gleich 605 t. Für die Verlader heißt das: 134 Pakete zu 4,5 t abbinden. 134 mal pro Schicht Kette umwerfen, bücken, Kette einhängen, abbinden, 20 m laufen, Kette wieder abhängen. Für den Kranfahrer heißt das: 134mal pro Schicht nicht zu sehen, ob du dem Verlader die Krantraverse an den Kopf gehauen hast oder nicht. 2 Laufkatzen, an der die mehrere Tonnen wiegende Traverse hängt, gleichzeitig runterlassen, ohne richtig was zu sehen. Bei Hallentemperaturen um die 50 Grad, wo die Luft über dem Kühlbett zu brennen scheint.

Für die Walzer an der Walzstraße ist der Produktionsablauf, wenn keine Störungen an der Straße sind, gut, brauchen sie nicht zu schwitzen, dafür dann die Arbeiter der Schere, die Rauswerfer, Verlader, Scherenleute. Die Scherenleute beten, daß es Störungen gibt. Gehässigkeiten im kapitalistischen Fabrikleben. Getroffen wird immer der Falsche. Jede Woche werden 7 Mann ausgesucht, samstags Reparatur. Dafür kriegen sie einen Ausgleichstag. Am Ausgleichstag ist dann wieder Unterbelegung. 9,52 DM Zuschläge gibt es dafür, daß das Wochenende am Arsch ist. In einigen Abteilungen stehen die ganze Woche über die Maschinen still, dafür laufen sie samstags.

In unserem Konzern ist die Einhaltung der 40-Stundenwoche nicht möglich, sagte auf der letzten Betriebsversammlung der Betriebsratsvorsitzende Hugo Böhner. Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Es wird diskutiert, die Samstagsschichten zu verweigern, geschlossen nicht zu kommen. Für 9,52 DM brutto stehen wir nicht auf. Die Frage nach dem Lohn wird gestellt. Wo ist der 6%-Abschluß? Durch den Wegfall der Nachtschicht auf der Feineisenstraße fehlen jeden Monat 62-100 DM steuerfrei. Ansonsten: Im Februar ist das Wassergeld erhöht worden. 9 DM mehr für einen 2-Personenhaushalt. Die Jahresabrechnung für Strom ist gekommen. 400 DM Nachzahlung. Die Autoversicherung ist erhöht worden. 20 DM mehr im Vierteljahr. Die Krankenhauszusatzversicherung um 21 DM im Monat. Am 1. Juli sollen die Fahrpreise um 10-12% erhöht werden. 3 Schnitzel haben wir im Januar



noch für 5 DM bekommen, heute kosten sie 7,50 DM. Vor ein paar Wochen war der Gerichtsvollzieher da. Einmal die Rate vergessen. Sie haben jetzt zusätzlich 2 Leute eingestellt. Jeder hat bis zu 35 „Kunden" pro Tag.

Den Streik für mehr Lohn haben die Sozialdemokraten damals verhindert. 25 Kollegen unserer Abteilung haben 1 DM gefordert. Andere Abteilungen haben sich dem angeschlossen. Festgeld ist nicht drin, da lassen sich die Kapitalisten nicht drauf ein, sagte Hugo Böhner. Wir sollen uns jetzt vom 20. Juli bis zum 8. August wieder auf Kurzarbeit einlassen. Vorbereitet durch Produktionssteigerung. Wir werden uns der Zustimmung zu Überstunden nicht verwehren, sagte der Sozialdemokrat. Wir werden uns wehren! Wir brauchen mehr Lohn, keine Überstunden. Am 31. Oktober kann der Tarifvertrag gekündigt werden. Das ist lange. – (Zelle Hagen, Bezirk Westliches Westfalen)

„Urlaub? Wovon denn?"

Das ist häufig die Antwort, wenn man fragt, ob ein Kollege in Urlaub fährt und wohin. Ein Arbeiter meinte, daß er dieses Jahr zur Kur müsse und zusätzlich sei ein Urlaub mit der Familie nicht mehr drin. Ein anderer Arbeiter berichtet, daß er dieses Jahr schon zur Kur gewesen sei, aber selbst ohne die Kur könnte er nicht in Urlaub länger wegfahren. Er selbst verdient als Liniensortierer zwischen 1 300 und 1 400 DM netto, ist verheiratet und hat ein Kind in schulpflichtigem Alter zu versorgen. Als er vor 10 Jahren in „seine" Sozialwohnung eingezogen ist, mußte er warm 152 DM Miete zahlen, heute zahlt er 450 DM für drei Zimmer, Küche und Bad:

„Wenn das keine Sozialwohnung wäre, müßte ich wahrscheinlich etwas über 600 DM zahlen, aber das werde ich bald wohl auch für die ‚Sozialwohnung' zahlen müssen." Für Essen rechnet er im Monat 600 DM. Das sind 20 DM pro Tag für drei Personen! Seinen Wagen hat er schon seit fünf Jahren, schon damals gebraucht gekauft. Eigentlich sind jetzt langsam die Reparaturen größeren Kalibers fällig; wenn eine anfällt, ist dem Arbeiter unklar, wovon er sie bezahlen soll. Der Wagen muß auf jeden Fall noch ein paar Jährchen herhalten.

„Na ja," sagt er, „viel fahren kann ich ja sowieso nicht: Von der Wohnung zur Hütte und wieder zurück, und dazwischen Schlafen und Essen usw; alle paar Jahre vielleicht mal in Urlaub. Zu mehr langt der Lohn doch sowieso nicht." Von daher hofft er, daß in der nächsten Zeit keine größere Reparatur anfällt. Für den Jungen rechnet er zusätzlich zu den 150 DM monatlich für Essen noch 150 bis 200 DM für sonstige Ausgaben. Was der Arbeiter noch gar nicht berechnet hat, sind die Ausgaben für Zeitung, Rundfunk, Fernsehen, Versicherungen usw. „Für Vatern" sagt er, „bleiben 20 DM im Monat allerhöchstens. Urlaub? Wovon denn?

Urlaub mach ich zu Hause! Wie übrigens die Klöckner-Bonzen auch, nur mit dem feinen Unterschied, daß deren Zuhause in Tessin oder auf den Bahamas ist, mit Blick auf die Berge oder das Meer und mein Zuhause in Bremen-Blumenthal, mit Blick auf die nächste Mietskasernenmauer." – (Betriebszelle Klöckner, Bremen Unterweser)

Nach dem Druckerstreik

Bremen. Gleich in der ersten Ausgabe des Weser-Kuriers nach dem dreiwöchigen Streik haben die Druckarbeiter gezeigt, daß sie ihren Kampf fortsetzen. Die Geschäftsleitung hatte einen Text in die Setzerei gegeben, in dem es hieß, der Streik eines Drittels der Belegschaft sei nun beendet. Diesen Text haben die Setzer beraten. Meyer wollte mit diesem Text erreichen, daß es nur eine Minderheit gewesen war, die für ihre Forderungen eingetreten ist. Die Setzer haben den Satz geändert. Am anderen Morgen konnte man jetzt statt des „einen Drittels" „zwei Drittel" in der Zeitung lesen. Die Geschäftsleitung hat dann am nächsten Morgen den Satz beschlagnahmt, um anhand der eingeprägten Marken festzustellen, an welcher Maschine der Satz hergestellt wurde. Es hat ihr nichts genutzt, die Setzer hatten diese Prägezeichen ausgefräst. Die Samstagsausgabe nach dem Streik war vier Seiten dünner als üblich. Deshalb, weil die Arbeiter die Überstunden verweigert haben und vier Seiten Anzeigen nicht erscheinen konnten.

Drupa-Vorstand lehnt Einleitung von Ausschlußverfahren ab.

Osnabrück. Letzte Woche hatte der Ortsvorstand der IG Druck und Papier mehrere Druckarbeiter zur Vorstandssitzung geladen wegen Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration der Aktionseinheit, die vom KBW unterstützt wurde. Sie hatten dort ein Transparent zur Unterstützung der dänischen Drucker getragen und in einer Rede die Solidarität ausgedrückt.

Friedel Hermann, Sekretär des Ortsvereins Osnabrück der IG DruPa wollte diese Arbeiter aus der Gewerkschaft ausschließen. Dieser Schritt hat keine Mehrheit im Vorstand gefunden. „Wir hätten am 1. Mai vom Vorstand selber einiges machen müssen zur Unterstützung der dänischen Druckarbeiter", wurde im Vorstand vertreten. Es wurde über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse diskutiert und zugestimmt, daß sie auf dem nächsten Gewerkschaftstag fallen müssen.

Mit Strompreiserhöhungen gegen die Bewegung gegen Kernkraftwerke

Die Preußen Elektra AG will zum 1.Oktober die Strompreise im Durchschnitt um 5 bis 6 % bzw. um einen halben Pfennig anheben (Frankfurter Rundschau, 22.6.77). Die Preußen Elektra ist der zweitgrößte Stromerzeuger in der BRD und hat für die Küstenländer weitgehend das Monopol in der Stromversorgung entweder durch Direktbelieferung oder durch Belieferung von ihr abhängi-

gung entweder durch Direktbelieferung
oder durch Belieferung von ihr abhängiger Stromunternehmen.

Die Preußen Elektra begründet die Strompreiserhöhung mit zu hohen Lohnkosten und mit der Verzögerung im Kernkraftwerksbau (KKW Esenshamm, Grohnde). Im vorigen Jahr wurde von den Arbeitern bei der Preußen Elektra 1 013 Mio kWh Strom produziert. Eine durchschnittliche Erhöhung um 0,5 Pfennig würde bei gleicher Strommenge eine Mehreinnahme für die Preußen Elektra-Kapitalisten von 5,06 Mio DM bedeuten.

Diese 5,06 Mio DM werden die Volksmassen aufbringen müssen, denn für die Kapitalisten gibt es Sondertarife bei der Stromabnahme.

Es ist für die Stromkapitalisten schon ein großes Ärgernis, daß die „privaten Haushalte" im vergangenen Jahr weniger Strom als in den Vorjahren verbrauchen konnten. Die Lohnraubabschlüsse und die Steuerprogression fördern die absolute Verelendung und führen dazu, daß die Volkmassen den Stromverbrauch auf ein Minimum beschränken müssen. Für dieses Minimum muß soviel gezahlt werden, daß für die Kapitalisten die günstigen Sondertarife bestehen bleiben können.

Diese 5,06 Mio DM aus dem Lohn der Arbeiter sollen gleichzeitig den Druck der toten Kosten, die sich für die Preußen Elektra AG-Kapitalisten aus dem in die Kernkraftwerke eingesetzten Kapital ergeben, das nicht akkumulieren kann, solange die Kernkraftwerke nicht in Betrieb genommen werden, abmildern.

Kurz nach Veröffentlichung der Strompreiserhöhung bei der Preußen Elektra AG berichtete das „Handelsblatt" (27.6.77), daß nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Banken zur Zeit knapp 18 Mrd. DM an Investition durch den Kampf gegen Kernkraftwerke „blokkiert" sind.

Gleichzeitig ist es ein Manöver zur Spaltung der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm.

Die Strompreiserhöhungen und der damit verbundene ideologische Angriff der Bourgeoisie müssen bekämpft werden.

Anrechnung des HBV-Tarifabschlusses in Kaufhäusern.

Bremen. Nach dem Tarifabschluß im Einzelhandel von 6,4 % gehen die Kaufhauskapitalisten jetzt daran, die Löhne weiter zu drücken.

In vielen Fällen wurden bei der letzten Gehaltsauszahlung bei Karstadt die Tariferhöhung – zum Teil sogar vollständig – auf bisher bezahlte übertarifliche Zulagen angerechnet, so daß viele Beschäftigte keinen Pfennig mehr ausgezahlt bekamen. Bei Hertie in Göttingen war es ähnlich. Überall standen hier wütend Beschäftigte in Gruppen nach der Ausgabe der Lohnzettel zusammen und besprachen diese. Die Abteilungsleiter wagten nicht, dagegen vorzugehen.

Widerstand gegen Entlassungsversuche der Landesregierung

Osnabrück/Oldenburg. Die niedersächsische Landesregierung versucht, mehrere Kommunisten aus dem Öffentlichen Dienst zu werfen. An der Universität Osnabrück wurde zunächst die Probezeit für den kommunistischen Dozenten Rohwer verlängert, und inzwischen wurden disziplinarrechtliche Vorermittlungen eingeleitet. An der Universität Oldenburg soll der Sekretär der Bezirksleitung Weser-Ems des KBW D. Steenken entlassen werden. Mit beiden Verfahren ist die Landesregierung bisher nicht durchgekommen.

In Osnabrück forderten Hochschulbedienstete die sofortige Verbeamtung Rohwers. Sie protestieren gegen die Maßnahme der politischen Entrechtung im Öffentlichen Dienst. In Oldenburg wurde die Einleitung der disziplinarrechtlichen Vorermittlungen durch die Universität bisher abgelehnt.

In seinem zweiten Erlaß forderte der Wissenschaftsminister Pestel die sofortige Durchführung des Verfahrens und den Kniefall der Universität. Der Rektor wurde darauf hingewiesen, daß er sich einer Dienstpflichtverletzung schuldig mache, wenn er weiter „verfassungsfeindliche Umtriebe"zuließe und billigte.

Aufgrund einer starken Bewegung unter den Studenten, Beschäftigten und fortschrittlichen Wissenschaftlern beugte sich die Universität bisher nicht dem Diktat Pestels, die Vorermittlungen bis zum 27.6. einzuleiten. An einer Sondersitzung des Konzils, die ausschließlich zu dieser Frage durchgeführt wurde und die über sieben Stunden dauerte, nahmen mehr als 700 Universitätsangehörige teil. Die Landesregierung ist bei diesen Entlassungsverfahren in die Defensive geraten. Werden die Verfahren zurückgeschlagen, wird sich das positiv auf den Aufbau der verschiedenen Fronten gegen den Staat auswirken.

Leiharbeiter bei der Bundesbahn.

Als „rechtlich nicht zulässig und instinktlos soll der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) das „Denkmodell" der Deutschen Bundesbahn bezeichnet haben, über das am 13. Juli in der Verwaltungsratssitzung eine Vorentscheidung getroffen werden soll: 1 500 Facharbeiter der Bundesbahn sollen danach an die Industrie „verliehen" werden. Geheimgespräche zwischen der Bahn und Mercedes und Ford sollen bereits stattgefunden haben.

Die Bild-Zeitung schreibt dazu in einem Kommentar: „Hände weg vom sozialen Besitzstand der betroffenen Eisenbahner." Wird der Plan realisiert, erreicht die Bourgeoisie gleich mehrere Vorteile. Die Eisenbahner sind dem besonderen Dienstrecht unterworfen. Diese besondere Entrechtung läßt sich gut nutzen, um die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten aus dem öffentlichen Dienst gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Gebunden an die Dienstverpflichtung schafft sich die Bourgeoisie eine Bastion entrechteter Arbeiter, eingepflanzt in kampfstarke Belegschaften. Ohne jede Vertretungsrechte, getrennt von den Kämpfen der Industriearbeiter sollen die Eisenbahner gegen diese eingesetzt werden. So hofft die Bourgeoisie. Mit der Niederlage im Lohnkampf und der ständigen Drohung mit Entlassung im Rücken, sollen darüber die Löhne und Arbeitsbedingungen der Industriearbeiter verschlechtert werden. „Instinktlos" ist das ganze nicht. Die Bourgeoisie weiß die Vorteile, die ihr die Entrechtung im öffentlichen Dienst gibt, zu nutzen.

Die Bourgeoisie ist gegenwärtig äußerst erfindungsreich in der Einführung von Zwangsarbeit. Die Industriearbeiter und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen diese Maßnahme der Kapitalistenklasse gemeinsam zurückschlagen.

Zivildienstleistende fordern Rechte

Hamburg. Iven – Bundesbeauftragter für den Zivildienst – will „gleiche Bedingungen für Wehrpflichtige und Zivildienstleistende" schaffen. Die Richtung heißt Arbeitsdienst und Militarisierung der Produktion (siehe KVZ 26, Wehrpflicht-Novelle). Außer, daß der Einsatz von Ersatzdienstleistenden bei Bahn und Post nicht unter dem Tisch ist, will die Bundesregierung acht bis zehn Zivildienstkasernen einrichten. Begonnen wird damit seit April 77 in Castrop-Rauxel bei Dortmund. Zivildienstleistende sind zwangsverpflichtet, ohne politische und gewerkschaftliche Rechte und werden als Spaltkeil zu den festangestellten Kollegen, ähnlich wie die Medizinstudenten im Praktischen Jahr , eingesetzt. Gegen diesen Einsatz als Lohndrücker und Streikbrecher gibt es Widerstand. Die VV der Hamburger ZDL fordert die am 9./10.7. stattfindende Bundeskonferenz der Zivildienstleistenden auf, „in der Kaserne in Castrop-Rauxel eine Kundgebung durchzuführen ... (Sie) muß ein erster Schritt sein, um unsere Forderungen zu verankern und durchzusetzen:
Weg mit der Kasernierung! Weg mit dem Zivildienstgesetz! Recht auf freie politische Betätigung samt Streikrecht! Übernahme in die Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten!"

Sozialdemokraten gegen den Lehrerstreik: „Besoldungskürzung oder Erhöhung der Steuerlastquote"

Hamburg. 3000 Lehrer, Schüler und Eltern haben am 30. Juni in Hamburg gegen das geplante Besoldungsänderungsgesetz demonstriert. Mit knapper Not hatten die Sozialdemokraten zwei Tage zuvor auf einer Vertrauensleuteversammlung verhindern können, daß für den 30. Juni die Durchführung des beschlossenen und von Frister verbotenen Streiks beschlossen wurde. Der GEW-Landesvorsitzende Lemke wurde auf dieser Versammlung mit „Streik jetzt!"-Sprechchören unterbrochen, als er Fristers Grund für die Nichtgenehmigung des Warnstreiks nannte: 100 Mark Lohnkürzung für die Referendare sei der „Preis" für die Nichtantastung der Stufenlehrerbesoldung. In einer improvisierten Abstimmung unterstützten fast die Hälfte der Anwesenden den Antrag der Betriebsgruppe des Hauptseminars 76/XIV auf Durchführung des Streiks.



Die Sozialdemokraten versuchen die Lehrer untereinander und vom Volk zu spalten, indem sie der Lehrerbewegung die imperialistische Bildungsreform als „eigentliches" Ziel andrehen: die Lehrer untereinander mit „Stufenlehrerbesoldung", die im Namen des „bildungspolitischen Fortschritts" die Spaltung der Lehrer nach Schultypen durch die nach Schulstufen ersetzt; die Lehrer vom Volk, indem sie sich zum Vorreiter der Schulunterdrückung und Steuerplünderung machen sollen. Die „Hamburger Lehrerzeitung" Nr. 8/1977 ist dreist genug, höhere Steuern als Alternative zu den Lohnsenkungen vorzuschlagen: „Anhebung der Steuerlastquote ja, aber keine Sonderopfer für eine Berufsgruppe". Natürlich nur, damit „der Bildung wieder Priorität zukommt".

In **Nordrhein-Westfalen** wird die Demonstration am 5. Juli in Düsseldorf um 17 Uhr, Platz vor dem Schauspielhaus, vorbereitet. (Vgl. KVZ Nr. 26/77) Die Demonstration wird unter anderem unterstützt von der Betriebsgruppe der GEW der Gesamtschule in Kamen, der Fachschaftsvertreterkonferenz der Ruhruniversität Bochum, die GEW-Betriebsgruppen an den Gesamtschulen Höhenhaus und Holweide in Köln, dem AjLE Duisburg



und dem Fachschaftskonvent der Gesamthochschule Duisburg. Die Gesamtkonferenz des Gymnasiums Dülmen verabschiedete eine Resolution gegen das Gesetz. In Köln fand eine Veranstaltung mit 300 Teilnehmern gegen das 6. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz statt, zu der ASten und Fachschaften der Kölner Hochschulen, der Sprecherrat der studentischen Hilfskräfte und der Bezirkspersonalrat der Referendare beim Oberlandesgericht Köln aufgerufen hatten. Die 300 Teilnehmer verabschiedeten eine vom Arbeitskreis Gerichtsreferendare in der ÖTV am Tag vorher beschlossene Resolution mit großer Mehrheit, in der es u.a. heißt: „Die bisher ergriffenen Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, das Gesetz zu verhindern. Letztlich gelingt das nur durch Streik. Die Vorbereitung dieses Streiks und die Urabstimmung nach den Sommerferien ist unsere nächste Aufgabe." Die GEW-Mitgliederversammlung Bochum hat auf ihrer Sitzung vom 23. Juni den Antrag auf Streik und Urabstimmung gegen das 6. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz unterstützt, den zuvor bereits die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Bochum verabschiedet hatte.

In **Hessen** hat die DGB-Führung die für den 5. Juli in Wiesbaden vorbereitete Kundgebung von sechs betroffenen Einzelgewerkschaften abgesetzt. Auf der Sitzung des Landes-AjLE Hessen wurde der Antrag auf Neufestsetzung der Demonstration und Kundgebung am 5. Juli mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Auf einer Veranstaltung der ÖTV und der Fachschaft Medizin an der Frankfurter Universität wurde von den 47 Anwesenden der Landesvorstand und der Bundesvorstand des DGB zur Durchführung der Demonstration am 5. Juli aufgefordert. Die gleiche Forderung wird u.a. von 10 Lehrern der privaten Handelsschule in Frankfurt erhoben.

Postminister: „Rationalisierung ist kein Selbstzweck"

Das „wirtschaftliche Ergebnis" muß schon „kurzfristig" eintreten

Göttingen/Hannover. „Rationalisierung ist für Gscheidle kein Selbstzweck", berichtet das „Handelsblatt" vom 30.6. über ein Interview des Postministers mit der „Deutschen Zeitung/Christ und Welt". Kein Selbstzweck, sondern Gscheidle ist nur für Rationalisierung, wenn sie umgehend die Mehrarbeit steigert: „Ich habe ... Weisung gegeben, keinen Arbeitsplatz durch Kapitaleinsatz zu vernichten, wenn das wirtschaftliche Ergebnis nicht bereits in kurzer Frist eindeutig zugunsten dieser Maßnahme spricht."

Prächtig macht sich da schlichte Arbeitszeitverlängerung ohne jeden Lohnausgleich: Das wirtschaftliche Ergebnis liegt „in kurzer Frist" bar auf der Hand, und „Kapitaleinsatz" entfällt ganz. „Das Bundespostministerium beabsichtigt, die bisher noch vorhandenen Möglichkeiten zur Anrechnung der Mittagspause auf die Arbeitszeit spätestens bis September 1977 wegfallen zu lassen", teilt der Hauptpersonalrat der Post mit. Bei Auszahlung des gleichen Lohns soll der Arbeitstag also um eine halbe Stunde verlängert werden. Nach dem Lohnraubabschluß und der Rationalisierung durch Neubemessung, die überall betrieben wird, ein weiterer dreister Angriff des Dienstherrn, um noch mehr Mehrarbeit aus den Postlern herauszupressen.

In Göttingen ist letzte Woche ein neues Fernmeldeamt eingeweiht worden, in dem die Räume für das elektronische Wählsystem bereits eingeplant sind. In den nächsten Jahren soll das jetzige elektromagnetische Wählsystem dadurch ersetzt werden, obwohl es zum Teil selbst erst vor wenigen Jahren installiert wurde und noch Jahre halten könnte. Der Grund: Siemens will das neue System absetzen, und der Wartungsaufwand ist erheblich geringer. Statt hochqualifizierter Fernmeldehandwerker sollen künftig billige Hilfsarbeiter auf Lichtsignal hin ganze Bauteile austauschen. Die verbleibenden komplizierteren Reparaturarbeiten werden vermutlich anderen Firmen übertragen, damit nicht nur Mehrarbeit ausgepreßt, sondern Mehr*wert* geschöpft werden kann. Die jetzigen Fernmeldelehrlinge werden in der neuen Technologie nicht ausgebildet. Sie sollen massenhaft entlassen bzw. gar nicht erst übernommen werden.

Zugleich wird das neue System als Vorwand zu neuen Gebührenerhöhungen dienen. Schon jetzt sind die künftigen „Tastentelefone" teurer. Gscheidle ist zynisch genug, die Überschüsse der Post als Begründung für die mit Einführung des Zeittakts geplante zusätzliche Ausplünderung zu nehmen: „Die gegenwärtige gute Ertragslage der Post gestatte es, ein gerechteres, sehr viel großzügigeres System beim Telefonieren einzuführen – die Nahbereiche mit Zeittakt."

„Der dufte Berliner Ferienspaß in der Deutschlandhalle"

Westberlin. „Kinderparty mit Rekordergebnis" meldet die „BZ" am 1. Juli. „In den ersten neun Tagen kamen 23 300 Kinder in die Deutschlandhalle. Im vergangenen Jahr waren es ‚nur' 13 358."

Die Kinderparty ist eine von der „BZ", von Spielwarenhändlern, von Banken, der BEWAG mit großem Werberummel ausgestattete Veranstaltung über 20 Tage in der Deutschlandhalle. Dort gibt es Verkehrskindergarten mit Autos, Eisenbahn, die rund um die Halle fährt, Kicker, Fernsehfußball, Hüpfbälle, Malstube und ein Klettergerüst. Gefördert wird das ganze Projekt vom Senat.

23 300 Kinder in neun Tagen, das sind 2 500 Kinder, die täglich in der Halle zusammengepfercht sind. Ein Teil der Jugendlichen kommt allein aus den meist weit entfernten Bezirken in die Halle. Der größte Teil wird in größeren Gruppen, von Erziehern bewacht, in die Deutschlandhalle geschleust.

Vor neun Tagen hat es in Westberlin Schulferien gegeben. Wenn heute schon 10 000 Kinder mehr in diese Halle gekommen sind, zeigt das, wie sich die Lage der Massen seit dem letzten Jahr verschlechtert hat. Noch weniger als im letzten Jahr sind in Urlaub gefahren. Wer geht schon in dieses Loch von Deutschlandhalle, dekoriert mit Sprüchen wie: „Kinder lieben Tausendsassawäsche", wenn er in Urlaub fahren kann. Die Bourgeoisie hat das Problem erkannt: „Ein Trostpflaster für all die traurigen Gemüter, die auch in diesen Ferien wieder zu Hause, bestenfalls auf dem Spielplatz nebenan bleiben müssen", versucht der Kommentator der „Berliner Abendschau" das Problem zu beschreiben. Die Jugend, den Schulkasernen entronnen, will ihre Fähigkeiten und Kräfte entfalten und sich betätigen. Daß das nicht möglich ist, dafür ist vorgesorgt. Zum Beispiel ganze 5,9 qm Spielwiese stehen jedem Kind in Westberlin zur Verfügung. Wo hauptsächlich die höheren Beamten und die Reichen wohnen, gibt es 27,6 qm Spielwiese pro Kind (Zehlendorf). In Kreuzberg, einem Arbeiterbezirk, stehen der Jugend gerade 1,6 qm Spielwiese zur Verfügung.

Das Problem der Bourgeoisie ist, die Rebellion der Jugend im Keim erstikken zu müssen. Unbedingt muß der Zustand beseitigt werden, daß die Jugend des Volkes in den Ferien nicht von Aufsichtsbeamten des bürgerlichen Staates in den Klauen gehalten wird.

Die „Abendschau" des „Sender Freies Berlin" legt die Leimrute gleich so aus: „Ein Ort, an dem Kinder einmal wirklich Kinder sein dürfen. Wo sie ungestört lachen, spielen, springen und toben können. Der dufte Berliner Ferienspaß in der Deutschlandhalle. 20 Tage lang die Freiheit, von der sie träumen, die ihnen, den Kindern, sonst nicht zuteil wird. Die vielen Vorwürfe, die bösen Blicke, der strenge Vater, die mahnende Mutter, der schimpfende Nachbar, die gibt es hier nicht." Die Eltern dürfen folglich auch nicht in die Halle. Dafür Erzieher. Jede Masse. Gezählt haben wir ungefähr fünfzig, die immer da sind. Kommen Gruppen von der Stadtrandverschickung oder von Kinderheimen, Waisenhäusern, dann gehen die Erzieher selbstverständlich mit in die Halle und „erfüllen ihre Aufsichtspflicht".

Der ganze Rummel dient nichts anderem als der Indoktrination der Jugend mit imperialistischem Gedankengut: „Aber eine Welt, gemacht für Kinder, ist noch keine Welt der Kinder. Hier hat sich, vielleicht ganz ungewollt so manches Spiegelbild unserer Erwachsenenwelt eingeschlichen. Viel wird da geredet von Dingen, die es zu gewinnen und zu ergattern gibt. Von Siegern und Wettbewerb für die Geschicktesten. Dem Tüchtigen gehört nun mal eben die Welt. Auch hier." So faßt der Abendschaukommentator den Zweck der Veranstaltung zusammen.

Wem die Welt gehört, das wird in der Deutschlandhalle der Jugend verdeutlicht: Den Kapitalisten, die dick ihre Werbeplakate aufgestellt haben, und wenn es was zu gewinnen gibt, dann wird das von denen als Almosen verteilt. Die Lage der Massen will die Bourgeoisie nutzen, der Jugend ihre Weltanschauung einzutrichtern. Auf der „Kinderparty" verteilt das Westberliner Stromerzeugungsunternehmen BEWAG Mützen mit gelber Leuchtfarbe, auf denen steht: „BEWAG Strom für Berlin." Sie können bei der BEWAG Pizza backen. Verkommen, wie die Bourgeoisie ihr Energieprogramm zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges und zur Ausplünderung der Massen an den Mann zu bringen versucht.

Bei diesem Drecksgeschäft macht die Bourgeoisie auch noch ordentlich Reibach: 2,50 DM kostet der Eintritt am Tag. Dafür darf dann auch Pizza gebacken werden. Allein wegen des Eintrittsgeldes können viele den Rummel nicht besuchen. Über die „Berliner Abendschau" hat die Bourgeoisie aufgerufen, wer könne, solle viele Karten kaufen und sie „einem armen Kind seiner eigenen Wahl schenken". – (Bezirk Westberlin)

„Mondscheinbauern"

Niedriger Fabriklohn und Ruinierung zwingen Nebenerwerbsbauern zu maßloser Überarbeit

Hannover. 2,5 Millionen Menschen hat die Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Kapital seit 1950 aus der Landwirtschaft in die Fabriken und Büros getrieben, über eine Million Höfe wurden ruiniert. 350 000 der verbliebenen 889 000 Höfe sind nur noch Nebenerwerbsbetriebe. Diese Bauern verkaufen ihre Arbeitskraft voll an die Kapitalisten und bewirtschaften den Hof nach Feierabend. „Die zweifache einkommensmäßige Existenzabsicherung und ihre Anpassungsfähigkeit im strukturellen Wandel (kann) Härten ausgleichen und erleichtern", lobt dies Staatssekretär Griesau vom Bundeslandwirtschaftsministerium. Damit meint er, daß durch den Druck der Arbeitslosigkeit und niedriger Löhne die Nebenerwerbsbauern gut zu maßloser Überarbeit gezwungen werden können.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland

1960: 1385 200 – 1964: 1285 000 – 1968: 1185 600 – 1972: 996 700 – 1976: 889 000

davon

1 Vollerwerbsbetriebe (Inhaberfamilie lebt von der Landwirtschaft) 408 100 – 22,5 ha

2 Zuerwerbsbetriebe (Familienangehörige verdienen außerhalb der Landwirtschaft hinzu) 131 200 – 11,5 ha

3 Nebenerwerbsbetriebe (Haupteinkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft) 349 700 – 5 ha

Durchschnittsgröße in Hektar

„Mondscheinbauern" werden sie deswegen genannt. Wir sprachen mit einem jungen Bauern aus der Lüneburger Heide.

Von den ehemals 14 Höfen im Dorf werden nur noch fünf im Haupterwerb bewirtschaftet, dies sind Höfe mit 40 bis 75 Hektar leichtem Boden und bis zu 35 Kühen. Sieben Bauern mußten Anfang der siebziger Jahre zum Nebenerwerb übergehen: Durch die EG wurde die Konkurrenz gewaltig verschärft und z.B. der Getreidepreis gesenkt, während die Betriebsmittelpreise rasch anzogen. „Für die Kartoffeln haben wir damals pro Zentner nur 2,80 DM gekriegt, wir waren froh, wenn wir mal auf fünf Mark kamen", berichtet der Bauer. „Damals bewirtschaftete mein Vater noch 15 Hektar mit Getreide, Kartoffeln und wenig Zuckerrüben, daneben hatten wir 30 Schweine und acht Kühe. Das reichte nicht hin, zwei Familien, die Altenteiler und die junge Bauernfamilie zu ernähren. An ein Auto war nicht zu denken, auch der Umbau des Hauses war unmöglich, das sollte 50 000 DM kosten."

Deshalb war der Jungbauer gezwungen, als Fahrer bei einem örtlichen Heizölkapitalisten anzufangen. Die 1 200 DM monatlich reichen natürlich weder hin noch her, so daß eben beides gemacht werden mußte – tagsüber Heizöl fahren und daneben die Landwirtschaft. Der Arbeitstag sieht deshalb folgendermaßen aus: „Morgens um fünf Uhr raus, z.B. zum Umlegen der Beregnungsrohre, dann bleiben noch zehn Minuten fürs Frühstück, danach geht's um sieben Uhr mit dem Tankzug los. Oft sind tagsüber 15 Stellen zu beliefern und das oft in glühender Sonne, wenn von der Motorhaube 50 Grad ins Führerhaus kommen, da hat man oft nicht mehr Luft zum Atmen. Um 16 Uhr zu Hause sofort weiter, höchstens mal eine Viertelstunde hinlegen. Bis um 11 Uhr abends muß dann gepflügt werden, Bestellungsarbeiten oder Pflegearbeiten erledigt und Futter geholt werden. Jeden Abend muß ich außerdem die Kühe melken. Das macht morgens meine Frau zusammen mit meinem 70 jährigen Vater, was allein schon drei Stunden dauert. Von Familienleben kann da keine Rede mehr sein, oft habe ich meine Frau und meine beiden Kinder kaum noch gesehen." Während der Bundeswehrzeit mußte noch der Bruder einspringen. „Wir haben das mal durchgerechnet: Wir kommen auf einen Stundenlohn von 2 DM, aber es bleibt uns ja nichts anderes übrig." Urlaub hat die Familie in den letzten 5 Jahren nicht gehabt, „nur mal drei Tage am Edersee".

Die Frau hat sich kürzlich erkundigt, ob sie als Nebenerwerbsbauern vom Staat Fördermittel kriegen könnten. Für den neuen Schlepper (20 000 DM), die notwendigen Beregnungspumpen in der Dürre oder für die Zupacht von 10 Hektar gibt es jedoch keinen Anspruch auf Fördermittel. Geld gibt der Staat nur, wenn durch die Investitionen Betriebszweige aufgegeben werden. Auch für den Bereich der Tierproduktion kriegen die Nebenerwerbsbauern gar nichts. Das bedeutet für viele Betriebe die Betriebsaufgabe: „Ein Umbau des Bullenstalles auf Spaltenboden (der die Entmistung wesentlich vereinfacht) kostet 50 000 DM."

Als „förderungswürdig" sind im Dorf und im Nachbarort nur drei Höfe eingestuft. An sie müssen aufgebende Bauern ihr Land verpachten – sonst kriegen sie selbst die kümmerliche Landabgaberente nicht. Die Nebenerwerbsbauern kriegen stattdessen ohnehin bestenfalls eine „Verpachtungsprämie" von 500 DM/ha.

All dies dient der beschleunigten Proletarisierung. Die Frau hat schon die Hauswirtschaftsmeisterprüfung gemacht, „für alle Fälle". Der Bauer hat jetzt an einer Hand die „Ölkrätze" gekriegt vom Heizöl – ein Ausschlag über die ganze Haut. Er ist deshalb zur Umschulung gezwungen, und zwar in Hamburg zum Großhandelskaufmann. Ob er hinterher Arbeit finden wird, ist völlig unsicher. „Ich bin ja praktisch durch den Hof hier festgebunden. Andere fahren von hier aus zur Conti nach Hannover und zahlen 300 DM im Monat Fahrtkosten." Solche Fahrzeiten und -kosten kann er sich nicht leisten.

Als nächstes müssen jetzt die Kühe verkauft werden, das will der Staat durch eine Abschlachtprämie von 23 500 DM für elf Kühe beschleunigen. Auf dieses Geld ist die Familie dringend angewiesen, aber gleichzeitig fällt eine wichtige Einkommensquelle weg. Die Kapitalisten nutzen die besondere Abhängigkeit der Arbeiterbauern, um sie auf beiden Seiten ihrer Doppelexistenz zu drücken. – (Bezirk Hannover/N-Red.)

Bauerntag – versuchte Bauernfängerei

Seit der westfälische Landedelmann an der Spitze des deutschen Bauernverbandes steht, sei ein Wandel in der bäuerlichen Interessenvertretung eingetreten, hat die westdeutsche Bourgeoispresse anerkennend und zufrieden zum Bauerntag resümiert.

Heeremann, der Landedelmann und kapitalistische Großbauer, hat sich seinerseits für die großartige Politik und die gute Zusammenarbeit bei Landwirtschaftsminister Ertl bedankt.

Den Bauern hat Heeremann auf dem Bauerntag gedroht, daß „sie mit einem stärkeren Wettbewerb im nächsten Jahr rechnen müssen", womit er den kleinen und mittleren Bauern eine Senkung des Realeinkommens von ca. 10 Prozent angekündigt und dafür den kapitalistischen Großbauern, den Banken, Molkerei-, Fleischerei-, Futtermittel- und sonstigen Kapitalisten seine Unterstützung als Bauernverbandspräsident zugesichert hat. Ertl kann auf Heeremann zählen in der Fortsetzung einer Politik wie:

Die Änderung des *Flurbereinigungsgesetzes* im letzten Jahr, wonach „ländlicher Grundbesitz durch Maßnahmen nach diesem Gesetz neu geordnet werden kann (§ 1)". Die Entmündigung des Bauern, der gegen solche Neuordnung ist und versucht, seinen Hof zu halten, ist eine solche Maßnahme. 1,2 Milliarden DM von den insgesamt 8,7 Milliarden DM des Agrarhaushaltes erhalten die kapitalistischen Großbauern für die Bewirtschaftung des auf diese Weise neu erworbenen Landes.

Die Ernennung und Subventionierung von *Landauffangbetrieben* innerhalb des Rahmenplans zur Agrarstruktur, die das Land der kleinen Bauern „auffangen" sollen, wofür die Großbauern nochmals ca. 4 Milliarden DM an Zuschüssen und Zuweisungen erhalten.

Die *EG-Preisbeschlüsse* im Juni, die zur Legung einiger tausender Milchbauern über die Senkung des Milcherzeugerpreises ihren Zweck erfüllen sollen.

Die in Planung begriffene *Änderung des Einkommenssteuergesetzes*, das den Bauern mehr Arbeit durch die Buchhaltung und mehr Steuern kosten wird.

„... Der Bauernverband wird aber darauf bestehen, daß daraus resultierende Steuermehreinnahmen des Staates für andere bäuerliche Betriebe auf dem Weg von zusätzlichen Steuererleichterungen wieder dem Berufsstand zukommt",

hat Heeremann auf dem Bauerntag diese geplante Steuerreform gleich weiterentwickelt und sich dabei schon in Gedanken die Mehreinnahmen ausgerechnet, die ihm das bringen wird.

Bauernvertreter? – Zertreter wäre wohl passender. 7 Prozent aller Erwerbstätigen in Westdeutschland sind in der Landwirtschaft beschäftigt, halb soviel wie vor zwanzig Jahren.

Mit Erpressungsversuchen durch die Gegenüberstellung mit dem Schicksal eines Lohnarbeiters hat Heeremann die Bauern von seiner Politik überzeugen wollen:

„Sonst haben wir gesagt, als unsere Gesamtwirtschaft lief, gut Freunde, geht in einen anderen Beruf hinein und macht euren landwirtschaftlichen Betrieb nebenbei. Das können wir heute gar nicht mehr sagen."

Ertl hat ihm dann in seiner Rede auf dem Bauerntag vorgemacht, was man heute sagen muß, indem er Stimmung für die gute *deutsche* Landwirtschaft gemacht hat, für die man aber, Arbeiter wie Bauern, Opfer bringen müsse, damit sie noch besser werde:

„Die Landwirtschaft hat Zukunft ... Es ist doch eine Tatsache: Allgäuer Käse ist heute nicht mehr wegzudenken in Italien, Holsteiner Schinken in Frankreich, Badischer Wein in England."

Ob der Gedanke, daß sich die Bourgeois andere Länder an den erlesensten Erzeugnissen aus „deutschen Landen frisch auf den Tisch" vollfressen, die Bauern, die die Kapitalisten gerade in den Ruin gewirtschaftet haben, besänftigen wird, ist zweifelhaft.

Ertl jedenfalls will die Konzentration des Bodens und die Vertreibung der Bauern vom Land. Sie ist Ausgangspunkt für die Beherrschung der europäischen Agrarmärkte:

„Diese Politik ist gewollt, von uns allen gewollt, also müssen wir auch bereit sein, sie zu verteidigen. Eine Probe aufs Exempel wird die Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland, Portugal und Spanien bringen. Für den gemeinsamen Agrarmarkt wird es zu großen Belastungen führen. Aber politisch haben wir keine andere Wahl. Wir müssen den jungen Demokratien in diesen Ländern helfen. Anders ist die Südflanke der Gemeinschaft politisch nicht zu stabilisieren."

Heeremann hat sich auf dem Bauerntag erneut bereit erklärt, diese Politik zu verteidigen, den Bauernverband selbst hat er dafür nicht mobilisieren können, denn die Mehrzahl der Bauern wird nicht wie Heeremann reicher dadurch. – (Z-Red.)

„... menschliche und humane Lösung"

Perfekte Bespitzelung der Familie / Scheidung fast ausgeschlossen

Ein Glanzstück sozialdemokratischer Reformreaktion wird seit dem 1. Juli angewandt. Im wesentlichen soll das neue Scheidungsrecht, folgt man der Anzeige der Bundesregierung in den Tageszeitungen Anfang der Woche, folgende Änderungen bringen:

„Das geltende Ehe- und Familienrecht stammt in wesentlichen Teilen noch aus dem vorigen Jahrhundert: Es kennt nicht die volle Gleichberechtigung, sondern wies der Frau die Rolle der Hausfrau zu. Und wenn eine Ehe gescheitert war, dann wurde sie nach dem Schuldprinzip geschieden. Um den Schuldigen zu finden, mußte vor dem Scheidungsrichter oft schmutzige Wäsche gewaschen werden. Und wer dann als „Schuldiger" ermittelt war, hatte teuer zu zahlen. Besonders die Frau. Sie hatte keinen Anspruch auf Unterhalt mehr. Und sie verlor, wenn sie „nur" Hausfrau war, jede Altersversorgung.

Das und manches andere mußte geändert werden. Deshalb tritt am 1. Juli 1977 ein neues Ehegesetz in Kraft. Auch dieses neue Recht geht davon aus, daß die Ehe ein Leben lang halten soll. Aber wenn sie trotzdem scheitert, wird in Zukunft nicht mehr nur nach dem Schuldigen gesucht, sondern nach einer menschlichen und gerechten Lösung für alle Betroffenen. Die in der Ehe erworbenen Anwartschaften auf spätere Altersversorgung werden geteilt (womit die Hausfrau endlich die gleichen Rechte hat, die der berufstätige Mann jetzt schon besitzt).

Kann die Frau nach der Scheidung nicht für sich selbst sorgen – z.B. weil sie Kinder hat – hat sie ein Recht auf Unterhalt. Aber auch dem Mann steht dieser Anspruch gegenüber der berufstätigen Frau zu, wenn er zur Zeit der Scheidung krank oder ohne Arbeit ist."

„Schuld" oder „Scheitern"

Die Form der bürgerlichen Familie, in die die Reproduktion der Arbeiterklasse gezwängt wurde, wird im neuen Gesetz als das behandelt, was sie ist: Eine ökonomische Beziehung zwischen Teilen der Arbeiterklasse.

Jegliche „Moral" wurde fahrengelassen und durch die **offene** Unmoral der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat ersetzt. Bisher gab es das „Schuldprinzip". Tatsächlich war das Schuldprinzip ein Instrument der Unterdrückung, weil die Gerichte, weil Polizei und Staatsanwaltschaft sich über die Ehe hermachten und die „Schuld" suchten. Inzwischen ist diese Waffe leicht schartig. Die „Schuld" wurde öfter von den Eheleuten, die sich scheiden lassen wollten, eingesetzt, um *ihre* Vorstellungen von der Regelung der Sache durchzusetzen – einer nahm die Schuld auf sich usw.

Nach dem neuen Gesetz ist der vollständigen Überwachung der Familie Tür und Tor geöffnet. Zunächst muß der Richter nach der obligatorischen Trennung feststellen, ob die Ehe tatsächlich zerrüttet ist, ist sie nicht, kann er das Getrenntleben um ein halbes Jahr verlängern. Weiter wird der Richter entscheiden, ob das Paar gut als getrennt leben. Getrennt leben kann man z.B. auch in einer Wohnung. Außerdem müssen die Ehepaare dem Scheidungsrichter bzw. den entsprechenden Stellen sämtliche wirtschaftlichen Verhältnisse offenlegen – die Kontrolle über die Familie ist perfekt. Die Scheidung wird nicht *leichter*, wie die Sozialdemokraten lügen. Sie wird *schwerer* und soll für große Teile der Arbeiterklasse *unmöglich* gemacht werden. Erstens *muß* man *mindestens* ein Jahr warten (oder vor den Richtern großangelegte „Enthüllungen" über die „Unzumutbarkeit" der Ehe, die von dem anderen Ehepartner ausgehe, machen). Dann wird die Ausplünderung durch Gerichtskosten usw. enorm steigen, von ca. 1 500 auf 7 000 Mark.

Die Familie ist Mittel der Reproduktion der Arbeiterklasse. Je weiter die Kapitalisten die Löhne senken, die Ausplünderung voranbringen, also die Reproduktion der Arbeiterklasse einschränken, desto schärfer wirken die Widersprüche der kapitalistischen Produktion in der Familie. Wie soll es ohne Krach gehen, wenn das Geld für die Ernährung der Kinder fehlt? Wie soll die Familie aufrechterhalten bleiben, wenn der Mann vom Arbeitsamt hundert Kilometer weg vermittelt wird, die Frau am alten Ort Arbeit hat? Nur mit *Zwang* kann die Familie aufrechterhalten werden. Und das ist auch der einzige Zweck der Ehlerechtsreform. Das Gerede von „Interessen der Frau", die vertreten würden, sollen die Augen dazu verkleistern.

Oder ist es im „Interesse der Frau", wenn die „in der Ehe erworbene Anwartschaft auf eine spätere Altersversorgung geteilt" wird? Hat sie dann die „gleichen Rechte" wie der „berufstätige Mann"?

Sie hat das „Recht", mit dem geschiedenen Mann eine Rente zu teilen, die für *einen* kaum reicht. Sie hat das großartige Recht, diesen Anspruch, der „zwischen 150 und 350 Mark" (Der Spiegel) liegen wird, gegen einen anderen *Arbeiter* durchzusetzen. In der Lage ist sie überhaupt, weil die Versorgung und Unterstützung im Alter durch die Kinder ebenfalls unter der Zersetzung der Familie zwangsläufig zerbricht. Jetzt hat sie ein Recht, ihr Elend zu verdoppeln. Für diesen Zweig des Gesetzes haben die Imperialisten so viele Bestimmungen und Fußangeln gebastelt, daß man *sicher* sein kann, daß eine erhebliche „Entlastung" der entsprechenden Sozialhilfefonds bzw. Rentenfonds herauskommen soll.

Sozialarbeiter verweigern Spitzeldienste

Westberlin. Auf der letzten Arbeitsbesprechung der Familienfürsorge im Bezirksamt Zehlendorf wurde uns eine Richtlinie des Senats vorgelesen, wie die Sozialarbeiter künftig im Rahmen des neuen Scheidungsrechts eingesetzt werden sollen. Die Sozialarbeiter müssen für das Gericht Stellung nehmen, wer die elterliche Gewalt über eventuell vorhandene Kinder übernehmen soll. Bisher erfolgte dies nach der Scheidung, und die Eltern waren sich oft mittlerweile einig geworden, wer die Kinder kriegen soll. Jetzt aber muß diese Frage noch während des Scheidungsverfahrens geklärt werden, und die Sozialarbeiter werden zur Beschnüffelung in die Familien geschickt. Kurze und für die Klassenjustiz relativ nichtssagende Berichte soll es in Zukunft nicht mehr geben. Der Senat hat dazu eine Art Fragebogen herausgebracht mit rund dreißig Posten. Vom Hausrat bis zum Freizeitverhalten der Eltern soll alles erfaßt und ans Gericht weitergegeben werden. Außerdem wurde uns angekündigt, daß in manchen Fällen gleich die ganze Akte vom Gericht angefordert werden kann und daß auch die Sozialarbeiter vom Gericht vernommen werden können. Man sieht: Das neue Scheidungsrecht bedeutet eine umfassende Einmischung des bürgerlichen Staates in die Angelegenheiten des Volkes.

Alle Kollegen auf der Arbeitsbesprechung haben sich geweigert, solche Berichte anzufertigen und beauftragten ihre Amtsleitung, dies den hohen Herren mitzuteilen.

„Unterhalt"

„Kann die Frau nach der Scheidung nicht selbst für sich sorgen – z.B. weil sie Kinder hat – hat sie ein Recht auf Unterhalt." Das „Recht auf Unterhalt" ist weit gefaßt. Es ist das Herzstück der Reform. Es bewirkt nämlich erstens am stärksten die Verunmöglichung der *Scheidungen*, weil kein Arbeiter das zahlen *kann*, will er zum Beispiel wieder heiraten. Und zahlen muß er oder sie in manchen Fällen ein Leben lang, aus Ausbildungsgründen, Gründen der Kindererziehung, der Arbeitslosigkeit, des Alters usw. Diese Vorschrift ermöglicht die schönste Hetze gegen „die Frauen" oder „die Männer". Die Zeitungen werden voll mit Berichten sein über Frauen, die sich drei Jahre von ihrem Mann trennen (und damit automatisch die Scheidung bewirken) und sich dann zahlen lassen. Das wird die Familie fördern!

In dem entsprechenden Abschnitt ist dazu eine „Billigkeitsklausel" eingebaut, die den Richtern *jede* Willkürmöglichkeit der Verhängung bzw. Aberkennung der Unterhaltspflicht gibt. Der Clou besteht für den bürgerlichen Staatsapparat darin, daß er hier Unterdrückung und Einmischung in die Familie durch den Staat, Aufeinanderhetzen und Spalten der Volksmassen, verbunden hat mit der *Einsparung* der entsprechenden Zahlungen. Wer als Arbeitslose von dem Mann unterhalten wird, erhält kein Arbeitslosengeld, wer eine Ausbildung macht, die „unterhaltspflichtig" ist, kein BAFöG usw.

Das sind die „*menschlichen und gerechten Lösungen*" für die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Für die Bourgeoisie dagegen wird sich kaum etwas ändern. Sie wird ihre Ehen weiter so schließen wie bisher – als Geschäftsvertrag mit ausdrücklichen Festlegungen, was im Fall der Scheidung passiert und was nicht. Die bürgerlichen Scheidungsanwälte sprechen unter sich offen davon, daß man als Scheidungsanwalt nicht mehr leben könne, man müsse auf Mordfälle umsatteln. Die Arbeiterklasse wird der herrschenden Klasse den Wunsch der Selbstzerfleischung nicht erfüllen. Der § 218 war in der Reformlüge ähnlich unverschämt wie dies Gesetz. Die bürgerliche Presse hat damals die Lügen noch voll mitmachen können und die Reform gepriesen. Jetzt müssen sie die Linien zurücknehmen und in der Bourgeoispresse ein leichtes Feuer gegen das „*Umständliche*" an der Reform, die „*unpraktischen Seiten*" eröffnen oder ein hohes Lied der alten Weise der Unterdrückung singen. Das zeigt: Die Bourgeoisie erkennt, daß die Massen auf den Betrug nicht hereinfallen. Zufrieden geben kann man sich damit nicht. – (Z-Red.)

Fachschaftsräte für bundesweiten Streik

Hamburg. Die Fachschaftsräte Visuelle Kommunikation und Pädagogik der Hochschule für bildende Künste Hamburg haben die Forderungen beschlosssen: Erneute außerordentliche Mitgliederversammlung! Urabstimmung über bundesweiten Streik gegen HRG und BAFöG! Weg mit dem HRG und LHG! Gegen die Unterdrückung durch das BAFöG-Gesetz! 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1 500 DM Elternfreibetrag – rückwirkend ab 1.10.76! Das Studentenparlament der Hochschule für bildende Künste hat ebenfalls die Absetzung der a. o. VDS-Mitgliederversammlung mißbilligt.

Gefängnisstrafen werden nicht hingenommen

Lüneburg. Am 24.6. wurden die ehemaligen Studenten der PH-Lüneburg G. Pape und D. Ahrend in Lüneburg zu viermonatiger Gefängnisstrafe ohne Bewährung sowie zu 1 350 DM Geldstrafe verurteilt. Sie waren angeklagt, Hausfriedensbruch begangen zu haben, als 400 Studenten im vergangenen Jahr an der PH-Lüneburg die Anwesenheit von Regierungsprüfern in den Prüfungen verhinderten. Nur durch den Einsatz von 200 Polizisten waren die Regierungsprüfer schließlich in die Prüfungen gekommen.

Gegen die Verurteilung haben die Lüneburger Studenten den Kampf aufgenommen: An allen drei Verhandlungstagen wurden die angeklagten Studenten von den Zuhörern im vollbesetzten Gerichtssaal unterstützt, zweimal hat der Richter den Gerichtssaal räumen lassen – vergeblich. Während der Pausen führten die Studenten Kundgebungen in der Stadt durch und enthüllten den Charakter der Lehrerausbildung. Ein Arbeiter vom Straßenbau erklärte: „Wenn wir selbst über die Schulen bestimmen würden, dann würde keiner mehr sitzenbleiben". Verschiedene Solidaritätserklärungen, unter anderem von Arbeitern eines Lüneburger Betriebes, den Beschäftigten einer Speditionsfirma und eines Altersheims, wurden im Gerichtssaal verlesen.

Studentenparlamentswahlen

Hamburg. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Fachhochschule für Sozialpädagogik verloren die Opportunisten 60 Stimmen und erhielten durchschnittlich 120 Stimmen. 1976/77 hatte der KB Nord noch 180 Stimmen erhalten. Die von der SSG unterstützte Liste erhielt durchschnittlich 39 Stimmen (im letzten Semester: 33). Die Revisionisten erhielten durchschnittlich zwischen 130 und 140 Stimmen gegen vorher 120 (Persönlichkeitswahl). Die Wahlbeteiligung sank um 50 Stimmen auf 300.

Braunschweig. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Technischen Universität Braunschweig erhielten die Basisgruppen/Fachbereichsgruppen (Spontaneisten, aus Spaltungen der Fachbereichsgruppen hervorgegangene Fraktionen) 971 Stimmen und 15 Sitze. Im Vorjahr hatten sie 1 047 Stimmen und 14 Sitze erhalten (es wurde nach Wahlkreisen gewählt). MSB/SHB (Liste Gewerkschaftliche Orientierung) erhielten 442 Stimmen und 7 Sitze (335/4), Jusos 588 Stimmen, 9 Sitze (755/11), verschiedene Unabhängige (Reformisten, Rechte) 1 094 Stimmen, 13 Sitze (1 004/15), RCDS 193 Stimmen, 2 Sitze (105/1). Der KSV erhielt 150 Stimmen und einen Sitz gegenüber 181 und einem Sitz im Vorjahr. Die Wahlbeteiligung lag bei 34,8 % (35,2 %).

Praktisches Jahr, Krankenpflegereformgesetz – wenig Lohn und wenig Rechte

Tübingen. Unter diesem Thema haben am Mittwoch, den 29.6., gewerkschaftlich organisierte Kollegen, Krankenpflegeschüler und die Fachschaft Medizin eine Veranstaltung durchgeführt. Ungefähr 150 Kollegen und Kommilitonen waren gekommen. In einigen Kliniken in Tübingen ist die Personalbesetzung in den Operationssälen so miserabel, daß in der Diskussion war, diese OPs zu schließen. Um das OP-Programm doch noch voll durchziehen zu können, haben die Professoren jetzt auf die PJ-Studenten zurückgegriffen. Nach ein paar mal zusehen, werden sie zum Instrumentieren bei Operationen eingesetzt. Auf diese Weise spart sich der Dienstherr das Gehalt einer ausgebildeten OP-Schwester. Die PJ-Studenten müssen ohne Lohn arbeiten. Gleichzeitig wird dadurch der Kampf gegen die Stellenstreichungen unterlaufen. Viel Beifall gab es dann auf der Veranstaltung, als nach Referaten von Vertretern der Krankenpflegeschüler und der Medizinerfachschaft fünf Krankenpflegeschüler in 4 kurzen Szenen, ihre Situation in der Schule und in der Klinik darstellten. Die letzte Szene zeigte, wie der Mittelkurs mit 60 Schülern vor einer Woche geschlossen eine Klassenarbeit verweigert hat. Großen Beifall erhielten auch die Kollegen aus der berufsgenossenschaftlichen Klinik, als sie von ihren Aktionen gegen die Entlassung der beiden aktiven Gewerkschafter berichteten.

Auszahlung der BAFöG-Erhöhung

Berichtigung. Die in der letzten Ausgabe Nord der KVZ berichtete Aktion zur Auszahlung der BAFöG-Erhöhung hat nicht, wie angegeben, in Hamburg, sondern in Göttingen stattgefunden.

„Unvermeidlich müssen einige über die Klinge springen"

Das „Bremer Modell" der Juristenausbildung

Bremen. „Ziel der Ausbildung ist, den Juristen zu einer Berufspraxis zu befähigen, die in der sich wandelnden Gesellschaft dem Anspruch einer rechtsstaatlichen, demokratischen und sozialstaatlichen Verfassung genügt." So leitet § 2 des Bremer Juristen-Ausbildungsgesetzes (JAG) die „fortschrittliche" einphasige Juristenausbildung an der Universität Bremen ein. Reformbedürftigkeit des Juristenstudiums hat nach Angaben der Schrift „Bremer Modell heute" das Bremer Jurastudium hervorgerufen, und der ehemalige Rektor Steinberg kann das „Bremer Modell der Juristenausbildung" vorstellen. Stolz dokumentiert er anhand der Studien- und Prüfungsordnungen „eine Steigerung der Qualität und der Intensität des Studiums".

Neu ist an dieser Ausbildung vor allem die ungeheure Verdichtung der Studienzeiten. Das erste Staatsexamen erreicht der Bremer Student bereits nach dem vierten Fachsemester (sechsten Hochschulsemester). Vergleiche mit anderen Hochschulen ergeben, daß ein Schnitt von neun bis elf Semestern notwendig ist. Diese ‚Leistung' kann nur durch ein besonders dichtgewebtes Zwangsnetz erreicht werden. Das Juristenausbildungsgesetz setzt hier solche Maßstäbe. Keinerlei Zweifel gibt es über die Dauer des Studiums, § 5 (1) legt unwiderruflich fest: „Die Ausbildung dauert sechs Jahre." Absatz (2): „Eine Unterbrechung und Verlängerung von Abschnitten der Ausbildung bedarf der Genehmigung des Ausbildungs- und Prüfungsamtes."

Der Hürdenlauf dieser sechs Ausbildungsjahre ist streng festgeschrieben. Er beginnt mit einem zweisemestrigen Eingangsstudium, das einführt „in die Analyse gesellschaftlicher Grundprobleme". Den Beweis des Erfolgs muß der Student mit erworbenen sechs Leistungspunkten bescheinigen. Pro Semester muß er drei Punkte davon erbringen. Für ein Referat erhält er drei bis fünf Punkte. In aller Regel wird die Mindestpunktzahl vergeben. Jedoch haben die Professoren vor die Punktzahl die Nachbesserung gesetzt, im letzten Semester sind ca. 30 % aller abgegebenen Referate zur „Nachbesserung" verordnet worden, was praktisch bedeutet, ein neues Referat anzufertigen. Einige verlangen für ein Drei-Punkte-Referat bereits bis zu 50 Seiten.

Im Anschluß studiert man im Hauptstudium I. Es dient der Erarbeitung der „Kernmaterien des Rechts". Innerhalb dieses HS I muß ein dreimonatiges Strafrechtspraktikum absolviert werden. Nach der Novellierung des JAG am 1. Juli 76 wird dieses Praktikum, das nur in den Ferien durchgeführt werden kann, nicht mehr bezahlt! Die Beurteilung des Erfolges obliegt dem Ausbilder, ob man ein wenig Geld bekommt, obliegt ebenfalls seiner Großzügigkeit. Wenn man z.B. mit einem Anwalt eine solche Bezahlung ausgehandelt hat, ist man verpflichtet, „Kleinigkeiten" für ihn außerhalb des Praktikums zu erledigen. Nächtliches Studium für die eigentliche Ausbildung ist im Praktikum keine Ausnahme.

Für den Abschluß des Hauptstudiums I ist dann wiederum der Nachweis der entsprechenden Leistungspunkte fällig, insgesamt 36. Kleinlichst regelt die Prüfungsordnung, wann und wieviele Punkte zu erbringen sind: Damit nicht etwa ein Student eigenmächtig auf den Gedanken kommt, bisher nicht erreichte Punkte in einem höheren Semester auszugleichen, wird festgelegt, daß erreicht werden müssen: Im dritten Semester mindestens drei Punkte, im vierten Semester mindestens sechs Punkte, im fünften Semester mindestens sechs Punkte. Auf die erforderliche Zahl von 30 Punkten sind im dritten Semester höchstens sieben, im vierten Semester höchstens zehn, im fünften Semester höchstens dreizehn Punkte anrechenbar.

Nachdem diese Hürden übersprungen sind, kommt man in das Hauptpraktikum, das über vier Stationen (bei einer Behörde, beim Gericht, bei der Staatsanwaltschaft und einem Rechtsanwalt) und insgesamt 14 Monate läuft. Parallel werden an der Universität Begleitkurse durchgeführt, deren Beliebtheit dazu geführt hat, daß Anwesenheitspflicht erforderlich geworden ist. Jede der verschiedenen Stationen ist mit Leistungen abzuschließen, die der praktische Ausbilder „bewerten" muß. Da die Stationen unmittelbar aufeinanderfolgen, ist eine Wiederholung solch einer Leistung kaum möglich, man steht praktisch jederzeit mit einem Bein direkt neben dem drohenden Abbruch des Studiums.

Eine Kürzung der Bezahlung ist inzwischen durch das 6. Besoldungsänderungsgesetz eingeleitet, die Anpassung an das BAFöG ist geplant. Wer in diesem Praktikum auf der Strecke bleibt bzw. bereits vorher die Mindestpunktzahl nicht erreicht hat, für den ist das Studium abgeschlossen. Eine Aufnahme an einer anderen Universität ist nicht möglich, weil ein solch dressierter Studiengang noch nirgendwo in dieser Form existiert. Besonders reformfreudig ist die Prüfung organisiert. Der Student muß ein Thema für seine Arbeit vorschlagen, eine Stellungnahme eines Hochschullehrers ist beizufügen. Jetzt wird durch § 39 JAG folgende Möglichkeit eröffnet: „Das Ausbildungs- und Prüfungsamt entscheidet über das Thema. Es kann das Thema erweitern, beschränken, neu fassen, ... " und „ist das vorgeschlagene Thema ungeeignet, so ist dem Studenten Gelegenheit zu geben, binnen zwei Wochen ein neues Thema vorzuschlagen." Hat sich der Student dann immer noch nicht entschlossen, ein Thema zu wählen, das den Zielen der Ausbildung entspricht und ist somit auch dieses Thema „ungeeignet", bestimmt das Ausbildungs- und Prüfungsamt (APA) gleich selbst, was geschrieben wird. Für den Erstgutachter hat der Student ein Vorschlagsrecht, bestimmt wird wiederum durch das APA, wer prüft.

In der Novellierung von 1976 wird zusätzlich noch festgehalten, daß die Mindestpunktzahl zum Abschluß des Hauptstudiums I bereits bis zum Ende des sechsten Semesters erreicht sein muß. Bisher haben viele Studenten diese Punkte neben dem Praktikum trotz Doppelarbeit noch nachgearbeitet – vorher haben sie es nicht geschafft. Für 18 Studenten, die bei der Umstellung die erforderliche Punktzahl nicht vorlegen konnten, war damit praktisch der Studienabbruch schon ausgesprochen. Dies sei, so erklärte Professor Stuby, SPD-Linker, notwendig zur Angleichung des Leistungsstandards, damit das „Bremer Modell" „mindestens" vergleichbar mit anderen Hochschulen sei. „Unvermeidlich müssen dabei einige Studenten über die Klinge springen." Gegen diese Relegationen haben die Studenten sofort den Kampf aufgenommen, Professoren wurden angegriffen und in ihren Büros aufgesucht. Der Rauswurf der 18 Studenten wurde verhindert. – (KSB Bremen/N-Red.)

Krampfhafte Bemühungen, die Reaktion zu formieren

Um 1000 Mitglieder von etwa 50 Kölner Hochschulkorporationen haben sich in der vergangenen Woche auf dem Kölner Alten Markt versammelt – in vollem Wichs, mit Farben, Band und Mütze zu einem „Marktfrühschoppen". Damit wollten sie demonstrieren, daß man wieder mit ihnen rechnen muß, nachdem sie über Jahre hinweg gezwungen waren, sich zurückzuziehen, und es sich auch nicht trauen konnten, in vollem Wichs und mit Farben in den Universitätsgebäuden aufzutreten. Das soll jetzt anders werden:

„Aber es läßt sich mit Zahlen belegen, daß unsere Korporationen und deren traditionelle Bräuche bundesweit wieder ganz enorm aufleben",

zitiert die „Kölner Rundschau" den Zahlmeister der Studentenverbindungen in Köln.

Die Burschenschaften und Verbindungen sind *exklusive Organisationen.* Sie bestehen aus den „Alten Herren" und den studentischen Mitgliedern. Es ist die Jugend der Bourgeoisie, die sich in diesen Verbindungen herumtreibt, dem Genuß nachgeht und sich von den „Alten Herren" in das gesellschaftliche, vor allem aber geschäftliche Leben ihrer Klasse einführen läßt.

Zwischen der Existenz der Masse der Studenten und dem Leben dieses Bourgeoisnachwuchses liegt ein tiefer Graben. Die Verbindungen und Burschenschaften unterhalten Häuser und Heime, wo schon länger Universitäten bestehen, und z.B. die Wohnungsnot, die einen beträchtlichen Teil der Zeit und die Hauptmasse des Geldes der besitzlosen Studenten verschlingt, kennen sie nicht. Sie finden das gemachte Nest vor. Die Bourgeois wissen für ihren Nachwuchs zu sorgen.

Die Bourgeoisie arbeitet jetzt zielstrebig daran, diese Leute zur politisch führenden Kraft in der Studentenbewegung zu machen. 1935 zogen die Burschenschaften ihre Fahne vor dem Hakenkreuz ein als der „größeren". Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten sie sich zwar in Verbindung mit ihren „Alten Herren" leicht reorganisieren, aber zu dem politisch führenden Faktor sind diese Jungreaktionäre trotz großzügigster Förderung und Unterstützung von seiten der Bourgeoisie nicht mehr geworden.

Die Maßnahmen, die die Bourgeoisie zu diesem Zweck ergreift, bestehen nicht nur in der Unterdrückung und im Versuch der politischen Knebelung der Studentenmassen. Die Bourgeoisie hat in diesem Semester eine Änderung des Einsatzes ihres Nachwuchses an den Hochschulen eingeleitet: Sie hat den RCDS antreten lassen als politische Kraft, die sich für das „einheitliche Vorgehen aller Studenten" einsetzt und verschiedenenorts sich auch gezwungen sah, dem Streik zuzustimmen – natürlich mit dem Ziel, diese „Einheitlichkeit" auf reaktionärer Grundlage herzustellen. So z.B. im Streik der Medizinstudenten, wo sich der RCDS vergeblich darin versuchte, die Forderung nach den Koalitionsrechten der PJ-Studenten an die Einschränkungen und die Unterdrükkung dieser Rechte durch die Verfassung der Bourgeoisie zu „binden".

Dieses Vorgehen ist mit Interesse von der Bourgeoispresse aufgenommen und mit Lob und Bestärkung bedacht worden:

„So sind die Unionsparteien unversehens in die glückliche Lage geraten, als einzige an den Hochschulen noch durch eine politische Gruppe vertreten zu sein, die freiheitlich-demokratischen Prinzipien verpflichtet ist. Das bedeutet ... eine Chance ... CDU und CSU sollten sich lieber vom RCDS stören und sogar empfindlich ärgern lassen ..." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.77)

Durch diese Änderung in dem Einsatz des RCDS hat die Bourgeoisie den Platz gemacht, den ihr Nachwuchs braucht, um nicht mehr nur über den RCDS vermittelt den politischen Einfluß und die politischen Interessen geltend zu machen, sondern auch direkt als organisierte Kraft um die Führung der Bourgeoisie in der Studentenschaft kämpfen zu können und damit die reaktionäre und schließlich gegenrevolutionäre Mobilisierung zu betreiben.

Mit diesen Kräften will die Bourgeoisie die Ziele, wie sie Kohl und Filbinger gesteckt haben, erreichen:

„Die politische Auseinandersetzung mit allen Formen der Gewalt und Intoleranz ... sei freilich ohne die Zusammenarbeit ... mit der Mehrheit der Studenten nicht zu lösen. Filbinger kündigte in diesem Zusammenhang eine Mobilisierung der Gutwilligen in und außerhalb der Hochschulen an." (Stuttgarter Zeitung)

Die Bourgeoisie hofft darauf, daß es den Jungreaktionären gelingt, die materielle Abhängigkeit der Studentenmassen und ihre elende Lage unter dem Banner des bedingungslosen Zusammengehens mit dem imperialistischen Staatsapparat und dem Ruf nach „Ordnung" auszunutzen, um den revolutionären Flügel der Studentenbewegung zu isolieren und den Aufbau der Studentenkoalitionen zu verhindern. Die Burschenschaften und Verbindungen des Bourgeoisnachwuchses sind nicht nur das Gegenteil der Studentenkoalitionen, sie sind auch deren prinzipielle Feinde und Gegner. – (Z-Red.)

Medizinstudenten kämpfen um Einheit für den Streik

In Vorbereitung der Fachtagung Medizin am vergangenen Wochenende fanden Vollversammlungen an medizinischen Fachbereichen statt. Auf den Vollversammlungen u.a. in Kiel, Göttingen und Gießen, ebenso auf einer Versammlung des 6. klinischen Semesters in Frankfurt wurden mit großer Mehrheit Beschlüsse für erneute Urabstimmung für Streik beschlossen, wenn die Forderungen bis zum Wintersemester nicht erfüllt sind. Die Urabstimmung wird bundeseinheitlich für den Zeitraum 7. bis 18. November vorgeschlagen. Unterschiedliche Auffassungen gibt es über die notwendige Beteiligung, die Anzahl der erforderlichen Ja-Stimmen für den Beginn des Streiks und die Entscheidung über Abbruch oder Weiterführung des Streiks, sofern die herrschende Klasse sich trotz Streik hartnäckig weigert, die Forderungen anzuerkennen.

Gleichzeitig fanden Aktionen statt, die die Fortschritte im Kampf um den Zusammenschluß für den Streik demonstrieren.

In Kiel stellten die Studenten die Professoren in der vergangenen Woche auf einer von diesen durchgeführten Veranstaltung über die „Faulheit" der PJ-Studenten. Anlaß der Professorenveranstaltung war die Weigerung der PJ-Studenten, sich außerhalb ihrer Ausbildungszeit Vorlesungen als Pflichtveranstaltungen aufdrücken zu lassen. Die Professoren wurden wegen der Bedingungen im PJ angegriffen: Die PJler „kultivierten geradezu den Unmut und die Aggressivität vom Beginn des Semesters", mußte der Dekan schließlich feststellen.

In Köln rückten zwei Professoren an mit dem Ziel, den 20 PJ-Studenten den Sinn des Testathefts zu erklären. Sie mußten zugestehen: „Niemand wird wegen fehlender Testate die Bescheinigung fürs PJ nicht kriegen." Auch der Versuch, Streiktage auf die Tage anzurechnen, die man im PJ fehlen darf, wurde zurückgewiesen.

Die Studenten im 6. klinischen Semester am Fachbereich in Frankfurt lehnen es ab, in ein Lehrkrankenhaus bis nach Fulda verpflichtet zu werden, und haben u.a. die Forderung nach freier Wahl der Wahlfächer erhoben. Für Mittwoch dieser Woche wird eine Veranstaltung vorbereitet, auf der der Dekan zu den Forderungen der Studenten gezwungen werden soll, Stellung zu nehmen.

Von einem PJler ist bekannt, daß ihm die Streiktage auf die Fehltage angerechnet wurden. In der Chirurgie sind die PJler voll in den OP-Plan eingeteilt. Beschweren sie sich darüber, den ganzen Tag „Haken halten" zu müssen, dann heißt es bei Dienstschluß: „Sehen Sie sich doch mal auf Station um, ob es da noch was zu tun gibt."

Diese Lage kann von den PJlern nicht hingenommen werden. Sie führen einen zähen Kleinkrieg gegen alle Schikanen. So fordern sie von dem Professor Schettler in der Krehl-Klinik, sofort die Fehltage zu streichen. In der Kinderklinik haben sich die PJler gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen zusammengeschlossen und erkämpft, daß sie jetzt täglich Fortbildungsveranstaltungen haben. Die PJler finden Unterstützung beim Klinikpersonal in ihrem Kampf gegen alle Schikanen.



Demonstration der Hamburger Medizinstudenten während des Streiks im Mai

In der Krehl-Klinik in Heidelberg gibt's jetzt feste Dienstpläne für die PJler, nach denen sie regelmäßig zum Nachtdienst eingeteilt sind, was kontrolliert wird. Erscheinen sie nicht zum Nachtdienst, so wird ihnen ein Fehltag angerechnet. Ebenso sollen in dieser Klinik einzelne wegen des Streiks herausgegriffen und schikaniert werden.

Imperialisten kündigen neue „Wunderwaffe" an

„Vorwärtsverteidigung und Neutronenbombe" ist ein Kommentar von Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juni überschrieben. Die Imperialisten bereiten den Krieg militärisch und politisch vor. Militärisch gesehen bewerten die „Experten des Pentagon" die Neutronenbombe als einen waffentechnischen Durchbruch. Politisch soll sie wie der Bomber B 1 ein weiterer Trumpf der US-Imperialisten in den gegenseitigen Übertölpelungsversuchen der beiden Supermächte bei den SALT-Gesprächen sein.

Der waffentechnische Durchbruch besteht nach Ansicht des Adelbert Weinstein darin, daß die Neutronenstrahlung nicht das Material zerstört, sondern nur die Menschen. Ihre Wirkung sei darüberhinaus „körperlich tief, räumlich konzentriert, zeitlich kurz".

Bei den bisherigen taktischen Atomwaffen, mit denen die Neutronenbombe verglichen wird, besteht der Nachteil darin, daß die Hitzewelle, die Druckwelle und der radioaktive „Fall-Out" große Zerstörungen an Gebäuden und Maschinen anrichten und die Kernstrahlung das Gebiet radioaktiv verseucht, so daß es für längere Zeit nicht mehr betretbar ist. Das aber liegt nicht im Interesse der Imperialisten, denn ihr Kriegsziel liegt in der Eroberung fremder Produktionsstätten und der Unterwerfung fremder Völker, um sie selbst ausbeuten zu können. Die neue Neutronenwaffe habe diese Nachteile nicht, behaupten die „Pentagon-Experten".

Über die Möglichkeit und die Funktion von Neutronenbomben haben wir Wissenschaftler aus der Kerntechnik befragt. Die Ankündigung einer Neutronenbombe hat sie nicht überrascht. Die Neutronenbombe sei technisch möglich. Die Grundlagenforschung in dieser Richtung werde schon seit über fünf Jahren betrieben; Zwischenergebnisse seien veröffentlicht worden. Deshalb glauben diese Wissenschaftler der US-imperialistischen Propaganda nicht, daß die Sozialimperialisten 20 Jahre brauchen werden, bis sie den Vorsprung der USA eingeholt haben, wie die „Frankfurter Allgemeine" behauptet.

Ein möglicher Aufbau einer Neutronenbombe ist eine kleine Atombombe, die mit einem Neutronenmultiplikator-Material umgeben ist. Bei der Explosion brechen die Uran- oder Plutonium-Atomkerne in der Atombombe auseinander und schleudern dabei zwei bis drei Neutronen, Bausteine der Atomkerne, heraus. Diese Neutronen werden im Multiplikator eingefangen und setzen eine Kernumwandlung in Gang, bei der sechs oder mehr neue Neutronen entstehen. Solche Materialien sind bekannt: z.B. Transurane, künstliche Elemente, die schwerer als alle natürlich vorkommenden Kerne sind. Nur sind diese astronomisch teuer.

Die ausgestrahlten Neutronen müssen eine hohe Energie haben, denn nur dann zerstören sie Menschen, Tiere und Pflanzen sehr stark, jedoch Häuser, Maschinen und Panzer relativ wenig. Hochenergetische Neutronen erzeugen aber in diesen Stoffen beim Auftreffen radioaktive Kerne, die noch lange Zeit nach der Explosion strahlen. Dazu kommt noch der „Fall-Out" der Zündungsbombe, wenn unsere Annahme richtig ist. Es stimmt also nicht, daß das getroffene Gebiet nur kurze Zeit radioaktiv verseucht ist. Es ist nur nicht so hochgradig radioaktiv verseucht wie nach der Explosion einer Atom- oder Wasserstoffbombe. Die Soldaten, die die Imperialisten wenige Stunden nach der Explosion einer Neutronenbombe durch das getroffene Gebiet durchjagen wollen, werden zwar nicht gleich tot umfallen, aber schwere Strahlenschäden abbekommen.

Ein weiterer Punkt, den die „Pentagon-Experten" hervorheben, ist die begrenzte Reichweite der Wirkung. Die von uns befragten Wissenschaftler sagen, daß die Reichweite hochenergetischer Neutronen ziemlich groß ist, mehrere Kilometer. Das ist nicht weniger als für taktische Atomwaffen.

Wie gegen alles, was Menschen erfunden haben, gibt es auch Wege, sich dagegen zu schützen. Schutz gegen hochenergetische Neutronen bietet z.B. Wasser oder Paraffin. Das beruht darauf, daß die Neutronen beim Zusammenstoß mit Atomkernen um so mehr Energie abgeben, je leichter der gestoßene Kern ist, am meisten eben beim Stoß mit Wasserstoff. Wasserstoff ist aber im Wasser, Paraffin aber auch im menschlichen Körper reichlich vorhanden. Was den Menschen einerseits besonders der Zerstörung durch die Neutronenbombe aussetzt, kann er andererseits zu seinem Schutz ausnutzen. Paraffin wird zum Beispiel bei den großen Teilchenbeschleunigern zur Abschirmung gegen Neutronen in die Wände eingelegt.

Die Neutronenbombe macht den Menschen wehrlos, schreibt Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen". Die Waffentechnik und nicht die Menschen sind entscheidend, will er damit verkünden.

So ist es aber nicht. 1945 nach dem Abwurf der ersten Atombomben haben die US-Imperialisten groß herumgetönt, nun seien sie unbesiegbar. Mao Tsetung hat dazu erklärt: Die Atombombe ist ein Papiertiger, weil die Menschen die Geschichte machen und nicht irgendwelche noch so fortgeschrittenen Waffensysteme. Das hat sich seit 1945 dutzendfach bewiesen. Ändert sich daran etwas durch die Neutronenbombe?

Nach dem bisher Bekannten über die Neutronenbombe ist zwar das Verhältnis zwischen der zerstörerischen Wirkung auf Menschen und der Zerstörung von Fabriken und Häusern bei der Neutronenbombe gegenüber der Atom- und Wasserstoff-Bombe etwas „günstiger" vom Standpunkt der Kriegsziele der Imperialisten betrachtet. Eine Wunderwaffe, wie die Propaganda der US-Imperialisten weismachen will, haben sie damit genausowenig wie mit der Atom- oder Wasserstoffbombe, dem „Wunderbomber" B 1 oder der „Wunderrakete" Cruise Missile.

Keinen der Widersprüche, in denen die Imperialisten stecken, werden sie mit ihren „Wunderwaffen" lösen können. Weder die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen im eigenen Land noch den Kampf der Völker der Dritten Welt für Unabhängigkeit und Freiheit. Ihren eigenen Untergang werden die Imperialisten damit auch nicht aufhalten können. – (Z-Red.)

Polizeigesetz und „Katastrophenschutz" in Niedersachsen

Hannover. Noch vor Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes will die Niedersächsische Landesregierung „vorab" *„vordringliche Gesetzesänderungen"* durchsetzen. „Vordringlich" ist vor allem die Zusammenfassung der Polizei zu geschlossenen Verbänden über die Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg. In der Begründung eines im Mai in den Landtag eingebrachten Gesetzesentwurfs heißt es, daß *allenfalls ein überörtlicher Einsatz von Polizeikräften anderer Polizeibehörden, anderer Länder bzw. des Bundes tatsächlich und zum Teil auch rechtliche Schwierigkeiten bereitet".* (Landtagsdrucksache 8/2581)

Zur Niederschlagung von Massenstreiks und Demonstrationen „besteht ein Bedürfnis, daß sich sämtliche Länder und der Bund gegenseitig unterstützen". Entsprechend *„großzügiger"* werden die Kriterien dafür geregelt.

Durch ein neues Gesetz kann allerdings die „tatsächliche Schwierigkeit" nicht behoben werden, daß die Polizeitruppen, rekrutiert aus den lohnabhängigen Massen und selbst besitzlos, durch die kämpfende Arbeiterklasse zersetzt werden können. *„Im Interesse eines möglichst lückenlosen Schutzes der öffentlichen Sicherheit"* werden daher weitere Möglichkeiten für den Einsatz von Polizeibeamten anderer Länder außerhalb des Grenzbereiches geschaffen. *„Hält sich ein Polizeibeamter eines Landes – aus welchen Gründen auch immer* (weil dorthin zwangsweise verfrachtet) *– im Gebiet eines anderen Landes auf, so soll er Maßnahmen des ersten Zugriffs treffen können, wenn die eigentlich zuständige Polizeibehörde nicht handeln kann"*, (weil ihre Beamten z.B. den Befehl verweigern).

Der Gesetzesentwurf unterstreicht den Unterdrückungscharakter der eben beschlossenen Gebietsreform. Den vergrößerten Landkreisen können künftig einfacher Zuständigkeiten für die *„Gefahrenabwehr"* übertragen und gleichzeitig den Gemeinden entzogen werden.

Den Parlamentariern weiß die Landesregierung die Frohbotschaft mitzuteilen, daß Gesetze zur „Sicherheit und Ordnung" nicht die Staatskasse zu kosten brauchen, sondern nur das Volk: Beträchtliche Mehreinnahmen werden durch die Erhöhung der Zwangsgelder auf bis zu 5 000 DM erwartet.

Wenige Wochen zuvor hatte die Landesregierung bereits einen Entwurf für ein „Katastrophenschutzgesetz" vorgelegt. Danach kann jedermann in die *„Rechtsstellung des Helfers in einer Regieeinheit"* gepreßt werden.

Mit Zentralisierung der Polizei zur Aufstandsbekämpfung auf der einen und Zwangsarbeit auf der anderen Seite hat die imperialistische Bourgeoisie schon immer den Krieg vorbereitet – und ihre Furcht davor bewiesen, daß das Proletariat dem imperialistischen Krieg durch Revolution zuvorkommt. – (N-Red.)

Bremen. 14 von 16 Lehrlingen der Maschinenfabrik Louis Schierholz in Bremen haben eine Erklärung unterschrieben, in der sie die Festnahme H. Kaisers verurteilen.

Strafverfolgung gegen Aufbau des Soldaten- und Reservistenkomitees.

Munster. Die Staatsanwaltschaft hat beim Landgericht Lüneburg Anklage gegen fünf Mitglieder des SRK Munster (jetzt Reservisten) erhoben wegen Vergehens nach §§ 89 (Wehrkraftzersetzung) und 92 (Bestrebungen gegen den Bestand, die Sicherheit und Verfassungsgrundsätze der BRD) Strafgesetzbuch. Ihnen wird vorgeworfen, „gemeinschaftlich fortgesetzt auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD und der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD und Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben", indem drei „Angeschuldigte" das Soldaten- und Reservistenkomitee Munster gründeten, zwei weitere nach ihrem Dienstantritt dem SRK beitraten, „Schulungen und öffentliche Veranstaltungen durchführten, die gegen die Bundeswehr gerichtet waren und zu denen die Soldaten des Standorts Munster eingeladen waren, ... eine regelmäßig erscheinende, gegen die Bundeswehr gerichtete Druckschrift „Der Funke" ... herausgaben und an Soldaten vor den Kasernen in Munster verteilen ließen ..., wobei die Angeschuldigten mit ihrer Tätigkeit das Ziel verfolgten, die Bundeswehr als Organ zum Schutz der BRD zu zersetzen und die freiheitlich demokratische Grundordnung mit Waffengewalt zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu zerschlagen".

Von MAD-Bespitzelung und Disziplinarstrafen zu direkter Strafverfolgung. Das drückt die Stärke der Kämpfe der Soldaten und ihrer Führung durch die SRKs aus. Es ist der zwecklose und hilflose Versuch der Bourgeoisie, durch Unterdrückung und „Verbot" der Soldatenbewegung ihre reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Das macht die 29seitige Anklageschrift deutlich.

1 DM mehr Sold?
Interview mit zwei Vertrauensleuten

Wie sieht die finanzielle Lage der Soldaten bei Euch aus?

Wir haben das mal in unserer Kompanie genauer untersucht und festgestellt, da ß z.B. von acht Soldaten fünf Schulden von über 1 000 DM haben, und bei mehr als der Hälfte geht der Sold für Fahrtkosten drauf. Meistens reicht das Geld nic ht mal für die tägliche Zeitung, ein Bier oder Pommes Frites. Fast jeder ist gezwungen, Schulden zu machen. bei den Eltern, Freunden oder Kreditinstituten. Man gerät in große Abhängigkeit. Man ist oft gezwungen, in der Kaserne zu bleiben, weil das nötige Geld fehlt, um rauszugehen.

Was denkst Du von der Erhöhung des Solds um eine Mark pro Tag?

Wenn man die Preissteigerungen sieht, ist das ein wahrer Hohn. Offensichtlic h ging es dem Bundeswehrverband bei seiner Forderung nicht darum, die finanzielle Lage der Wehrpflichtigen tatsächlich zu ändern, sondern er will der Soldatenbewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Es ist klar, daß wir die eine Mark pro Tag einst·ecken. Doch es ist auch jedem von uns klar, daß das ein Spottgeld ist.

Es ist so, daß wir Soldaten alle Arbeiter und Angestellte sind, die in Uniform gepreßt und in die Kasernen gesteckt wurden mit einem Hungersold. Das soll den Offizieren die Möglichkeit geben, uns einzuschüchtern und zu blindem Kadavergehorsam abzurichten. Wollen wir unsere Lage verändern, mü ssen wir gegen Hungersold , Kasernierung und Schikane kämpfen. Hierzu sind die Forderungen nach Lohnfortzahlung in der Armee und Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung gut geeignet. Nun ist es ja so, daß die Forderungen der Arbeiterbewegung wie der Soldatenbewegung nur durch Einheit durchgesetzt werden können. Das bedeutet, daß sich die Soldaten der einzelnen Kasernen zusammenschli eßen müssen. Wir planen eine Veranstaltung zum Wehrsold, wozu wir Vertrauensmänner ve rschiedener Kasernen einladen wollen.

Bei uns hat sich mittlerweile eine Gruppe von 10 Soldaten gebildet, die sich wöchentlich trifft. Für die Verteilung eines Fragebogens zur Lage der Soldaten wurde einer von uns zu 14 Tagen Arrest bestraft. Der Kampf gegen diese Disziplin ierung steht z.Z. im Mittelpunkt unseres Kampfes, da sie ein Schlag gegen die ganze Soldatenbewegung sein soll. Wir haben dagegen eine Presseerklärung verabschiedet .

Wie reagieren die Offiziere?

Gegen die Pressererklärung haben sie bisher noch nichts unternommen. Aber si e verschärfen die Schikane. Haarappell, zusätzliches Revier- und Stubenreinigen us w. In einer anderen Kompanie läßt der Kompaniechef die Mannschaften bis zu dreimal wöchentlich 5 000-Lauf machen. Alles in allem Einschüchterung und Erpressung, Mittel, die immer mehr bei uns verhaßt sind. Gegen den Zusammenschlu ß der Soldaten werden sie aber nicht greifen.

Was meinst du als Vertrauensmann zu der einen Mark mehr Wehrsold, die es ab O ktober geben soll?

Wir empfinden es als Frechheit, uns drei oder vier Jahre nach der letzten Er höhung des Wehrsoldes solch einen lächerlichen Betrag anzubieten. Allein im letzten Jahr si nd z.B. die Bundesbahnpreise zweimal gestiegen, und die Preise in den Kantinen werden ab 1. Juli auch zum zweiten Mal erhöht. Da kriegt man natürlich Wut in den Bauch.

Wie kommt ihr mit dem Geld aus, und was werden dabei die 30 DM mehr im Monat ausmachen?

Die 30 DM, die es ab Oktober geben soll, sind durch Fahrpreis- und Kantinene rhöhungen in diesem Jahr schon weg. Immer mehr Leute müssen ihr Auto verkaufen. Viele habe n nach einem halben oder dreiviertel Jahr schon 1 500 bis 2 000 DM Schulden, meist bei den El tern. Die 30 DM helfen uns da nicht – was wir brauchen, ist die Weiterzahlung des Lohns, d en wir vorher hatten. Denn auch Soldaten, die vorher 2 – 3 000 DM gespart hatten, habe n nach einem Jahr gar nichts mehr.

Was sagen die Soldaten, was man gegen das „30-DM-Angebot" machen kann?

Wir haben über das 30-DM-„Angebot" diskutiert. Dabei haben viele Soldaten gesagt, man solle weniger arbeiten für dieses Spottgeld. Sie lassen sich auch nicht dadu rch beirren, daß dieser Hungersold Tradition hat: Im Jahr 1900 hatte ein Schütze 10,50 Mark i m Monat, das waren etwa 16 % des durchschnittlichen Lohnes eines Facharbeiters; 1935 waren es 15 Mark Sold, etwa 11 % eines Facharbeiterlohnes. Heute sind es 165 DM, etwa 9 % eines Bruttolohnes. . Diese Tradition muß durchbrochen werden. Denn sie hat immer den Fabrikbesitzern genutz t, und die Unterdrückung und der niedrige Sold ist für die Vorbereitung der beiden Weltkriege genutzt worden. Denn es ist ja so, daß der niedrige Sold uns zwingt, in der Kaserne zu b leiben. Er trennt einen von Freunden, Eltern und Kollegen, vom Rest des Volkes. Die Soldaten haben das erkannt und wollen Aktionen gegen das 30-DM-Angebot machen. Deshalb wird es notwendig se in, die Kantinenpreiserhöhungen zu bestreiken und dabei unsere Forderungen nach Lohnfortzahlung bei den Soldaten zu verankern und die Unterstützung der Bevölkerung und dabei besonders der Arbeiter und der Gewerkschaften zu gewinnen.

Sofortige Freilassung von H. Kaiser!

Die Forderungen: Lohnfortzahlung in der Armee und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten, sowie: Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser und Uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht findet immer weitere Verbreitung und Unterstützung, das zeigen die weiteren Erklärungen und Resolutionen, die seit der letzten Ausgabe der KVZ eingegangen sind:

Unterschriftensammlung des SRK Kassel bei der „documenta 6" mit 70 Unterschriften von Arbeitern, Bauern, Schülern und Studenten; vier Schüler der Inlingua-Sprachschule des Seminars „Totale Institution" am Fachbereich Sozialwesen der FH Münster mit 8 Stimmen bei einer Gegenstimme; 45 Teilnehmer der Veranstaltung „Rechte und Pflichten der Soldaten" des SRK Mittelhessen; AStA der Sporthochschule Köln; Fachschaft Kunst an der PH Köln; 110 Teilnehmer der Veranstaltung „Rechte und Pflichten der Soldaten" des SRK Köln; 50 Teilnehmer der Veranstaltung „Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und unsere Antwort darauf" der KSO Giessen; zwölf Werktätige und Studenten, die sich jede Woche in Freimann (München) zum Volleyball und Fußball treffen; Asta der Fachhochschule Hannover, Fachbereiche Architektur und Bauingenieurswesen; sieben Teilnehmer des KVZ-Lesekreises der KBW-Zelle Achim, Bezirk Bremen/Unterweser; das Chilekomitee Kiel einstimmig; die Teilnehmer des Kanuleplenums (Medizinergruppe) mehrheitlich bei 23 Anwesenden; 13 Schüler der Max Eytl-Berufsschule in Kassel; das Komitee gegen den § 218 Pforzheim; acht ÖTV-Mitglieder in den Städtischen Krankenanstalten Karlsruhe, 11 von 14 Schülern der Flachdruckerklasse der Gutenbergschule Stuttgart; die Teilnehmer des Afrika-Festes am 14.5. in Osnabrück, zehn Unterschriften bei der Agitation des SRK München in der Fußgängerzone; sechs von acht Teilnehmern eines Englisch-Kurses an der Volkshochschule München; fünf Beschäftigte an der Freien Universität Berlin; Die Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke Lübeck einstimmig bei 26 Anwesenden.

Offiziers-Feier in rustikaler Dekadenz

Braunschweig. Von Zeit zu Zeit hat das Offizierskorps das Bedürfnis, seinen Status zu repräsentieren. Anfang Juni lud man zu einem Fest des PzGrenBtl 23 in der Hindenburg-Kaserne zu Braunschweig im rustikalen Stil ein, für das eine einwöchige Vorbereitung nötig war. In der Praxis sah das so aus, daß ca. 10 bis 15 Soldaten einer Kompanie als Aufbaukommando aus dem Dienstplan herausgenommen wurden, obwohl aufgrund seiner Wichtigkeit keinem Soldaten der Kompanie Urlaub gewährt wurde. Diese Tatsache unterstreicht wohl die Bedeutung, die ein solches Fest hat.

Das Fest selbst war sichtbarer Ausdruck der Verfaultheit und des Parasitismus dieses Bourgeoispacks. Da wurden z.B. zwei Soldaten als „Amourjünglinge" hinbefohlen, die die Aufgabe hatten, zwei Töchter eines Schloßbesitzers zu „betreuen". Einer der beiden Soldaten sagte: „Man fühlt sich wie eine männliche Hure." Weiterhin stellte man zwei Soldaten in Landsknechtsuniform (mit Hellebarden) zwei Stunden als Empfangsposten auf. Von diesem Einfall war man im Besucherkreis sehr entzückt, wie man aus einigen Äußerungen entnehmen konnte. Bei flackerndem Fackelschein spazierten dann gesetztere Damen ums Feuer wie Mücken ums Licht.

Auch für das leibliche Wohl war gesorgt. Zwei Spanferkel und Hunderte von Schnitzeln waren bereitgestellt. Sah man sich später die abgefressenen Teller an, so fiel auf, daß man dem Nährwert des Fleisches wohl nicht viel Bedeutung beimaß, da so viele Reste übrigblieben, daß man ohne weiteres für ein ganzes Bataillon die Fleischeinlage zur Suppe gehabt hätte. Die Getränke wurden in üppiger Weise ganz im Stile der guten alten Zeiten von eigens dafür geborgten Pferdewagen als „Marketenderwaren" dargereicht. Die Soldaten, die das Ganze durch ihre Arbeit erst zustande haben kommen lassen, wurden dabei des öfteren gebeten, doch im Hintergrund zu bleiben, um den festlichen Eindruck nicht zu verwischen. – (SRK Östliches Niedersachsen)

Spanien: Große Koalition zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse

Der spanische Ministerpräsident Suarez hat erklärt, daß er mit der sozialdemokratischen PSOE keine große Koalition, keinen Sozialpakt schließen, sondern eine Minderheitsregierung bilden wird. Zu diesem Zweck hat der ehemalige Generalsekretär der faschistischen Falange aus den 12 Parteien, die sein Wahlbündnis bildeten, die neue Partei „Union des demokratischen Zentrums“ gemacht. Die alten faschistischen und reaktionären Kräfte hängen sich einen neuen Mantel um, um die Massen, die eine Änderung der Herrschaftsverhältnisse fordern, zu täuschen. Seine reaktionäre Allianz nennt er „Mitte-Links-Regierung“. Offen wird die große Koalition mit den Sozialdemokraten nicht gebildet, weil die spanische Bourgeoisie und die Imperialisten fürchten, daß dann der bürgerlich demokratische Betrug zu rasch platzt und der selbständige Kampf der Massen sich entwikkelt. Die US-Imperialisten haben 700 Millionen Dollar und die BRD-Imperialisten 500 Millionen DM Kredite in Aussicht gestellt. Bereits heute muß die spanische Arbeiterklasse zur sonstigen Ausbeutung einen jährlichen Zinsendienst von 1,5 Milliarden Dollar an die Imperialisten tragen. Um sie zum Stillhalten zu zwingen, wird jedoch die große Koalition in der Praxis gebildet. „Der Empfang des Sozialisten Gonzales durch Suarez zeigt, daß eine Übereinstimmung mit den Sozialisten ... gesucht wird. Sie wäre für das Land äußerst wichtig, weil schwer abzusehen ist, wie die gegenwärtige Inflationswelle eingedämmt werden kann, wenn die Arbeiter sich nicht bereit zeigen, ihre Lohnforderungen zu mäßigen“, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“, Organ der westeuropäischen Finanzbourgeoisie (1.7.77). Hocherfreut sind sie darüber, daß Gonzales, der Führer der sozialdemokratischen PSOE, nur zu gern dazu bereit ist und damit ihre Profite gesichert scheinen. In einem Interview im ZDF am 1.7. erklärte er:

„Unsere Opposition wird ... konstruktiv sein ..., um die großen Probleme des Landes zu lösen ... Was ... die Wirtschaft betrifft, da sind wir bereit, uns weitgehend an den Gegebenheiten zu orientieren. Das wirtschaftliche Sanierungsprogramm ist ganz ohne Frage nötig.“ Einige Versprechungen über Sozialversicherung und Besteuerung der Reichen sollen den Betrug ermöglichen. „Wir verlangen ... einen Sanierungsplan, von dem wir unserem Volk mit Recht sagen können, es wird in zwei Jahren für die Opfer belohnt, die man ihm jetzt auferlegt.“

Ohne den vollständigen Abzug der französischen Truppen keine vollständige Unabhängigkeit für Djibouti

Ohne den vollständigen Abzug der französischen Truppen keine vollständige Unabhängigkeit für Djibouti

Der erzwungene Rückzug Frankreichs als Kolonialmacht aus Djibouti am Osthorn Afrikas und die formelle Unabhängigkeitserklärung Djiboutis ist Ergebnis des Kampfes der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus.

Die völlige Unabhängigkeit Djiboutis ist jedoch noch nicht erkämpft: 6 220 französische Soldaten und 450 Fremdenlegionäre sind noch im Lande stationiert und müssen vertrieben werden. Über den Zweck der Anwesenheit der Truppen und Söldnerhorden schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Von Djibouti aus können diese Legionäre ebenso wie die regulären Truppen als Feuerwehr schnell an den afrikanischen Krisenherden eingesetzt werden, wie Frankreich dies von seinen früheren z.T. noch bestehenden Truppenstützpunkten in den Republiken Senegal, Tschad, Elfenbeinküste und Kongo-Brazzaville immer dann zu tun pflegte, wenn ein afrikanischer Präsident mit Unruhen in seinem Land nicht mehr fertig wurde und Paris um Hilfe bat.“

Dazu kommt die Rolle Djiboutis als Flottenstützpunkt in der Nähe des Mittelmeeres und direkt am Indischen Ozean.

Mit neidischem Wohlgefallen betrachten die westdeutschen Imperialisten die Anwesenheit der französischen Truppen in Afrika. Besorgt blicken sie jedoch in die Zukunft, wie lange die Imperialisten ihren Stiefel noch auf diesen Teil Afrikas setzen können. Die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt: „Die Ablehnung Giscards (aber), am Unabhängigkeitstag in Djibouti zu sein, weist darauf hin, daß Frankreich sich nicht mehr fest auf diesen Stützpunkt verläßt.“ Verlassen kann: das Volk von Djibouti strebt nach vollständiger Unabhängigkeit. Daß die Regierung von Djibouti mit ihren ersten Maßnahmen sämtlichen Schiffen Israels die Landung im Hafen von Djibouti untersagte, hat die Sorge der Imperialisten weiter geschürt.

Großbritannien: Streikbewegung für gewerkschaftliche Freiheiten

Schwer beunruhigt ist die westdeutsche Bourgeoisie über die Entwicklung des Klassenkampfes in England. „Seit Wochen wiederholt sich im Nordlondoner Stadtteil Willesden vor den Grunwick-Filmlabors Tag für Tag das gleiche abstoßende Schauspiel: Hunderte von Männern und Frauen empfangen die Busse, die die Belegschaft zur Arbeit bringen, mit Gebrüll, groben Beleidigungen und dem Versuch, ihnen den Weg zu verlegen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.6.1977) In Wirklichkeit verlegen die streikenden und daraufhin entlassenen Grunwick-Arbeiter den vom Kapitalisten angekarrten Streikbrechern den Weg. Mit Entsetzen erfüllt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, daß sie nach elf Monaten Streik nicht resignieren oder weiterhin mit Protestplakaten auf der Seite stehen und zusehen, wie sie vom Kapitalisten aufs Kreuz gelegt werden, sondern den Boykott organisieren, um die Produktion zum Stillstand zu bringen. Beunruhigt sind sie, daß sie dabei im ganzen Land die Sympathie und aktive Unterstützung der britischen Arbeiter finden und überall die selbständigen Streiks zunehmen. Immer weniger lassen sich die britischen Arbeiter durch die Sozialdemokraten in der Regierung und den Gewerkschaftsführungen mit der verlogenen Parole vom Lohn- und Preisstopp zur Sicherung der Arbeitsplätze zum Stillhalten bei der Senkung ihres Lebensniveaus zwingen. Jahr für Jahr ist es um 10% gefallen, auch im Jahr, das mit April 1977 zu Ende ging, stiegen die Preise um 17,5% und die Löhne um 7,5%, die Arbeitslosenziffern haben mit 1 450 000 den Höchststand seit 30 Jahren erreicht. Im April streikten die Belegschaften von British Airways, in mehreren Werken die Arbeiter des größten Stahlwerks, Port Talbot, die Hubschrauberpiloten legten den Verkehr zu den Bohrinseln in der Nordsee lahm und versetzten die Labour-Regierung in helle Aufregung, die die Tage bis zu den Öleinnahmen zählt, mit denen sie hofft, aus der Krise zu kommen. Außer den Grunwick-Arbeitern streiken derzeit 1 200 Mechaniker einer der größten Aufzugfabriken Englands, und der machtvollste Streik ist der der 16 000 Ford-Arbeiter. Die Imperialisten fürchten die selbständigen Kämpfe der Arbeiterklasse, der nationale Gewerkschaftsverband TUC sah sich bereits vor einer Woche gezwungen, in den Verhandlungen mit der Regierung eine Erneuerung des Lohnstopps um ein drittes Jahr abzulehnen. Durch gesetzliche Maßnahmen wollen die Kapitalisten und ihre Regierung die Arbeiterbewegung stärker unterdrücken, und selbsttändige Streiks sollen verboten werden.

„... Man wird also das Gesetz straffer und klarer fassen müssen, nicht zuletzt im Interesse der gemäßigten Gewerkschaften. Noch mehr müßte auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsrechts geschehen: Tarifverträge müßten bindende Kraft, Gewerkschaften stärkere Mittel gegen wild Streikende in die Hand bekommen.“

Die britische Bourgeoisie hat bei der westdeutschen allerhand Schulden machen müssen, und letztere sind mit Kapitalexport in Großbritannien im Geschäft. Das erklärt den gebieterischen Ton, mit dem die westdeutschen Bourgeois ihre „Sorgen“ vortragen.

16 000 Ford-Arbeiter im Streik

„Was wollen wir? 80% Bezahlung für Arbeitsausfall.“ Die bürgerliche Presse versucht die britischen Arbeiter als verrückt hinzustellen, die wegen eines einzigen störrischen Arbeiters die ganze Produktion lahmlegen. Tatsächlich jedoch schicken die Ford-Kapitalisten, wenn eine Abteilung streikt, die Arbeiter anderer betroffener Abteilungen nach Hause, ohne einen Lohnausgleich zu bezahlen. Damit wollen sie Kosten sparen und die Arbeiter gegeneinander ausspielen, um ihren Kampf zu brechen. Der jetzige Streik nahm den Ausgang mit einem dreitägigen Arbeitsverbot, einer in England möglichen Disziplinarstrafe, gegen einen nigerianischen Arbeiter, der sich gegen die verschärfte Arbeitshetze auflehnte und sich weigerte, an einer veralteten Maschine die geforderte Stückzahl zu produzieren, sondern das Tempo selber bestimmte. 17 Kollegen solidarisierten sich mit ihm und legten die Arbeit nieder. Infolgedessen sperrten die Ford-Kapitalisten nach und nach 16 000 Arbeiter aus. Als der Streik andauerte und die Aussperrung niemand einschüchterte, sich vielmehr auch auf alle englischen Werke und die Werke sonst in Westeuropa auswirkte, bekamen sie es mit der Angst und erklärten sich bereit, den nigerianischen Arbeiter an eine moderne Maschine zu stellen. Sie hoben die Aussperrung auf. Die Ford-Arbeiter sollten wieder Mehrwert produzieren. Diese streiken aber weiter, für die Durchsetzung von 80% Lohnausgleich für die ganze verlorene Zeit und ein für allemal in Zukunft. „Jahrelang sind wir wie Vieh behandelt worden, man hat uns in die Fabrik und aus der Fabrik getrieben,

aber weiter, für die Durchsetzung von 80% Lohnausgleich für die ganze verlorene Zeit und ein für allemal in Zukunft. „Jahrelang sind wir wie Vieh behandelt worden, man hat uns in die Fabrik und aus der Fabrik getrieben,

wann immer die Firma es wollte“, sagte Razvi, ein Vertrauensmann. Vor der Streikzentrale steht: „Wir sind keine Gelegenheitsarbeiter.“

Der Streik der Grundwick-Arbeiter

Auch den Streik der Grunwick-Arbeiter stellen die Bourgeoisjournalisten als Beispiel „britischer Verschrobenheit“ hin, als Sonderfall übertriebenen Widerstandes gegen einen besonders rückständigen Ausbeuter. Dabei führen sie jedoch einen Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte der ganzen Arbeiterklasse. Der Streik begann im August 1976 mit der Entlassung eines Arbeiters, weil er gegen die Antreiberei durch einen Manager protestierte. Grunwick beutet zumeist Frauen aus ehemaligen Kolonien aus. Eine indische Arbeiterin solidarisierte sich mit dem Kollegen und verließ den Arbeitsplatz. „... die einzige Antwort auf die Behandlung ist die, daß wir uns zu einer Gewerkschaft zusammenschließen“, sagte sie zu den anderen Arbeitern. Wie die meisten anderen verdiente sie bei 50 Wochenstunden etwa 150 DM, Überstunden waren Pflicht, 2 Wochen Urlaub gab's nach einem Jahr und nicht in den Sommermonaten, gewerkschaftliche Organisierung und Tätigkeit im Betrieb war verboten. Am nächsten Tag folgten ihrem Beispiel 137 Arbeiter. Als sie sich der APEX (einer Angestelltengewerkschaft) anschlossen und diese sofort

Breite Unterstützung für die Streikposten bei Grunwick. 30000 Londoner Postarbeiter stimmten für Versandblockade, Drucker in Bristol verdruckten 1 Million Pakete für Grunwicks Versandgeschäft.



Breite Unterstützung für die Streikposten bei Grunwick. 30000 Londoner Postarbeiter stimmten für Versandblockade, Drucker in Bristol verdruckten 1 Million Pakete für Grunwicks Versandgeschäft.

den Streik zu einem offiziellen erklärte, entließ der Grunwick-Kapitalist alle Arbeiter und weigert sich hartnäkkig, sie wieder einzustellen, die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb zuzulassen und die Gewerkschaft als Verhandlungspartner für die Belegschaft anzuerkennen. Er nutzte das gewaltige Arbeitslosenheer und die besonders elende Lage der Ausländer aus, um die Produktion mit neu geheuerten Arbeitern, denen er 15% und inzwischen 25% mehr Lohn zahlt, weiterzuführen. Das Streikkomitee und die APEX riefen deshalb zum 13. Juni alle britischen Arbeiter auf, die Streikposten massiv zu unterstützen und gegen das Werk eine Blockade zu verhängen.

Die Kapitalisten und ihre Labour-Regierung antworteten mit dem Einsatz mehrerer Hundertschaften Polizei, damit diese die Zufahrt freiprügeln. Ihre Rechnung, den Streik rasch zu zerschlagen, verkehrte sich ins Gegenteil. Der Zusammenschluß der britischen Arbeiterklasse wächst von Tag zu Tag.

Aus zahlreichen Betrieben, bis zu Delegationen der Bergarbeiter aus Yorkshire, Ulster und Schottland, zeitweise über 2 000, kamen den Grunwick-Arbeitern zu Hilfe. Ein Ausschuß der Londoner Postgewerkschaft hat trotz des Verbots der bürgerlichen Justiz und obwohl sich Jackson, der sozialdemokratische Führer der britischen Postgewerkschaft hinter das Verbot stellt, beschlossen, keine Post an den Grunwick-Kapitalisten, der als Versandunternehmen auf sie angewiesen ist, auszuliefern. Sie drohten außerdem mit einem generellen Poststreik, falls gegen Postarbeiter disziplinarische Maßnahmen ergriffen würden. Die Aktionswoche wirkt sich auch auf die in der Fabrik eingesetzten Streikbrecher aus, 11 Frauen schlossen sich dem Streik an.

Sie berichteten, daß sie in der Fabrik durch das Management unter massiven Druck gesetzt wurden. „Die Leute drin haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren ... Sie stimmten bei der in der Fabrik vom Management durchgeführten Abstimmung gegen die Gewerkschaft, weil Mr. Ward (der Geschäftsleiter) keine Zweifel daran gelassen hat, daß jeder, der anders stimmt, fliegt.“

Der selbständige Kampf der Arbeiter treibt die Widersprüche innerhalb des bürgerlichen Lagers voran. Um den Führungsanspruch zu behaupten, haben sich etliche reformistische und revisionistische Gewerkschaftsführer mit dem Kampf der Grunwick-Arbeiter solidarisiert. Der revisionistische Führer der Bergarbeitergewerkschaft Scargill aus Yorkshire rief zu einem Großeinsatz mit über 20 000 Arbeitern am 11. Juli auf. Der Generalsekretär der APEX, die Führer des nationalen Gewerkschaftskongresses TUC und der Premier Callaghan betreiben die Beschränkung der Streikposten auf 500 und ihre Kennzeichnung durch Armbinden. Callaghan: „Damit sie klar identifizierbar sind, zum Nutzen der Polizisten und jeder sonst, der die Situation auszunutzen sucht, von der Szene der Aktion ferngehalten werden kann.“ (Guardian, 24.6.77) Die Labour-Regierung hat den Grunwick-Kapitalisten aufgefordert, die gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb zuzulassen, dem Recht der Streikenden, Streikbrecher aufzuhalten, aber den entschiedenen Kampf angesagt. Die Grunwick-Arbeiter kämpfen weiter für ihre Interessen und das Recht der britischen Arbeiter, einen wirksamen Streik durchzusetzen. Das Streikkomitee lehnt die Entscheidung des APEX-Generalsekretärs rundweg ab und erklärte: „Wir wurden bei dieser Entscheidung nicht gefragt, und wir weisen die Ansichten von Roy

das Recht der britischen Arbeiter, einen wirksamen Streik durchzusetzen. Das Streikkomitee lehnt die Entscheidung des APEX-Generalsekretärs rundweg ab und erklärte: „Wir wurden bei dieser Entscheidung nicht gefragt, und wir weisen die Ansichten von Roy

Grantham über die Streikposten vollständig zurück. Die vorgeschlagene Taktik wird zur Niederlage der Gewerkschafter in der Streikkette führen.“ Es verurteilt das Spaltungsmanöver der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ruft die britische Arbeiterklase zur erneuten und verstärkten Unterstützung in den nächsten Wochen auf. Die Arbeiter der Drogerien, Elektrizitäts- und Gaswerke usw., die Grunwick versorgen, werden aufgerufen, den Postarbeitern zu folgen und den Betrieb lahmzulegen. – (Z-Red.)

Fortschritte im Kampf gegen Kernenergieprogramm in Österreich und in der Schweiz

Über 3 000 Arbeiter und Bauern, Schüler und Studenten demonstrierten am Samstag, dem 25.6.77, in der Schweiz gegen den weiteren Bau des Kernkraftwerkes Gösgen im Kanton Solothurn. 1 000 Polizisten mußte die Schweizer Bundesregierung einsetzen, um den Ansturm auf das Baugelände zurückzuschlagen. Es kam zu schweren Kämpfen zwischen der Polizei und den Demonstranten. Diese konnten die Polizeitruppen nicht durchbrechen.

Am gleichen Tag demonstrierten in Niederösterreich in Allenstein (Waldviertel) 3 000 gegen die geplante Lagerung von Atommüll auf dem nahegelegenen Truppenübungsplatz. Der „Arbeitskreis gegen Atommüll“, unterstützt von der „Initiative Österreichische Atomkraftwerksgegner“, hatte zur Manifestation aufgerufen. Der Kommunistische Bund Österreich hat diesen Kampfschritt unterstützt, mit dem die umliegenden Bewohner zusammengefaßt wurden.

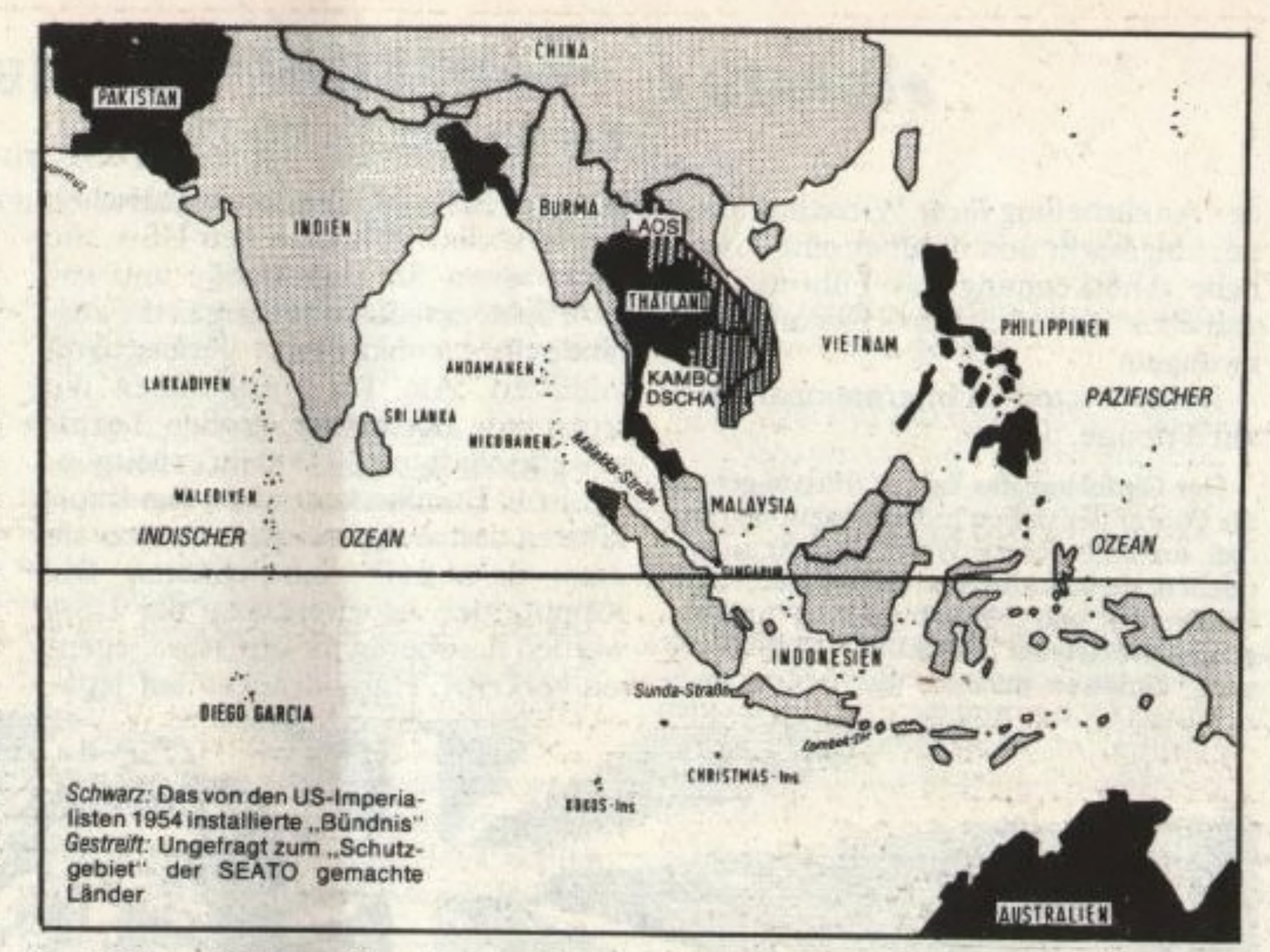
Der Widerstand hat sich in der letzten Zeit gut entwickelt. Die Bewegung wird hauptsächlich von den Bauern getragen, die gegen die Vernichtung ihrer Existenz kämpfen. Sie befürchten den Rückgang ihrer Erzeugnisse und den Rückgang des Fremdenverkehrs, der für sie eine wichtige Einnahmequelle bildet. Viele Bauern haben erkannt, daß von den Expertengutachten nichts zu halten ist, wonach die Lagerung vor allem aus geologischen Gründen ins Waldviertel mitten in den Truppenübungsplatz gelegt werden soll. Damit will die österreichische Bundesregierung gleich den nötigen Schutz vor den Volksmassen organisieren. In einem Flugblatt des Arbeitskreises wird die Verödung des ganzen Landstriches durch das kapitalistische Wirtschaftssystem angeprangert. Dagegen wird der Kampf organisiert. Allein seit Februar dieses Jahres haben in neun Gemeinden Versammlungen stattgefunden, um den Widerstand gegen die Atommüllagerung vorzubereiten.

Die Demonstration am 25.6. zeigte die Entschlossenheit des Volkes: Mehr als 150 mit Transparenten geschmückte Traktoren bildeten die Spitze des Zuges, dahinter folgten etwa 3 000 Demonstranten. Die Hauptlosungen waren: Waldviertel ja – Atommüll nein! Viele können viel erreichen – das Atomprogramm muß weichen! Wer den Atommüll uns beschert, ist keine Wählerstimme wert!

In den Reden wurde u.a. festgestellt: ‚Im Jahr 1938 wurden viele Gemeinden zwangsversiedelt, weil Hitler seinen Truppenübungsplatz baute. Ein zweites Mal lassen wir unser Land nicht zerstören.‘ Es wurde darauf hingewiesen, daß man auf die bürgerlichen Parteipolitiker nicht vertrauen könnte.

Das Volk wird darauf achten, daß die Bürgermeister, die zur Unterstützung der Forderungen gezwungen werden konnten, dabei bleiben. Ein Bauer sagte: ‚Wenn die Regierung nicht nachgibt, fahren wir nach Wien und leeren ihnen den Mist vor ihr Parlament.‘ – (Nach Bericht der Redaktion „Klassenkampf“, Zentralorgan des KBÖ)

Auflösung der SEATO – Erfolg der Völker Südostasiens



Schwarz: Das von den US-Imperialisten 1954 installierte „Bündnis"
Gestreift: Ungefragt zum „Schutzgebiet" der SEATO gemachte Länder

Zwei Ereignisse sorgten dafür, daß Südostasien in den letzten Wochen vermehrt Gegenstand imperialistischer Presseberichterstattung war: die Auflösung der SEATO (South-East Asian Treaty Organization – Südostasiatische Paktorganisation) und der Besuch des australischen Ministerpräsidenten Whitlam in Brüssel und Bonn, wo über Uranlieferungen Australiens an die westdeutschen und andere westeuropäische Kapitalisten verhandelt wurde.

Der SEATO-Pakt hat am 30. Juni seine „Tätigkeit eingestellt". Mitglied waren zuletzt die USA, Großbritannien, Neuseeland, Australien, Thailand und die Philippinen. Der Pakt wurde gegründet 1954, kurz nach der Niederlage der damals schon für den Krieg von den US-Imperialisten ausgehaltenen Franzosen in Dien Bien Phu gegen die vietnamesischen Befreiungsstreitkräfte. Als Instrument der imperialistischen Aggression vor allem des US-Imperialismus gegen die Revolution und das Streben nach Unabhängigkeit in den Ländern Südostasiens, für die Errichtung von Neokolonien und als Teil der versuchten Einkreisung und Isolierung der Volksrepublik China. Die Einstellung der Tätigkeit der SEATO ist keineswegs Folge einer „gemäßigteren Politik" oder der vom US-Imperialismus betriebenen „Entspannung". Vielmehr ist es Ausdruck der schweren Niederlage der US-Imperialisten in Vietnam, Laos und Kampuchea, der Entfaltung der revolutionären Bewegungen und des bewaffneten Kampfes der Volksmassen Thailands, Burmas, Indonesiens, Ost-Timors und Malaysias.

Unter dem starken Druck der revolutionären Massenbewegung und aufgrund der objektiven Interessen der Länder der Dritten Welt und der daraus resultierenden weltweiten Strömung wächst das Bestreben nach Unabhängigkeit, auch bei Regimes, die von den US-Imperialisten selbst eingesetzt wurden und strammstanden bei dem kleinsten Befehl aus Washington. Das indonesische Militärregime zum Beispiel, von den US-Imperialisten blutig an die Macht gebracht, ist Mitglied der OPEC geworden. Malaysia, Singapur, Indonesien verlangen die Hoheit über die Straße von Malakka, einer der bedeutendsten Seewege. Die philippinische Regierung stand kurz vor der Kündigung des Stützpunktabkommens mit den USA.

Diese Lage erfordert andere Methoden.

„Die USA sind und werden eine asiatische Macht bleiben", erklärte der amerikanische Außenminister Vance am Tag der Auflösung der SEATO. Die Drohung war eindeutig. Die anderen Methoden des US-Imperialismus bestehen statt im Aufbau eines Bündnisses in der indirekten militärischen Intervention über den Aufbau und die Ausrüstung von konterrevolutionären Armeen, über den Ausbau der vorhandenen Stützpunkte und das Anlegen getarnter Basen in Ländern, aus denen sie „offiziell" abgezogen sind bzw. abziehen, wie in Thailand. Dazu kommt eine Veränderung der Marinebewaffnung: Spezielle Interventionseinheiten, „Marine Amphibious Units", werden aufgestellt, die neben der entsprechenden Bewaffnung auf dem Schiff einschließlich Hubschrauber und Senkrechtstarter über alle Funktionen, die sonst von Stützpunkten bzw. Brückenköpfen an Land aus wahrgenommen werden müßten, vom Schiff aus verfügen, wie Führung, Versorgung usw.

Neben diesen Bemühungen lassen die US-Imperialisten nach dem Auslaufen der SEATO-*Tätigkeit* den SEATO-*Vertrag* in Kraft, und das bedeutet zum Beispiel die „Beistandsverpflichtung" des US-Imperialismus, also sein Interventionsrecht gegenüber Thailand. Instrument der Militärpolitik der US-Imperialisten ist dabei der ANZUS-Pakt zwischen ihnen, Australien und Neuseeland, der Stützpunkte und Hilfstruppen sichert.

Was die US-Imperialisten auf jeden Fall verhindern wollen und wo sie sich mit den anderen Imperialisten und den Sozialimperialisten *einig* sind, ist die Revolution in den „Dominostaaten" Südostasiens, wie die US-Imperialisten sie voller Furcht vor dem „Umfallen" eines „Dominos" nennen. Aber um die *Profite*, um derentwillen die Verteidigung gegen die Revolution stattfindet, findet heftigste Konkurrenz statt.

Vor allem um die fünf Länder geht es, die halbkreisförmig um die Halbinsel Indochina liegen: die Philippinen, Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand, also die Mitglieder der ASEAN (Vereinigung Südostasiatischer Nationen). Und Australien als Hinterland. Die Völker dieser Länder stehen aus mehreren Gründen im Mittelpunkt imperialistischer Rivalität:

– Die Länder sind alle *rohstoffreich*. Über den Reichtum Indonesiens zum Beispiel gerät ein Kommentator der „Länderberichte" der Commerzbank ins Schwärmen:

„Das indonesische Archipel verfügt über *reiche Bodenschätze.* (Hervorhebungen Commerzbank) Neben Erdöl und Erdgas werden u.a. Zinn, Bauxit, Nickel, Gold und Silber gefördert. (. . .) *Für die Bundesrepublik* ist Indonesien als Lieferant von *Zinn, Kupfer und Kautschuk* und als *Abnehmer für Investitionsgüter* interessant. Unter den ausländischen Investoren ist die Bundesrepublik jedoch vergleichsweise schwach vertreten",

stellt der Imperialist bedauern fest und titelt seinen Kommentar – um hier ändernd zu wirken – „Herausforderung an Pioniere".

Neben den Rohstoffen ist die *landwirtschaftliche Produktion* für die Imperialisten bedeutend.

– Arbeitskraft ist in großem Umfang und billig für die Ausbeutung zu haben. In den 5 Ländern leben 238 Millionen Menschen, davon sind mindestens (die Zahlen von den Philippinen fehlen) 98 Millionen „Erwerbstätige".

– Vor allem aber die *strategische Lage* dieser Länder läßt die Imperialisten heftig konkurrieren und ihnen gleichzeitig Schauer über den Rücken laufen, denken sie an die voranschreitenden Kämpfe der Volksmassen.

Die Inselregion ist ein natürlicher Sperrgürtel für die Passage vom Pazifik zum Indischen Ozean und umgekehrt. Durch die Malakka-Straße bzw. bei den Großtankern durch die Sunda-Straße *müssen* alle Schiffe, wollen sie nicht den teuren und langwierigen Weg um Australien herum machen. Durch diese Passagen führt deshalb auch der Weg des *Öls* aus Arabien und dem Iran nach Japan und der nordamerikanischen Westküste. In der „Zeitschrift für alle Wehrfragen" „Europäische Wehrkunde" heißt es in einem Artikel unter der Überschrift „Asien und das Öl":

„Die eigentlichen Schwierigkeiten aber liegen in der Frage des Öltransports (. . .). Deswegen haben die Seewege in der Verteilung dieser Ware die Schlüsselfunktion. Im Indischen Ozean gibt es zwei Engpässe. (. . .) Der erste Engpaß ist das rote Meer, ständiges Zielgebiet für Machtpolitik. (. . .) Der zweite Engpaß ist die Malakkastraße, die die Durchfahrt vom Indischen zum Pazifischen Ozean öffnet. In den letzten Jahren gab es dort nicht viel Unruhe. Singapur war mehr als ein Jahrhundert ein wichtiger Vorposten des Indischen Ozeans, dessen Verteidigung sorgfältig bedacht werden mußte. Die gegenwärtige Ruhe könnte täuschen. (. . .) Jede Bedrohung des Ölflusses würde fast mit Sicherheit zu einem Großbrand führen." (2/77)

„Die gegenwärtige Ruhe könnte täuschen", stellt der Autor richtig fest. Sie täuscht.

Die Passage sieht nicht nur Öltransporte. Sie sieht auch den Nachschub und die Vergrößerung der amerikanischen Flotte im Indischen Ozean und ihres Stützpunktes Diego Garcia mitten im Indischen Ozean wie auch den Auf- und Ausbau der sowjetischen Flotte im Indischen Ozean, die seit 1968 hier operiert und vom Pazifikhafen Wladiwostok aus versorgt wird.

Wegen der großen Bedeutung der Region für die Hegemonialpläne der Supermächte ist ihre Rivalität entsprechend heftig, ist die Vorbereitung auf einen Krieg fortgeschritten. Die Sozialimperialisten wollen in das Gebiet, bisher vom US-Imperialismus beherrscht, eindringen, um es selbst zu beherrschen. Neben dem Ausbau ihrer Kriegsflotte im Indischen Ozean betreiben sie den schwungvollen Ausbau einer Handelsflotte allein für Südostasien. Erstens bringt sie Profit, und zweitens ist sie über Spionage, Reparaturverträge in Werften usw. Vorausabteilung einer auf Stützpunkten stationierten Kriegsflotte, die die Sozialimperialisten anstreben.

Im Herbst haben die Sozialimperialisten zu diesem Zweck versucht, etwas abseits, aber doch in der Nähe, Bunkerrechte für ihre Kriegsflotte zu erhalten – auf den Tonga-Inseln. Die Sozialimperialisten haben sich nicht durchsetzen können. Stattdessen hat ein Konkurrent mit Tonga einen „Freundschaftsvertrag" verlängert: die BRD-Imperialisten. Sie beginnen eine selbständige Politik im Pazifik. Wie die japanischen Imperialisten nutzen sie die Widersprüche zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Supermächten.

US-Außenminister Vance sagte in der erwähnten Erklärung am Tag der Tätigkeitseinstellung der SEATO, „von allen Freunden und Verbündeten der USA in Asien sei keiner wichtiger als Japan" (Süddeutsche Zeitung, 1.7.). Die japanischen Imperialisten werden sich über diese Ankündigung „besonders intensiver" Beziehungen nicht freuen. Der US-Imperialismus benutzt sie als Kettenhund in Asien, ähnlich wie den BRD-Imperialismus in Westeuropa, und sorgt gleichzeitig dafür, daß sie in der Konkurrenz nicht zu forsch sind. Die japanischen Imperialisten brauchen die Rohstoffe Südostasiens wie zum Beispiel Öl aus Indonesien und die Lebensmittel. Die Expansion im pazifischen Raum ist für die selbständige Politik der BRD-Imperialisten von entscheidender Bedeutung. Mit dem australischen Ministerpräsidenten Fraser haben sie Uran-Lieferungen vereinbart, gegen den Willen der US-Imperialisten, die das australische Uran den gleichen Verkaufsbedingungen unterworfen sehen wollen, die sie Kanada diktiert haben. Selbständige Rohstoffversorgung, gerade mit Rohstoffen wie Öl und Uran, stärkt die westdeutschen Imperialisten gegenüber ihren Oberherren.

Seit mehreren Jahren betreibt der BRD-Imperialismus eine offensive Politik gegenüber Indonesien, dem mit 135 Millionen Einwohnern größten ASEAN-Land. Der westdeutsche Bundes-Nachrichtendienst war direkt am Sturz Sukarnos und der Errichtung des Suharto-Regimes beteiligt. Waffen werden in größerem Umfang geliefert, momentan wieder zwei U-Boote mit Bundesbürgschaften für 250 Millionen DM gebaut. Indonesien sei „Quelle billiger Arbeitskraft und auf der anderen Seite ein potentieller Markt für Industrieprodukte", erklärte der Kapitalist Franz Burda jr., der es wissen muß. Schließlich ist er indonesischer Wahlkonsul.

„Vielfältige natürliche Ressourcen, eine große Bevölkerung und eine pragmatische Wirtschafts- und Außenpolitik machen Indonesien zu einem langfristig interessanten Markt. Für deutsche Investoren ergeben sich eine Reihe bislang noch ungenutzter Möglichkeiten"

heißt es in dem Commerzbank-Länderbericht. (4/76)

Diese „bislang noch ungenutzten Möglichkeiten" werden auch Axel Springer bewogen haben, eine Serie unter dem Titel „Die standhaften Dominos" für die „Welt" schreiben zu lassen. Trotz tausender unbewachter Grenzkilometer, so stellen die bürgerlichen Journalisten in dem entsprechenden Bericht über Thailand fest, sei der „Domino Thailand" „weder von draußen noch durch den Ausbau subversiver Brückenköpfe umzustoßen". Stattdessen:

„Doch der Domino könnte durch die inneren Erschütterungen in diesem Land, etwa durch eine Folge schwächlicher und ruinöser Regierungen, durch soziale, von rechts wie links radikalisierte, explosive Unruhen, durch Unregierbarkeit und Anarchie in den Städten schließlich fallen." (Die Welt, 27.6.77)

Die „Welt"-Journalisten haben recht. Das thailändische Volk befreit sich selbst. Man merkt den Imperialisten die Furcht an. – (Z-Red.)

1954 Entscheidende Niederlage der französischen Imperialisten bei Dien Bien Phu gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte. Genfer Indochina-Konferenz. Beginn der direkten US-Aggression gegen Vietnam durch Sabotagetrupps und Militärberater.

8. September 1954 Gründung der SEATO (South East Asian Treaty Organization – Südostasiatische Paktorganisation) auf der *Konferenz von Manila,* durch die USA, Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Philippinen, Thailand. Der Vertrag sieht Konsultations*pflicht* vor im „Falle von Bedrohung" entweder durch Waffengewalt *oder durch „Subversion"*. Kambodscha, Laos, Südvietnam werden ungefragt der „Beistandsverpflichtung" „passiv" unterstellt, also zum Interventionsgebiet der beteiligten Imperialisten gehören.

8. bis 24. April 1955 Bandung-Konferenz in Bandung auf Java. Erste Konferenz der Länder der Dritten Welt. In den „Grundsätzen freundschaftlicher Zusammenarbeit" richtet sie sich gegen Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und fordert zum „Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen einer der Großmächte dienen", auf.

1962 Ein Bataillon US-Marineinfanterie wird als SEATO-Truppe nach Thailand verlegt gegen einen angeblichen „nordvietnamesischen Vorstoß".

23. Juni 1962 Die laotische Regierung erklärt, sie erkenne die „Schutzverpflichtung" der SEATO Laos gegenüber nicht an.

1963 16 000 US-Soldaten in Vietnam.

15. April 1964 Kambodschas Staatsoberhaupt Norodom Sihanouk erklärt, sein Land sehe den ihm auferlegten „Schutz" als Bedrohung an, und fordert die formelle Ausklammerung aus dem Vertrag.

1964 Luftangriffe auf Nordvietnam, Laos.

3. bis 5. Mai 1965 Erneutes Ersuchen Kambodschas an die Ratstagung der SEATO auf Ausklammerung aus dem „Schutz". Die Ratstagung stellt durch ihren Präsidenten fest, eine solche Entlassung sei „überflüssig", da Schutzaktionen nach dem Vertrag lediglich auf Ersuchen des betreffenden Landes selbst unternommen werden könnten.
Pakistan erklärt auf der Ratstagung der SEATO, es könne in der Vietnam-Frage der Haltung des Rates nicht zustimmen, es sei für eine Verhandlungslösung.
Inzwischen 194 000 US-Soldaten in Vietnam – Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kambodscha und den USA, nach dauernden Grenzverletzungen durch US-Truppen und südvietnamesische Truppen des Marionettenregimes seit 1962.

1966 459 000 US-Soldaten in Vietnam, schwere Bombardierung des ganzen Landes.

1970 Putsch der US-Imperialisten in Kambodscha, Einsetzung der Marionette Lon Nol, Einmarsch der US-Truppen und Truppen des südvietnamesischen Marionettenregimes.

1972 Die französischen Imperialisten erklären ihren Austritt aus der SEATO, nachdem die Niederlage des US-Imperialismus unübersehbar war.

1973 Gegen die vom Sozialimperialismus unterstützte indische Aggression gegen Pakistan forderte Pakistan die Unterstützung der SEATO, die die US-Imperialisten verweigerten. Pakistan tritt daraufhin aus der SEATO aus.

1975 Niederlage und Hinauswurf der US-Imperialisten aus Vietnam, Laos, Kampuchea.

1976 Reduzierung der US-Truppen in Thailand. Erklärung der philippinischen Regierung gegen die US-Stützpunktpolitik, trotzdem Verlängerung des Stützpunktabkommens. Putsch in Thailand durch die US-Imperialisten.

30. Juni 1977 Auflösung der SEATO.

Die US-Imperialisten wollen Indochina

Seit die Völker Indochinas für Unabhängigkeit und Selbständigkeit kämpfen, vergeht kaum ein Tag, wo nicht in den bürgerlichen Zeitungen eine Hetze gegen den gerechten Kampf der Völker Indochinas geführt wird. Seit es dem kampucheanischen Volk gelungen ist, 1975 den US-Imperialismus aus dem Land zu jagen und das Volk von Kampuchea im Vertrauen auf die eigene Kraft mit Riesenschritten das Land aufbaut, ist Kampuchea das erklärte Hetzziel der bürgerlichen Schreibknechte.

Kampuchea liegt im Herzen Indochinas, von ihm geht eine gewaltige revolutionäre Kraft aus. Die kampucheanische Revolution zu zerschlagen und neue Interventionen im südostasiatischen Raum vorzubereiten ist Zweck dieser Kampagne. Dabei versuchen die Imperialisten über eine politische Isolierung Kampucheas ihrem Ziel näher zu kommen. Vergangene Woche meldete der Hessische Rundfunk, kampucheanische Truppen hätten Vietnam überfallen. Über Thailand erhoffen die Imperialisten wieder festen Fuß zu fassen in Indochina. Weil in Thailand der Kampf in den befreiten Gebieten voranschreitet, haben die Imperialisten durch den Militärputsch im vergangenen Jahr ein faschistisches Regime an die Macht gebracht. Seitdem versuchen die Imperialisten die Militärdiktatur als Friedensapostel hinzustellen und das Volk von Kampuchea als barbarische, raubende und mordende Menschenrudel. So stand in der „Abendpost Nachtausgabe" am 22.6.77 folgende Notiz:

„Auf wilde Ehe steht Todesstrafe. Wilde Ehe und Ehebruch können in Kambodscha mit dem Tod bestraft werden. Wie die Tageszeitung ‚Bangkok-Post' am Dienstag unter Berufung auf ein nach Thailand geflüchtetes kambodschanisches Ehepaar schrieb, seien seit dem Sieg der Roten Armee in Kambodscha Jugendliche wegen vorehelichem Geschlechtsverkehr von der Bevölkerung denunziert, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden."

Nicht von ungefähr lügt diese Drecksfeder, daß ausgerechnet Jugendliche zum Tode verurteilt würden. Die westdeutsche Jugend hat den Befreiungskampf der Völker Indochinas unterstützt und unterstützt heute ebenso den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Das ist der Bourgeoisie in Westdeutschland mehr als ein Dorn im Auge. Über angebliche rohe Unterdrückung der Jugendlichen in Kampuchea versucht sie die Jugendlichen in Westdeutschland unsicher zu machen in der Unterstützung der Revolution und sie für ihre Ziele zu gewinnen. Weiter wird geschmiert in dem Artikel:

„Strenge Saiten wurden von dem Regime auch für die ehelichen Beziehungen auferlegt. So dürfen die Flitterwochen nach der meist bei Kollektivzeremonien abgehaltenen Eheschließung nicht länger als zwei Tage dauern. Anschließend ist den Ehepartnern lediglich alle Monate ein kurzes eheliches Zusammenleben gestattet. Streitsüchtigen Ehepaaren werde zur Austragung ihres Zwistes Waffen gegeben, berichtete das geflohene Ehepaar."

Ein paar Tage vorher schreibt die „Neue Zürcher Zeitung":

„Ermordung kambodschanischer Flüchtlinge durch Rote Khmer. An der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha sind die stark verwesten Leichen von mehr als 50 Kambodschanern gefunden worden. Außerdem wurden an der Grenze . . . auf Pfählen aufgespießte Köpfe entdeckt."

„Hier kann man verstehen, daß die USA eingreifen", das soll bei solcher Art von Berichterstattung als Meinung der Leser herauskommen. Liest man in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 12.6.77 über die Hoffnung der Imperialisten, in Thailand fester Fuß zu fassen, so wird klar, daß die Bourgeoisie unbedingt das demokratische revolutionäre Kampuchea bekämpfen und vernichten muß:

„Die neue Regierung von Ministerpräsident Thania Kraivichien, die sich den Rükken durch das Militär abdeckt, unternimmt heute große Anstrengungen, diese Entwicklung (gemeint ist die Enteignung ausländischen Kapitals, Red.) wieder rückgängig zu machen . . . Bereits im November wurde ein neues Investitionsgesetz ausgearbeitet . . . Nach diesem Gesetz sind ausländische Firmen, die mindestens 2,5 Millionen Dollar investieren und mindestens 200 Arbeitskräfte beschäftigen, für fünf Jahre von allen Steuern befreit . . . Werden von einer ausländischen Firma mehr als 50% der Produktion ausgeführt und mehr als 600 Arbeitskräfte beschäftigt, kommt sie sogar für acht Jahre in Genuß der Steuerfreiheit."

Bei solcher Art von Profitaussichten und da in Thailand „Streiks und Arbeitsunruhen unter der neuen Regierung ausgeschlossen sind und die Löhne noch verhältnismäßig niedrig liegen", klopft den Imperialisten das Herz voller Erregung im Halse. Die US-Imperialisten wollen Indochina. Die Völker Indochinas wollen Unabhängigkeit und Freiheit. Dies unterstützen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf der ganzen Welt. – (Z-Red.)

Handelskrieg

Ein Blick in die US-Presse

„Protektionismus lehnen wir ab", hatten die sieben Imperialistenhäuptlinge auf ihrem Gipfeltreffen in London Anfang Mai verkündet, und den „freien Verkehr von Menschen und Waren" als ein Prinzip der von ihnen vertretenen „freien Welt" proklamiert.

Wir hatten damals in der „Kommunistischen Volkszeitung" geschrieben: „Protektionistische Maßnahmen gehören zur Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt wie der Spekulant zur Börse. In Zeiten der Ausdehnung des Weltmarkts gibt es davon etwas weniger, in Zeiten seiner Verengung gibt es mehr. Das Problem für die Kapitalisten eines Landes besteht darin, jeweils etwas mehr zu protektionieren als der konkurrierende Mehrwertjäger. Daher reden sie besonders viel vom Abbau der Handelshemmnisse, wenn sie diese Waffe schärfen wollen." (KVZ 19/1977)

Das hat sich bereits bestätigt. Im folgenden eine Übersicht zu dieser Entwicklung aus der US-Presse.

In der Zeit vor der Londoner Gipfelkonferenz unterstützten die internationalen Presseorgane der USA nach Kräften den Versuch der Carter-Regierung, von den Konkurrenten des US-Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt unbedingt die Offenhaltung ihrer Märkte für den „Freihandel" zu verlangen, und daher die Drohung mit protektionistischen Maßnahmen der USA als Druckmittel einzusetzen.

So die New York Times am 18.3.77 in einem Editorial *„US-Zölle, Weltweite Risiken"*:

„Hier geht es um mehr als die Zuckerpreise im Supermarkt oder die Arbeitsplätze von ein paar Tausend Zenith-Beschäftigten (Zenith ist ein führender Elektronik-Kapitalist in den USA – Red.) In Europa und den unterentwickelten Ländern gewinnen protektionistische Kräfte an Stärke. Wenn der Präsident sich in seinem Einsatz für den freien Welthandel schwankend zeigt, oder der Kongreß auf Schutzmaßnahmen für die amerikanische Industrie trotz Einwänden des Weißen Hauses bestünde, dann wäre eine Welle von Einschränkungen des Handels im Ausland als Vergeltung zu erwarten, wodurch die Weltwirtschaft in die Rezession zurückgeworfen werden könnte."

„Die einzige Art und Weise jedoch, wie die Welt mehr im Ausland verkaufen kann, ist, daß sie selbst mehr im Ausland kauft. Wenn die USA, als die bedeutendste Handelsmacht der Welt, diesen Weg vorangeht, mag das die übrige Welt schließlich bewegen, den Weg der wirtschaftlichen Wiederbelebung durch verstärkten Handel zu gehen."

Auf der Londoner Konferenz hat Carter das große Handelsbilanzdefizit der USA als eine Art neuen Marshall-Plan für die Konkurrenten, der der Ankurbelung ihrer Wirtschaft diene, hingestellt und darüber eine förmliche Anerkennung des Führungsanspruches des US-Imperialismus erzwungen.

James Reston im International Herald Tribune, 12.5.:

Der Gipfel und das Tal (. . .)Privat geben die Führer der sieben Industrienationen zu, daß, um eine sichere Weltwirtschaft zu erreichen, sie über die Rhetorik bloßer ‚Konsultationen' und ‚Harmonisierung' hinausgehen und sich auf ‚kollektive Beschlußfassung' einlassen müssen, was freilich eine Herausforderung an das ganze Prinzip und die Politik von Nationalstaaten bedeutet. Und zwar Beschlüsse nicht nur über internationale Wirtschaftspolitik, sondern über politische und ökonomische Entscheidungen im eigenen Haus, die immer mehr auch die Fragen von Inflation und Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern berühren."

„Präsident Carters erste Besteigung des Gipfels war ein herausragender Erfolg und er ist jetzt als der herausragende Führer der freien Welt akzeptiert, und zwar von einer ganzen Anzahl von Regierungsoberhäuptern, die skeptisch hierherkamen und beeindruckt nach Haus fuhren." (C. Sulzberger im International Herald Tribune, 14./15.5.)

Entscheidend für die Imperialisten ist die Mobilisierung der eigenen Arbeiterklasse für ihre Konkurrenzschlachten, um sie darin verheizen zu können. Es sind die reformistischen Gewerkschaftsführer in den USA, die Kampagnen für Importzölle und andere Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz geräuschvoll anführen. Am 13. April ließen die Vorstände der beiden großen Textilgewerkschaften 800 000 ihrer Mitglieder in 40 Bundesstaaten von den Kapitalisten zeitweilig aussperren, was sie dann als „Streik" bezeichneten. Die Kämpfe der Arbeiterklasse der USA werden darüber in ihr direktes Gegenteil verkehrt. Herabdrücken auf japanisches Niveau reicht den US-Kapitalisten nicht aus.

„Die Koreaner kommen . . ." Weißbekittelte Arbeiter in der neuen Industriestadt Kums produzieren alle zwölf Sekunden ein neues Fernsehgerät. In Dutzenden von beengten, schummerig beleuchteten Zellen im Pynghwa-Marktviertel von Seoul sitzen junge Mädchen, manche erst 12 oder 13 Jahre alt, auf harten Holzbänken und schneiden Kragen und Manschetten aus für einige Cents in der Stunde. Und halbwegs auf der anderen Seite der Erde, in Saudi-Arabien, arbeiten Trupps koreanischer Arbeiter in Überstunden von der Morgendämmerung bis Mitternacht . . .beim Bau des neuen Hafens von Jubail. Alle diese fieberhaften Aktivitäten, intensiv und verschieden wie sie sind, tragen zu dem bemerkenswerten Muster eines Wirtschaftswachstums bei." (Newsweek, 6.6.)

„Die Textil- und Bekleidungsarbeiter der USA sind im Ausstand, weil sie und ihre Unternehmer nicht mit den billiggenähten und -geschneiderten Waren aus Südkorea (32 Cts. die Stunde) und Taiwan (41 Cts. die Stunde) konkurrieren können. Wenn sie nichts von einem internationalen fair play bemerken, werden sie vielleicht beginnen, ausländische Waren auszusperren . . .und massive Restriktionen zu verlangen, die ihrerseits eine massive Vergeltung rund um den Globus herausfordern zum Schaden aller amerikanischen Konsumenten und Exporteure."

Wegen dieses „unfairen" Wettbewerbs zwischen US-amerikanischen und südkoreanischen bzw. taiwanesischen Arbeitern müsse der Vorschlag des US-Arbeitsministers Marshall ernsthaft geprüft werden, einen „Weltmindestlohn" von 1 Dollar pro Stunde zu vereinbaren.

„Hier treffen sich Mr. Marshalls Probleme der Arbeits- und Handelsbedingungen mit Präsident Carters Einsatz für die Menschenrechte." „Das wünschenswerte Ergebnis wäre dann nicht weniger Handel, sondern fairer Handel und faire Löhne."

So die New York Times in einem Editorial am 6.6. unter dem doppelsinnigen Titel „The Wages of Trade", was sowohl „Die Wagnisse des Handels" als auch „Die Löhne des Handels" heißt.



Während die Imperialisten sich gegenseitig mit Freihandelsbekenntnissen bombardieren, tragen sie ihre Konkurrenz mit Haken und Ösen aus. Der Handelskrieg entbrennt immer erbitterter. Die japanischen Elektromonopole mußten einer „freiwilligen" Kürzung ihrer Exporte an Fernsehern in die USA um über 40 % zustimmen. Das oberste US-Zollgericht zieht sogleich nach und belegt die japanischen Elektronikexporte (unter Berufung auf ein Zollstatut aus dem 19. Jahrhundert) mit einem Zusatzzoll in Höhe der Steuernachlässe, die die Exporteure von der japanischen Regierung erhalten. Auf einer Sitzung des GATT werden die USA deswegen von der Vereinigten Konkurrenz verurteilt.

Die US-Imperialisten ihrerseits beschuldigen die EG-Staaten und Japan, eine Geheimabmachung über die Begrenzung der japanischen Stahllieferungen nach Europa getroffen zu haben, mit dem Resultat, daß japanischer Stahl zu Dumpingpreisen auf den US-Markt strömt. Die US-Stahlindustrie fordert daher stürmisch Schutzmaßnahmen. Außer den Textilindustriellen fordern auch die Motorradproduzenten Schutz.

Bei alledem hat sich das Handelsdefizit der USA dramatisch weiter verschlechtert und bewegt sich auf einen Betrag am Jahresende von 27 Mrd. Dollar hin, mehr als alle OECD-Staaten zusammen im letzten Jahr hatten. Währenddessen steuert die japanische Monopolbourgeoisie einen Exportüberschuß von 14 Mrd. Dollar an.

Angesichts dessen gehen die US-Imperialisten zu einer Politik der offeneren Drohung mit protektionistischen Maßnahmen über – natürlich immer noch zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels.

In der New York Times vom 1. Juli hört sich dies so an:

„Wenn freier Handel weh tut (. . .) Freier Handel nützt den USA und ihren Handelspartnern (. . .) Das ist, was das Lehrbuch sagt (. . .) Aber was sollen die Vereinigten Staaten tun, wenn die offene Handelspolitik den Lebenstandard von Hunderttausenden Amerikanern zu zerstören verspricht . . .Die traurige Tatsache ist, daß die Anwälte des freien Handels keine realistischen und fertigen Alternativen vorzuschlagen haben. So müssen sie widerwillig anerkennen, daß die ‚freiwilligen Marktvereinbarungen' doch einigen Wert haben . . .Die am meisten durch Importe verwundbaren Industrien – wie Schuhe und Bekleidung – werden noch mehr Schutz in Zukunft brauchen. (. . .) Und eventuell wird es schwierig sein, den bedürftigsten Industrien unbegrenzten Schutz zu gewähren, während man ihn den großen Stahl- und Automobilindustrien verweigert." – (Z-Red.)

Die Theorie von der „sozialistischen Arbeitsteilung"

Eine Neuauflage der Monroe-Doktrin durch die Sozialimperialisten

Seit Jahren unternehmen die Sozialimperialisten große Anstrengungen bei der sogenannten „Wirtschaftlichen Integration" der Länder innerhalb des RGW. Die Absicht dieser von Chruschtschow begonnen und von Breschnew entwickelten Doktrin ist es, die anderen Mitgliedsländer des RGW völlig in den Machtbereich der SU-Wirtschaft einzugliedern. Diese Doktrin von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder" ist nicht neu. Eine solche Doktrin hatte schon der USA-Präsident Monroe 1823 gegenüber dem amerikanischen Kontinent aufgestellt, indem er verkündete, daß kein Staat Europas das Recht habe, sich in amerikanische Angelegenheiten zu mischen, auch nicht in Mittel- und Südamerika. *„Amerika den Amerikanern!"* war sein Schlachtruf, mit dem er die imperialistische Ausdehnung der USA auf den ganzen amerikanischen Kontinent eingeleitet hat. Ideologisch wurde diese Doktrin damit begründet, die Völker des ganzen amerikanischen Kontinents zu unterstützen, die gerade begannen, sich vom Joch des Kolonialismus zu befreien. Die ökonomische Auswirkung dieser Doktrin war und ist vielfach bis heute vollständig einseitige, auf Monokultur basierende Wirtschaft für die Länder Mittel- und Südamerikas, Ausplünderung der Rohstoffe durch die USA-Imperialisten, Durchdringung der Länder durch das USA-Kapital, Überschwemmung des Marktes durch USA-Waren.

Breschnews Doktrin hat keine andere Absicht und Wirkung. Ideologisch gefärbt durch ein rotes Mäntelchen, sich auf die revolutionären Erfolge der SU und der KPdSU unter Lenins und Stalins Führung stützend, gleichzeitig die reaktionäre Politik der räuberischen Zaren verfälschend (vgl. KVZ 22/77), versuchen die Sozialimperialisten, die Ausbeutung und Abhängigkeit der RGW-Staaten immer mehr voranzutreiben. Die SU-Imperialisten haben insbesondere über das 1971 im RGW verabschiedete „Komplexprogramm zur wirtschaftlichen Integration", wonach Produktion, Wissenschaft und Technik, Außenhandel, Währung und Finanzwesen aller RGW-Staaten innerhalb von ca. 20 Jahren allmählich „integriert" werden sollen, die RGW-Mitgliedsländer gezwungen, die Struktur ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu spezialisieren und so eine einseitige Wirtschaft heranzubilden, die ihre Abhängigkeit von der SU verstärkt:

„Die Zusammenarbeit bei der Erweiterung der Industrieproduktion fordert die zwischenstaatliche Spezialisierung und erlaubt es, die mit der UdSSR-Hilfe zu schaffenden Kapazitäten rationeller und effektiver zu nutzen, nämlich die entsprechenden Produktionsstätten auf den Bedarf nicht nur ihres Landes, sondern auch der SU und anderer Bruderländer auszurichten." (W. Morosow, Staatliches Komitee für Außenhandelsbeziehungen, in der Zeitschrift „Außenhandel", SU, Moskau)

„Die Spezialisierung und Kooperation in der Produktion in den führenden Wirtschaftszweigen wird mit den RGW-Ländern am aktivsten betrieben. Die SU schloß mit diesen Staaten über 100 mehrseitige Verträge ab, die Spezialisierungen und Kooperation bei der Produktion der verschiedensten Erzeugnisse, verschiedene Arten von Ausrüstungen, Transportmittel, Geräte, verschiedene chemische Produkte betreffen." („Außenhandel", 1/77)

„Die gemeinsame Einrichtung von Industriebetrieben und Objekten in der UdSSR bietet den beteiligten RGW-Ländern, also auch der UdSSR, die Möglichkeit, stabiler und für längere Zeit ihren Bedarf an dringend gebrauchten Gütern zu decken. Das alles erlaubt den RGW-Ländern, die Vorteile der Internationalen Arbeitsteilung besser zur Stärkung ihrer Wirtschaft und zur Vergrößerung des Wohlstandes der Völker der Länder zu nutzen." („Außenhandel", 9/76)

Das Ziel der Sozialimperialisten ist die Herausbildung von Monopolen, die den gesamten Markt des RGW beherrschen und mit denen sie Monopolpreise für ihre Waren erzwingen können. Gelungen ist den Sozialimperialisten das weitgehend bei den Rohstoffen und verschiedenen Energieträgern. Die Länder des RGW werden gezwungen, ihren Bedarf weitgehend über die SU zu decken, und werden so von dieser in Abhängigkeit gehalten:

„Wegen der strukturellen Eigenart der Wirtschaft der einzelnen sozialistischen Länder Europas, ihrer unterschiedlichen Versorgung mit eigenen Energieträgern und Rohstoffen und der unterschiedlichen Bedingungen für deren Gewinnung haben die Naturreichtümer der UdSSR entscheidende Bedeutung für die Versorgung der sozialistischen Länder in dieser Hinsicht." („Außenhandel", August 76)

„Der Hauptakzent lag auf einem langfristigen Komplexprogramm für die Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft, in der Brennstoff- und Rohstoffindustrie. Ihrer internationalistischen Pflicht treu liefert die UdSSR den Bruderländern große Mengen von Strom, von Brenn- und Rohstoffen und deckt in der Hauptsache den Bedarf dieser Länder." („Neue Zeit" 30/76, Moskau)

Bezahlen müssen die „Bruderländer" dann folgendermaßen:

„Die Beteilgung interessierter RGW-Länder am Bau von Rohstoff- und Brennstoffbetrieben in der UdSSR hat vielfältige Formen angenommen: Zweckgebundene Lieferungen, Bereitstellung von Devisen für den Kauf von Technik und Materialien, Bereitstellung von Arbeitskräften für den Bau u.a." („Außenhandel")

Die Ölpipeline „Freundschaft", das Elektrizitätswerk „Frieden" und das Gasleitungsnetz „Brüderlichkeit", die sich von der SU aus in die osteuropäischen Länder erstrecken, sind zum Hauptenergielieferanten dieser Länder geworden. Neben diesen Bestrebungen, die RGW-Staaten von der SU in Abhängigkeit zu halten, versuchen die Sozialimperialisten da, wo sie noch keine Monopolstellung haben wie bei seltenen Metallen oder strategischen Ressourcen, diese in die Hand zu bekommen:

„Die traditionelle sowjetisch-mongolische Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen hat jetzt besonders breite Dimensionen erlangt. Unter aktiver Teilnahme der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten entstehen in der Mongolischen Volksrepublik Industriebetriebe, Viehzuchtkomplexe und Wohnhäuser.

So manche Legende hat das mongolische Volk um das Erdenetijn-Obe (Hügel der Schätze) gewoben. In grauer Vorzeit, heißt es in einer alten Sage, haben mächtige Geister zwei Krüge – den einen aus Silber, den anderen aus reinem Gold – in einen riesigen Kupferkessel geworfen. Daher soll auch der Name dieses Berges stammen.

Jahrhundertelang verbarg der sagenumwogene Berg seine Schätze. Heute hat das mongolische Volk und die Kraft des sozialistischen Internationalismus diese Legende Wirklichkeit werden lassen. Erdenet ist das größte Bauobjekt des Landes. Hier wurden überaus reiche Kupfer- und Molybdänlager gefunden und jetzt entsteht ein großes Aufbereitungskombinat, dessen Produktion die Exportmöglichkeiten der MVR mehr als verdoppelt.

Das Kombinat ist ein gemeinsamer sowjetisch-mongolischer Betrieb. Die Sowjetunion finanziert einen Großteil der Arbeiten und liefert die Bautechnik. Sowjetische Spezialisten vermitteln ihre Kenntnisse und Erfahrungen an ihre mongolischen Freunde und helfen ihnen, komplizierte Maschinen zu meistern." („Neue Zeit" 43/76)

Die Sozialimperialisten erhöhen mit Hilfe der „wirtschaftlichen Integration" schrittweise die Kontrolle über den Außenhandel der RGW-Staaten, nutzen sie als Versorgungsbasis für bestimmte Waren und degradieren sie zu einem Markt, auf dem sie ihre Waren zu Monopolpreisen absetzen:

„Die Vorteile der sozialistischen Arbeitsteilung auf jede Weise nutzend, arbeitet die SU allseitig und mit großen Dimensionen mit den RGW-Ländern zusammen. 1976 belief sich der Warenumsatz der SU mit den RGW-Ländern auf 28,8 Mrd. Rubel oder 50,8 % des gesamten Außenhandels der SU." („Außenhandel")

Höhnisch veröffentlichen die SU-Imperialisten in ihrer Zeitschrift „Neue Zeit" (46/76) ein Gespräch von SU-Journalisten mit einem polnischen Parteisekretär eines Werkes:

„Als wir auf dem Baugelände des Hüttenkombinats Katowice waren, fragte einer von uns, der eine Schwäche für genaue Formulierungen hat, den jungen und energischen Parteisekretär des Bauvorhabens W. Kowalski, worin dieser die konkrete Äußerung der sowjetisch-polnischen Zusammenarbeit sehe. Unser Gesprächspartner gab eine lakonische, aber erschöpfende Antwort: ‚In allem'." – (Z-Red)

Sozialimperialismus und eurorevisionistische Variante

Verschärfung der Rivalität und Konkurrenz der imperialistischen Bourgeoisien – Die Spaltung des Revisionismus entwickelt sich gesetzmäßig und erfreulich

Santiago Carillo, Führer der revisionistischen KP Spaniens, veröffentlicht ein Buch, in dem er wie vor ihm bereits die französischen und italienischen Revisionistenführer seine Überlegungen zum Verrat an der Arbeiterklasse ausbreitet und feststellt, daß die Revisionisten als offensichtliches Anhängsel der Sozialimperialisten nicht an die Pfründe des bürgerlichen Staatsapparates herankommen. Ihre Ziele sind: Beteiligung an der Regierung, Mehrparteiensystem, Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft, Ablehnung der Diktatur des Proletariats. Ihre Kritik am Sozialimperialismus ist, er sei immer noch stalinistisch und das käme aus den besonderen Bedingungen der Revolution in Rußland. Carillo hat das ganze auf den Nenner gebracht:

In der Vergangenheit glaubten die Marxisten, daß es, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln, notwendig sei, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerstören. Heute glauben wir, daß man diesen Staatsapparat, ohne ihn mit einemmal zu zerstören, auf demokratische Art umwandeln kann. (...)

Der Sozialismus wird dem Markt noch eine Zeitlang Rechnung tragen, denn er ist eine Realität. Später wird man zu einem höheren Zustand gelangen, in dem Überfluß und Rationalisierung der Produktion so groß sind, daß man bei der Verteilung dem Markt nicht mehr Rechnung tragen muß. Das ist zwar noch ein Traum, aber was man heute schon ändern kann, ist das kapitalistische Eigentum an den großen Produktionsmitteln. Dadurch wird die Marktwirtschaft nicht durcheinandergebracht." (Nach: Der Spiegel, Nr. 21, Seite 174)

Allerdings, die Revisionisten wollen die Marktwirtschaft, die kapitalistische Warenproduktion nicht durcheinanderbringen. Da sie die Produktionsmittel nicht besitzen, um die Arbeiter auszubeuten, müssen sie sich über den Staatsapparat den Zugriff dazu sichern. Das ist es, was sie bezwecken, wenn Carillo sagt, an den großen Produktionsmitteln könne man schon etwas ändern, ohne die kapitalistische Warenproduktion und die Ausbeutung der Arbeiter durcheinanderzubringen.

Auf die Veröffentlichung von Carillos Buch allerdings haben jetzt die sowjetischen Sozialimperialisten prompt geantwortet. In der Zeitschrift „Neue Zeit" haben sie ihm einen ausführlichen Artikel gewidmet, in dem sie ihn der „*Spaltung der Kommunisten Europas*" bezichtigen und der „*antisowjetischen Umtriebe*", womit sie tatsächlich nicht unrecht haben, denn die Spaltung des Revisionismus und Kritik an den Erscheinungsformen des Sozialimperialismus ist tatsächlich das Ziel der Revisionisten in Italien, Frankreich und Spanien. Sie betreiben es, um raschere Fortschritte in der Verschmelzung mit den jeweiligen Bourgeoisien zu machen, sich vom Ruch der Agententätigkeit für den Sozialimperialismus zu befreien und Fortschritte in der Übernahme des imperialistischen Staatsapparates zur Ausbeutung der Arbeiterklasse zu machen. Um den historischen Kompromiß in Italien mit den Christlichen zu machen, die „Volksfront" mit den Sozialisten in Frankreich herzustellen und um in Spanien nach dem wenig erfreulichen Wahlausgang für die Revisionisten wenigstens bei der Schmiedung des Sozialpakts zur Unterdrückung der spanischen Arbeiterklasse und ihrer Auslieferung an den Imperialismus mitzumischen.

Daß das die Absicht der Revisionisten in den westeuropäischen Ländern ist, haben die Sozialimperialisten erkannt, und daß Carillo dies offen vertritt, kreiden sie ihm an. Daß sie dabei ausgerechnet die spanischen Revisionisten angreifen, obwohl es vor allem um die italienischen und französischen Kumpanen geht, läßt sich leicht erklären: erstens ist es immer besser, das schwächste Glied anzugreifen, und zweitens halten sie den anderen eine goldene Brücke offen: so schlimm wie die seid ihr ja noch nicht. Über den Zweck des Carillo-Buches stellen die Schreiberlinge der Sozialimperialisten fest:

„Eine objektive Analyse der einschlägigen Aussagen in seinem Buch läßt den Schluß ziehen: Der Autor gebraucht und verficht diesen Terminus (bzw. Begriff) zu folgenden Zwecken:

erstens, um die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Westeuropas und die der sozialistischen Länder einander gegenüberzustellen;

zweitens, um den realen Sozialismus, d.h. die Länder, die die neue Gesellschaft bereits aufgebaut haben, vor allem die UdSSR, zu verunglimpfen;

drittens, um alle von den europäischen Kommunisten gemeinsam gezogenen Schlüsse, die von ihnen gesetzten Ziele des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu verleugnen. Diesen Schlüssen und Zielen wird ein gänzlich anderes Programm entgegengesetzt, das im Grunde zur Verankerung der Spaltung Europas in die einander gegenüberstehenden Militärblöcke, ja zur Verstärkung des aggressiven NATO-Blocks führt." (Neue Zeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.6.77, Seite 10 – Dort ist der Artikel aus der Neuen Zeit gegen das Buch Carillo abgedruckt.)

Was sie dann an Absichten im Buch Carillos entdeckt haben, sind schlichtweg eben die Absichten der westlichen imperialistischen Bourgeoisien gegenüber dem Sozialimperialismus: Gegenüberstellen, Verunglimpfung und Angriff gegen den Sozialimperialismus, Festigung des imperialistischen Bündnisses der NATO zur Kriegsvorbereitung.

Die westdeutschen Revisionisten, die DKP, haben einen kleinen Pflichtbeitrag zur Absetzbewegung vom sowjetischen Sozialimperialismus bereits Ende des letzten Jahres geleistet. Ihre vorläufige Entscheidung ist: Jetzt auf jeden Fall noch nicht. Das ist gut verständlich, wo sie von den Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie in der DDR hochgepäppelt werden. Aber Widersprüche gibt es in ihren Reihen auch um die Frage, ob die DKP als offene Agentur des Sozialimperialismus eine Sekte bleiben soll oder ob nicht doch etwas mehr Kritik am Sozialimperialismus nützlich wäre für das Fortkommen in der BRD. Jedenfalls sahen sich Willi Gerns und Robert Steigerwald genötigt, in ihrem Buch „Nationale Politik – Proletarischer Internationalismus. Haltung zur Sowjetunion" zu antworten, „*auf die Aufforderung, einige Bemerkungen zu der Behauptung zu machen, die DKP sei eine sterile, eine lediglich von Moskau abhängige Partei*" (UZ vom 15.12.76). Gegenwärtig, wie gesagt, hält die DKP an ihrem Kurs fest. Das aber kann sich rasch ändern, wenn sie unter den Druck des Aufbaus einer neuen revisionistischen anti-sozialimperialistischen Partei „links" von der SPD kommt.

Die Presse der westdeutschen und europäischen Imperialisten beobachtet den ganzen Vorgang, dokumentiert ihn und kommentiert in der Richtung: schon ganz gut, Abgrenzung noch nicht ausreichend, wahrscheinlich ja nur Manöver, Abgrenzung von der proletarischen Revolution noch nicht genügend usw. Der „Spiegel" hat eine ganze Serie veröffentlicht unter dem Titel „Kommunismus heute". Darin untersucht er fein säuberlich Land für Land den Stand der Übereinstimmung der aktuellen Interessen der jeweiligen Bourgeoisien mit den Ansichten der Revisionisten.

Die US-Imperialisten und die europäischen Imperialisten betreiben und unterstützen den Prozeß der Spaltung der Revisionisten, denn er begünstigt ihren Kampf um die Vorherrschaft in Europa und ihre Kriegsvorbereitungen, weil er die Position der Sozialimperialisten schwächt. Schon haben die US-Imperialisten in der Presse verkünden lassen, daß die Kritik der Revisionisten in den europäischen Ländern an den Sozialimperialisten selbstverständlich ganz ausgezeichnet für den Kampf um die Menschenrechte sei. Jetzt würden es die Sozialimperialisten von ihren eigenen Parteifreunden hören, daß es in der Sowjetunion keine Menschenrechte gibt, und: diejenigen, die nichts gegen die Eurokommunisten sagen aus der Reihe der osteuropäischen Länder, die müßten jetzt aber auch den Bürgerrechtsbewegungen freien Lauf lassen.

Wird die Spaltung des revisionistischen Lagers einerseits von den US- und europäischen Imperialisten gefördert zwecks Verschärfung der Konkurrenz und der Kriegsvorbereitung, so ist diese Spaltung doch gerade gesetzmäßiger Ausdruck und Folge der Konkurrenz der Bourgeoisien untereinander. Denn:

Der Machtantritt der Bourgeoisie in den ehemals kommunistischen Parteien ist der Machtantritt der jeweils in dem Land herrschenden Bourgeoisie

Wir haben dazu aufgerufen, daß in Europa und seinen einzelnen Ländern ebenso wie in der internationalen Politik Ideen und Kräfte aktiv werden, die das in vielen Jahrhunderten vom europäischen Geist geschaffene Erbe retten und weiterführen. Andererseits aber müssen diese Kräfte in der Lage sein, einen konstruktiven Wandel herbeizuführen, der aus der gegenwärtigen Krise heraus ein neues Bewußtsein schafft und aus der Tiefe der europäischen Gesellschaft die verbreitete Hoffnung erfüllt, das kapitalistische System zu überwinden und auf den Sozialismus zuzugehen." (Berlinguer, Chef der italienischen Revisionisten, im Vorwort zu seinem Buch. In: Frankfurter Rundschau, 29.10.76)

Was es dabei am Kapitalismus noch zu überwinden geben soll nach den Zielen der Revisionisten, hat Carrillo ja bereits erklärt: den Zustand, daß die Revisionisten nicht an den Fleischtöpfen des imperialistischen Staates sitzen.

Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Untereinander sind die imperialistischen Bourgeoisien in Konkurrenz um die bestmögliche Ausbeutung ihrer Arbeiterklassen und den günstigsten Raub an der Arbeit fremder Völker. Übernimmt die Bourgeoisie die Macht in den kommunistischen Parteien und benutzt sie zur Spaltung der Arbeiterklasse, dann müssen die Revisionisten die Interessen der jeweiligen Bourgeoisien vertreten, oder sie werden ihren Zweck der Unterwerfung der jeweiligen Arbeiterklasse unter die Knute ihrer Bourgeoisien nicht erfüllen. Deshalb treten die italienischen Revisionisten ein für die „Ausräucherung der Höhlen" des Aufstandes der Arbeiterklassen und für die Unterdrückung der Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse und der Studentenbewegung in Italien in den letzten Monaten. Die französischen Revisionisten treten ein für die „Force de Frappe" und die Stärkung des französischen Imperialismus. Die spanischen Revisionisten treten ein für den Beitritt zur NATO.

Es ist auch klar, das Hemd ist den Revisionisten näher als die Jacke. Der direkte Weg an die Produktionsmittel des jeweiligen Landes und an die Ausbeutung der Arbeiterklasse führt über die eigene Bourgeoisie und nicht über die Bourgeoisie anderer Länder, d.h. über die neue Bourgeoisie der Sowjetunion.

Nicht ohne Schadenfreude stellt „Die Welt" die Ironie der Geschichte fest, daß die sowjetischen Sozialimperialisten zunächst aufs heftigste für die Durchsetzung der revisionistischen Linie in den kommunistischen Parteien und die Machtübernahme der Bourgeoisie eingetreten sind und jetzt die Entwicklung sich gegen sie wendet:

„Auf der einen Seite sahen sie (die Revisionisten) – in Rom und Paris – den innenpolitischen Erfolg greifbar vor Augen, auf der anderen Seite mußten sie erkennen, wie Moskau sie rücksichtslos für die Interessen des sowjetischen Imperiums mißbrauchte." (Die Welt vom 30.6.77)

Klar wird damit nur, daß die scheinbare Einheit der Revisionisten nur auf Grundlage von Abhängigkeit und Unterdrückung möglich ist.

Einheit der Revisionisten ist nur durch Abhängigkeit und Unterdrückung möglich

Die Einheit der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder wird hergestellt durch ihr gemeinsames Interesse an der Weltrevolution und durch den Kampf um den Sturz der jeweiligen Bourgeoisie, der damit auch die Kämpfe der Arbeiterklasse in den anderen vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Ländern unterstützt.

Die Einheit der Revisionisten nach der Machtübernahme der Bourgeoisie in der Sowjetunion und in den ehemals kommunistischen Parteien der anderen Länder ist dagegen geradeso eine relative Einheit wie die der Imperialisten untereinander. Verschärfen sich die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie und verschärfen sich die Widersprüche der Bourgeoisien untereinander, dann zerplatzt auch die relative Einheit der Revisionisten. Mit der Verschärfung der Kriegsvorbereitung der US-Imperialisten und der Sozialimperialisten, mit der Zuspitzung des Kampfes um die Vorherrschaft in Europa zerplatzt insbesondere auch die einheitliche Unterstützung der Sozialimperialisten durch die europäischen revisionistischen Parteien. Carrillo hat das jetzt nur erneut offen gesagt.

Das Pech der Sozialimperialisten ist es, daß Spanien so weit weg ist und eine unmittelbare Unterdrückung schwer. Deshalb klingen die Drohungen einigermaßen hohl:

„Die Realisierung dieser Auffassung würde schwere negative Folgen nach sich ziehen, und wie schwer sie sind, würden in erster Linie die Kommunisten der kapitalistischen Länder, darunter selbstverständlich Spaniens, am eigenen Leibe spüren." (Neue Zeit)

Direkt ist die Unterdrückung durch die Sozialimperialisten dagegen in den Ländern Osteuropas möglich, die die Sozialimperialisten über den COMECON ausnehmen und durch militärische Präsenz und die Drohung ihrer „sozialistischen Solidarität" wie im Falle des Einmarsches in die CSSR unterdrücken. Sind auch die revisionistischen Parteien nichts anderes als die neue Bourgeoisie, so stehen diese Länder doch im Widerspruch zum Sozialimperialismus.

Die Spaltung des revisionistischen Lagers verschärft diesen Widerspruch, und die westeuropäischen Imperialisten und die US-Imperialisten versuchen davon zu profitieren. Das ist zwangsläufig so.

Im „Spiegel" antwortet Carrillo auf zehn Thesen des polnischen Revisionisten Kolakowsky. Die „Spiegel"-Redakteure haben ihm in klarer Einschätzung der Tatsachen in seine Antwort die Zwischenüberschrift gesetzt: „Wandlung im Osten durch den Eurokommunismus".

Der Eurokommunismus wird objektiv dazu beitragen, daß das politische System im Ostblock demokratisiert und abgewandelt wird.

Insofern hat der Eurokommunismus tatsächlich nichts mit der Politik der Sowjetunion zu tun. Aber zwischen dieser Erkenntnis und der Annahme, daß der Eurokommunismus eine Art Trojanisches Pferd des Imperialismus zur Zerstörung dessen sei, was es an zugegebenermaßen unvollkommenem Sozialismus in diesen Ländern gibt, liegt ein Abgrund. Ich jedenfalls spiele dieses Spiel nicht."

Ob Carrillo meint, daß er das Spiel spielt oder nicht, ist ziemlich belanglos. Tatsache ist, daß es nicht um ein Spiel geht, sondern um die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. In diesen Kriegsvorbereitungen spielt die mögliche Hereinnahme der Revisionisten in die Regierung in Italien oder Frankreich durch die französische und italienische Bourgeoisie zwecks besserer Spaltung der Arbeiterklasse insofern eine Rolle für die Kräfteverhältnisse zwischen den Imperialisten, als es die europäischen Revisionisten zwingt, sich gegen die Sozialimperialisten zu stellen und so die Position der SU-Imperialisten zu schwächen.

Gleichzeitig verbessert dies ebenso wie die gegenwärtige „Eurokommunismus-Debatte" die Möglichkeiten der westeuropäischen Imperialisten und der US-Imperialisten zur Spaltung des Lagers der SU-Imperialisten.

Schon haben die Revisionisten von Ungarn erklärt, sie könnten ganz gut mit den Eurokommunisten.

Die Aufforderung der US-Imperialisten, sich jetzt aber gegenüber der Bürgerrechtsbewegung auch zu mäßigen und die Menschenrechte zu achten, wird auf dem Fuß folgen. Lediglich eine einhellige Verurteilung der „Eurokommunisten" durch die Sowjetunion und alle osteuropäischen Revisionisten würde diese Spaltungsmanöver verhindern können. Das aber ist nicht möglich beim jetzigen Stand der Widersprüche im sozialimperialistischen Lager.

Für die Arbeiterklasse ist die Spaltung des revisionistischen Lagers erfreulich – zeigt sie doch eindeutig, daß auf dieser Grundlage die Einheit der Arbeiterklasse nicht möglich ist, sondern nur auf der Grundlage ihres Programms: Beseitigung des Lohnsystems, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse.

Und auch der wachsenden Kriegsgefahr kann sie nicht entgegentreten durch den Aufruf an die Revisionisten zur Einheit, sondern nur durch die Vorbereitung der proletarischen Revolution. Dazu ist alles nützlich, was die Feinde der Arbeiterklasse schwächt. (Z-Red.)

Mit schwarz-rot-goldenem Schlips und Schirm das Godesberger Programm ausschöpfen

Die Landesschiedskommission der SPD hat den Ausschluß Benneters damit begründet, daß er gegen das Godesberger Programm verstoßen habe. Am letzten Juni-Wochenende tagte der SPD-Vorstand im Klostergut Jacobsberg bei Boppard. Herausgekommen sind drei weitere Ausschlüsse und die Anweisung: „Das Godesberger Programm muß jetzt voll ausgeschöpft werden."

Die Sozialdemokraten wollen das Tempo ihres reaktionären Kurses noch anziehen, denn was steckt hinter der Devise und dem Godesberger Programm:

„*Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnungsbaupolitik ... Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt.*"

Und wie sie in dem Programm herumgeschöpft haben!

„*Freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.*"

Ausgeschöpft: Investititionsprogramm, Plünderung der Versicherungskassen, Steuerpaket.

„*Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.*"

Ausgeschöpft: Lohnsenkung, Rentensanierung, Arbeitsdienst.

„*Der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist am besten gedient, wenn sie in eine Gesamtwirtschaft von hoher Gesamtproduktivität und breiter Massenkaufkraft eingeordnet ist.*"

Ausgeschöpft: Flurbereinigung, Landabgaberenten, Agrarstrukturplan.

„*Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken.*"

Ausgeschöpft: Ehescheidungsgesetz, § 218, Gesetz zur elterlichen Fürsorge.

„*In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen.*"

Ausgeschöpft: Fregattenbau für den Krieg unter Schwarz-Rot-Gold.

Zahllose Gesetze und Einsätze ihres staatlichen Unterdrückungsapparates haben sie aus ihrem Programmgrundsatz geschöpft:

„*Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.*"

Das Tempo der Schöpferei hat selbst einige Sozialdemokraten erschöpft. In der SPD kracht es. Das Problem, das sich ihnen jetzt stellt, ist: Wie können sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen dazu bringen, alles aufzusaufen, was sie ausgeschöpft haben.

(Aus: „Vorwärts", Zentralorgan der SPD):

Anzeige

„Wen will es da wundern", schreibt der Verfasser des Leitartikels der „Zeit", „daß viele Genossen sich nicht mehr voll mit der Regierungspolitik identifizieren können und daß einige sichtbar Mühe haben, sie zu unterstützen?"

Weil die Sozialdemokraten eine höllische Angst vor dem Kampf und der Aufrechnung der Arbeiterklasse und des Volkes haben, rücken sie jetzt enger zusammen. Auf der Grundlage des Godesberger Programms treten sie jetzt an zum Durchmarsch. Unter der Devise „Ausschöpfung des Godesberger Programms", die jetzt die Sozialdemokraten ausgeben, wollen sie der imperialistischen Bourgeoisie um jeden Preis beweisen, daß dieses Programm auch dafür taugt, die notwendige und von der Bourgeoisie vorbereitete und betriebene imperialistische Expansion und Reaktion durchzusetzen und die Arbeiterklasse diesen Zielen der Bourgeoisie durch sozialchauvinistische Propaganda und Spaltung zu unterwerfen. Dazu binden sie sich schwarz-rot-goldene Schlipse um. Wer diesen der SPD von der Finanzbourgeoisie gestellten Aufgaben nur halbherzig folgen will, für den ist kein Platz in der SPD. Das ist alles, was der Vorstand beschlossen hat, und darüber waren sich Brandt und Wehner einig.

Und der Krach zwischen Wehner und Brandt? Der Leitartikler der „Zeit" kennt seine Partei und seine Freunde dort gut: „Er (Wehner) hat nur für den Fall des Scheiterns dieser Regierung die Schuld schon verteilt." – (Z-Red.)









Kieler Woche 77: Imperialisten-Fest

Durch „Schlemmen nach Art des Landes" wurden rund 40 Journalisten aus dem In- und Ausland eingestimmt auf die Kieler Woche 77. Gezahlt hatte der Deutsche Industrie- und Handelstag. Dabei kam heraus: Die Masse der Leser sollte sich mit den „Problemen" der Schickeria befassen, die Demonstration der Kriegsmacht zur See bewundern, ansonsten sich auf die Frage Kornblume oder Rose konzentrieren, nämlich die des Herrn Rosenthal (feinstes Porzellan): „Sozialdemokrat", „Mitglied des Bundestages" und „renommierter Unternehmer", „fünfsprachiger Millionär und in fünfter Ehe verheiratet". Er überraschte die internationalen Gäste mit einer schlichten Kornblume im Jackett „anstatt der üblichen roten Rose". (Kieler Nachrichten vom 21.6.) Andere Töne schlägt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" an. Anläßlich der drohenden Abreise einiger Teilnehmer von Ostblockländern wegen der Teilnahme Südafrikas vermutet sie: „Vielleicht trug zur schlechten Laune der Ostblock-Teilnehmer auch bei, daß Mitglieder des KBW während der Eröffnungsfeier *ungestraft* Flugzettel verteilt hatten, in denen ‚Imperialisten und Sozialimperialisten' gleichermaßen beschimpft wurden." Unnötiger Rüffel der Bourgeoisschreiberlinge an die Adresse des Kieler Magistrats. Vorsorglich erlassenes Demonstrations-, Versammlungs- Kundgebungs- und Informationsstandverbot im Stadtgebiet verhinderte nicht, daß die Kriegsschau angegriffen wurde. Erfolgreich konnte der KBW diese Verbote durchbrechen, unterstützt durch die Massen, die die Erfahrung zweier Weltkriege haben und sich nicht von den Imperialisten für deren Konkurrenzkampf um die Weltmärkte in einen erneuten Krieg schicken lassen.

„Auch der Normalbürger kann Karten kaufen"

Eine Nachlese zur Kieler Woche 77

„An der Förde ohne Echo" – „Schlafen die Kieler Freunde eines witzigen, spritzigen, intelligent gemachten Theaters?", fragen die „Kieler Nachrichten" am 22.6. Mehrere Vorstellungen des Hanseater Theaterschiffes fielen wegen mangelnder Nachfrage aus. Wohl eher eine Geldfrage, und was witzig und spritzig ist, ist eben auch eine Klassenfrage. Dieses „moderne" Theater wollte das Publikum miteinbeziehen. Zum Beispiel sollten die Besucher ein Gedicht über dünne und dicke Frauen rezitieren. Das mögen schlank getrimmte und mit Delikatessen gespeiste Bourgeois witzig und spritzig finden, die Arbeiter nicht.

„US-Zerstörer eingetroffen" – „Im Kieler Hafen flattert jetzt auch das Sternenbanner." (22.6.) „Gestern traf der amerikanische Flugkörperzerstörer ‚Sennes' zu einem fünftägigen Kieler-Woche-Besuch ein. Das außen an der Tirpitzmole liegende Schiff hat 357 Mann an Bord."

Eines von vielen Kriegsschiffen der Imperialisten mit großer Besatzung in Kiel.

„So erreichten den Marine-Arbeitsstab schon 66 Einladungen in Familien für rund 100 ausländische Seeleute ... Für Kilius (Lokalkommentator) bleibt nur noch übrig, weitere Familien und Vereinigungen zu ermutigen, norddeutsche Gastfreundschaft zu beweisen, Brücken von Mensch zu Mensch zu schlagen."

Wenig Resonanz fand er damit in der 240 000-Einwohner-Stadt Kiel, dem Schauplatz intensiver Kriegsvorbereitungen für zwei Raubzüge der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt in der Konkurrenz der Imperialisten um Absatzmärkte, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte. Brücken von „Mensch zu Mensch" an der Seite der eigenen imperialistischen Bourgeoisie also. Das internationale Proletariat
Seite der eigenen imperialistischen Bourgeoisie also. Das internationale Proletariat
schlägt sich eigene feste Brücken, die seinen Interessen entsprechen. Ein Ausdruck davon ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, der 1. Mai, und die politische und materielle Unterstützung der bewaffneten Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker.

„Das hat es noch nie gegeben zur Kieler Woche" –Wirtschaft und Industrie stellen sich den Bewohnern der Landeshauptstadt und ihren Gästen vor. Die Industrie- und Handelskammer zu Kiel macht es möglich", jubeln die „Kieler Nachrichten" am 16.6. Sechs Tage später:

„Die Kieler Bürger hatten eine einmalige Gelegenheit, sich Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge zu verschaffen und zu aktuellen Problemen Stellung zu nehmen. Sie nutzten sie bei den Stadtteildiskussionen des Kieler-Woche-Kongresses ‚*Was wird aus unserer Wirtschaft?*' nur in geringem Maße. Die ‚*Offiziellen*' blieben unter sich." Obwohl sich noch schnell die Gewerkschaften zur kräftigeren Mobilisierung eingeschaltet hatten:

„Die Gewerkschaften betrachten den Kongreß des Deutschen Industrie- und Handelstages zur Kieler Woche als eine Herausforderung. Auch die Arbeitnehmer hätten ein starkes Interesse am Thema ‚Was wird aus unserer Wirtschaft?'. – Bei der Podiumsdiskussion ‚Was wird aus unserem Schiffbau?' tritt die IGM als Mitveranstalter auf und stellt einen Teil der Gesprächspartner. Außerdem beteiligen sich die Gewerkschaften am größten Teil der Stadtteilveranstaltungen." (7.6.) „Selbst an der für Kiel besonders aktuellen Frage Was wird aus unserem Schiffbau?", die in der HDW Rohrbauhalle diskutiert wurde, kamen nur rund 150 Gäste. (Wolff von Amerongen, Präsident des DIHT, hatte für 800 Zuhörer herrichten lassen.) „Im Audimax der Universität hingegen zwangen ständige Zwischenrufe einer marxistischen Gruppe bereits nach fünfzig Minuten zum Abbruch der Diskussion über das Thema ‚Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?'." Es handelte sich um die Vertreibung aller anwesenden Kapitalisten und des Vorsitzenden der Kapitalistenverbände BDI und BDA Schleyer, das wird in den „Kieler Nachrichten" mit keinem Wort erwähnt.

Die Karten der Imperialisten und sozialchauvinistischen Gewerkschaftsführer mit „*unserer*" Wirtschaft und „*unserer*" Kriegsflotte haben auf der Kriegsschau der Imperialisten rundherum nicht gestochen. Ein erfreuliches Ergebnis der Kieler Woche 77 für die Arbeiterklasse.

(Alle Zitate aus Kieler Nachrichten)

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser"

Nach der Reichsgründung wird Kiel 1871 zum Reichskriegshafen ernannt. Ende der neunziger Jahre beginnen die deutschen Imperialisten unter Führung von Tirpitz hier mit dem Aufbau einer hochseegängigen Kriegsflotte, um England die Weltherrschaft streitig zu machen und selbst in den Besitz der begehrten Kolonien zu kommen. Offen redet Wilhelm II. davon, Deutschland einen „Platz an der Sonne" verschaffen zu wollen und gibt die Parole aus: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser." Anläßlich eines Stapellaufs 1900 erklärt er: „Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe, aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf."



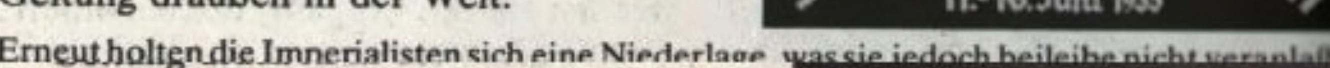
Die Zahl der Marinesoldaten wächst von 1 000 1870 auf bis zu 75 000 1914. Auf dem Ostufer fügt sich Werft an Werft. Im Norden entsteht die Marinestadt Kiel-Wik, der Seeflughafen Holtenau und in Friedrichsort die kaiserliche Torpedowerkstatt. Bei Kriegsbeginn sind 40 000 Arbeiter hier beschäftigt. Aus der seit 1881 alljährlichen Segelregatta der Kriegsmarine auf der Förde entwickelt sich dann auch ab 1894 die Kieler Woche. Wilhelm II. übernimmt den Vorsitz des Marineregattavereins selbst und benennt ihn in den „Kaiserlichen Jachtklub" um: den Stand des Ausbaus seines Lieblingskindes, der deutschen Kriegsflotte, zu überprüfen und Deutschlands Seemacht vor aller Welt zur Schau zu stellen. 1911 fand zu diesem Zeck eine große Marine-Kriegsparade statt. Einen Monat nach der Kieler Woche 1914, während ein englisches Geschwader im Kieler Hafen noch „Friedensweihrauch" verbreitete, gaben die Imperialisten das Startsignal zum Ersten Weltkrieg.

Zielstrebig gehen die deutschen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg und dem Totalverlust ihrer Flotte wieder daran, eine neue Flotte aufzubauen, um sich wieder Geltung in der Welt zu verschaffen. Gleich setzen sie dazu auch, nach der Zwangspause 1914 – 1918, dazu das Instrument der Kieler Woche ein. Schon 1918 wird der „Arbeitsausschuß Kieler Woche" gegründet. Allerdings halten sie es für ratsam, in Bescheidenheit, Friedfertigkeit und Völkerverständigung zu machen. Im Aufruf des Arbeitsausschusses heißt es: „Die Kieler Woche in ihrer glanzvollen äußerlichen Aufmachung vor dem Kriege hat durch die politischen Umwälzungen *einstweilen* (Hervorhebung d. Red.) aufgehört. Dadurch verliert die Stadt als Sport- und Fremdenverkehrsort an Ruf und Ansehen, falls es nicht gelingt, den Segelsport neu zu beleben." „Einstweilen" heißt es. Man sieht, wozu der Segelsport alles gut ist.

Zufrieden können die deutschen Imperialisten dann 1931 in einer Festschrift zum Ostseejahr feststellen, daß die Kieler Woche auf dem Wege sei, „ihre frühere internationale Bedeutung zurückzugewinnen" und geben als konkretes Ziel an: „Stärkung der Lebensgemeinschaft des gesamten Ostseegebietes", was schon immer die imperialistische Umschreibung für die Vorherrschaft im Ostseeraum war.



1935 lösten dann die Faschisten den Kieler Jachtklub auf und gründeten den „Jachtklub von Deutschland". Zielstrebig nutzten sie die Kieler Woche als Instrument für die erneute imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitung, insbesondere während der Olympischen Spiele 1936. Schon 1933 gab Hitler in seinem „Gruß des Führers an die Reichsmarine" in der Wik die Losung aus: „Soldaten der Reichsmarine! Wenn diese Flotte auch klein ist, so sieht doch ganz Deutschland mit Stolz auf sie. Denn sie ist der sichtbarste Repräsentant des deutschen Ehrbegriffs und der deutschen Geltung draußen in der Welt."


Erneut holtgn die Imperialisten sich eine Niederlage, was sie jedoch beileibe nicht veranlaß-

Erneut holten die Imperialisten sich eine Niederlage, was sie jedoch beileibe nicht veranlaßte, nicht ein drittes Mal kriegerische Expansion vorzubereiten, sondern nur, vorsichtiger zu Werke zu gehen und mit der Friedenspalme noch heftiger zu wedeln. Gut konnten sie dazu die Kieler Woche nutzen. Der erste Kieler Oberbürgermeister und Sozialdemokrat Andreas Gayk war der richtige Mann dafür. Unter dem Motto „Kiel – eine Werkstatt des Friedens" legte er mit der Durchführung einer „Septemberwoche 1947" den Grundstein für die erneute Durchführung der Kieler Woche, die dann ab 1948 wieder alljährlich als „Fest des Sports, der Kultur und des Ausgleichs" durchgeführt wurde.



Teurer Auftrag an fünf Werften

HDW baut eine von sechs Fregatten

Gansel: Howaldt Kiel lag schlecht im Rennen

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn (Lo) Über Rüstungsaufträge von fast zehn Milliarden DM ist gestern in Bonn entschieden worden. Das Bundeskabinett beschloß, die sechs neuen Fregatten für die Marine von fünf Werften bauen zu lassen, darunter eine von HDW in Kiel.

„Sprach man früher vom Kaiserwetter, so brachte Schmidt am Sonnabend die Kanzlerbrise", meldeten die „Kieler Nachrichten" 1977. Segelte der Kaiser früher für einen „Platz an der Sonne", segeln Schmidt und die NATO-Partner heute für das Recht, mit ihren Fregatten den Wendekreis des Krebses zu überqueren, um die Route um Kap Horn zu sichern für den Zugriff der NATO-Imperialisten.



November 1918 in Kiel: Die Kieler Matrosen weigern sich, noch einmal gegen die englische Flotte auszufahren. Die Marineleitung versucht über die Verhaftung von meuternden Soldaten der Lage Herr zu werden.
3. November: Tausende von Arbeitern und Matrosen versammeln sich auf dem Exerzierplatz für die Befreiung der verhafteten Matrosen.
4. November: Der Soldatenrat wird gegründet.
5. November: Generalstreik in Kiel. Matrosen besetzen die Werften. 40 000 Matrosen stehen unter Waffen.
9. November: Kaiser Wilhelm II. muß abdanken.
Die Revolution breitet sich über ganz Deutschland aus, überall werden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet. Den Sozialdemokraten gelingt es, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu setzen und diese zu zerschlagen.



Als erstes traf das englische Kommandoschiff „Fearless" furchtlos im Kieler Kriegshafen zur Kieler Woche 77 ein. Die durch den Befreiungskampf der Völker zum Abtakeln gezwungene frühere Supermacht beeilte sich, die noch verbliebene Potenz zur Schau zu stellen. Sie ist immer noch beträchtlich.

Das Spiel des früheren Sektverkäufers Scheel mit dem Holzgewehr ist nicht zum Spaß. Zur Teilnahme an den „Volks"belustigungen und festlichen Bällen „Einmal im Jahr ist Völkerball" haben die Imperialisten ihr Politikerpack zur Kieler Woche geschickt, damit sie die kriegerischen Absichten des Imperialistenstelldicheins zu Kiel verhüllen helfen.

Schon zweimal lief die Kriegsflotte von Kiel aus auf Raubzug um die Welt. Der Bau der Fregatten ist beschlossen, die Weichen zum dritten Mal gestellt. Ein neuer imperialistischer Krieg in Vorbereitung. Er kann nur verhindert werden durch die Revolution. „Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln." (Programm des KBW)

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland – Ausgabe Nord